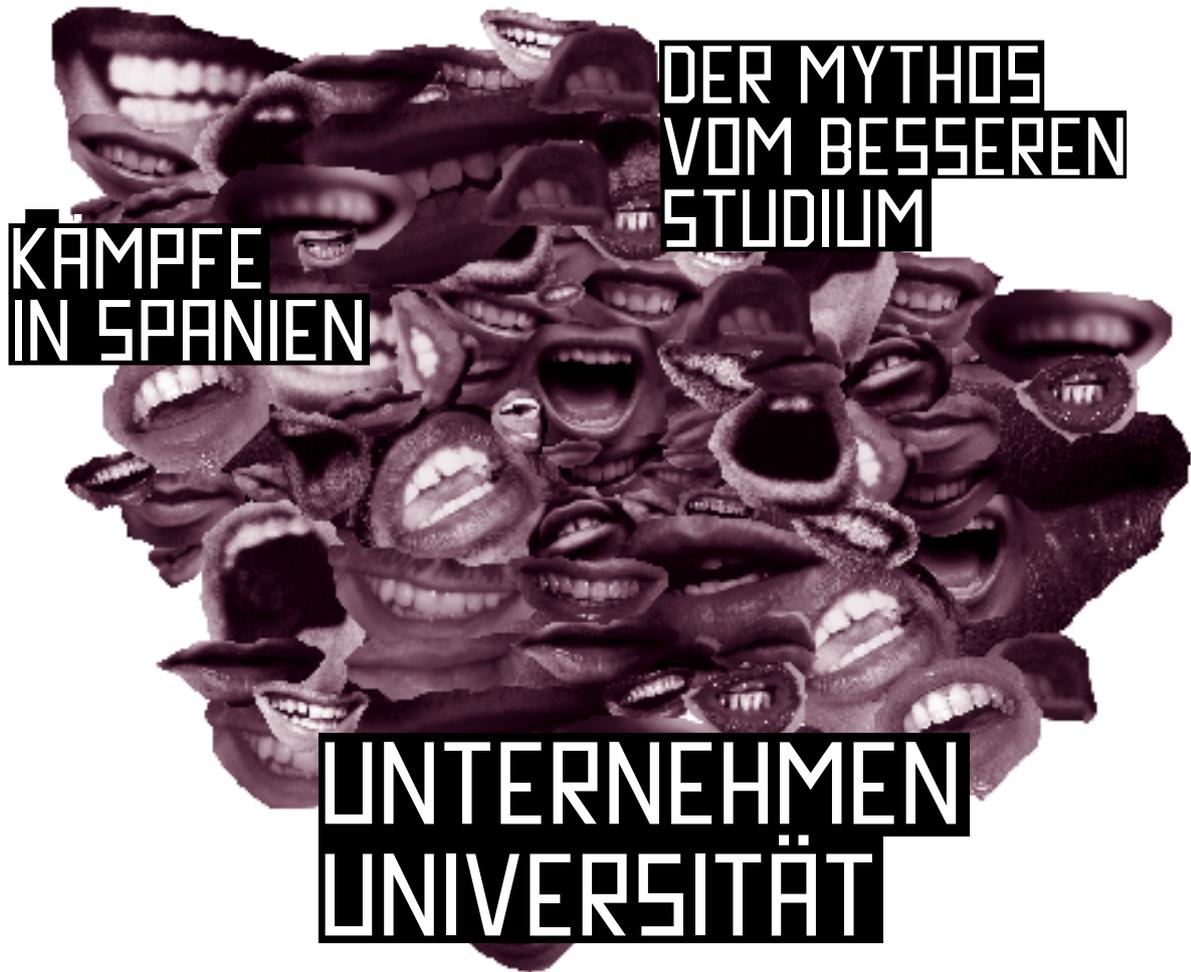


OUT OF DAHLEM

NO. 7

DAS MAGAZIN DES ASTA FU BERLIN

SOMMERSEMESTER 2008



--- TESTAS ----- SPRACHTEST FÜR AUSLÄNDISCHE STUDENT_INNEN ---
--- SCHWEINEREI IM ÜBERBLICK ----- RCDS-ASTA AN DER TU BERLIN -----

ASTA-BERATUNG

AUSLÄNDER_INNENBERATUNG

Telefon: 839 091-17
Mo 13.00 bis 15.30 Uhr
Mi 13.00 bis 18.00 Uhr
Fr 14.00 bis 16.30 Uhr
E-Mail: aref_fu@yahoo.de

BAFÖG-BERATUNG

Telefon: 839 091-12
Mo + Mi 11.00 bis 16.00 Uhr

BERATUNG FÜR BEHINDERTE UND CHRONISCH KRANKE STUDIERENDE

Raum JK29/202, Habelschwerdter Allee 45
Tel.: 838 56 203
Fr 10.00 bis 15.00 Uhr
E-Mail: astabehindertenberatung@astafu.de

FACHSCHAFTSREFERAT

Mo 13.00 bis 14.00 Uhr
E-Mail: fsref@astafu.de

FRAUENBERATUNG

Telefon: 839 091-23
Di 16.00 bis 18.00 Uhr
E-Mail: frauen@astafu.de

HOCHSCHULBERATUNG

Telefon: 839 091-12
Di 11.00 bis 16.00 Uhr
E-Mail: hochschule@astafu.de

LESBISCH-FEMINISTISCHE INFORMATION UND SERVICE (LIS)

Telefon: 839 091-23
Do 15.00 bis 17.00 Uhr

RECHTSBERATUNG

Telefon: 839 091-0
Fr 16.00 - 18.00 Uhr
Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische Anmeldung im AStA erforderlich.

SCHWULEN-, BISEXUELLEN- UND TRANSGENDERBERATUNG

Telefon: 839 091-18
Fr 13.00 - 17.00 Uhr
Online: www.gaycampus.de/beratung
E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

SEMESTERTICKETBÜRO

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos)
Telefon: 839 091-40
Di 10.00 - 14.00 Uhr
Mi + Do 14.00 - 18.00 Uhr
E-Mail: semtixbuero@astafu.de
Online: www.astafu.de/semtixbuero

SOZIALBERATUNG

Telefon: 839 091-12
E-Mail: sozialberatung@web.de

MEDIENWERKSTATT

Telefon: 839 041-11
Mo 14.00 bis 16.00 Uhr

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AStA-Villa,
Otto-von-Simson-Straße 23 (gegenüber der Mensa II in der Silberlaube statt).

Aktuelle Sprechzeiten auf www.astafu.de

INFO-BÜRO IM ASTA

Tel. (030) 839091-0
Fax: +49 30 831 45 36
E-Mail: info@astafu.de
Mo bis Fr 10.00 bis 18.00 Uhr
außerhalb der Vorlesungszeit
Mo bis Do 11.00 bis 16.00 Uhr
Fr 13.00 bis 18.00 Uhr

Editorial!!!

Liebe lesende Mitmenschen,

nach nunmehr eineinhalb Jahren gibt es endlich wieder eine neue Ausgabe der *Out of Dahlem*. In der Zwischenzeit ist viel passiert. Besonders die Ernennung der FU zur Elite-Universität sei hier erwähnt. Spätestens seit dem missglückten Versuch unseres allseits beliebten Präsidenten, bei der Immatrikulationsfeier den frisch erworbenen, »exzellenten« Status für die Imagepflege zu nutzen, ist klar, dass es nicht wenige Gegenstimmen gibt: Unter anderem klatschten Studierende und Mitglieder des »Dieter-Lenzen-Fanclubs« so laut, dass seine Rede nicht zu hören war. Als klar wurde, dass die Störung kein Ende nahm, musste Präsident Lenzen seine Rede mit angestrengt-hochrotem Gesicht abbrechen.

Die weitreichenden Konsequenzen der momentanen universitären Politik wurden in den Monaten danach sichtbar. In mehreren Studien wurden die Fehler der BA-/MA-Reform deutlich und nicht zuletzt durch den sog. Bibliotheksskandal zeigte sich, dass studentische Belange – wie so oft – keine Rolle spielen. Doch der Widerstand nimmt Formen an. Während am Ende des letzten Wintersemesters ein Aktionstag auf die Probleme aufmerksam machte, wurde auf der dazugehörigen studentischen Vollversammlung das Sommersemester 2008 zum *Protestsemester* erklärt. Weitere Vollversammlungen und die Aktionswoche versuchen, neue Kräfte zu sammeln, um gemeinsam Verbesserungen zu erreichen.

Die Artikel der neuen Ausgabe beschäftigen sich daher mit der anhaltenden Schiefelage an der FU und darüber hinaus. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen, ein kämpferisches Protestsemester und einen schönen Sommer!

Die Redaktion

INHALT

Rubriken

ASTA-BERATUNG	2
KURZNACHRICHTEN	6
INFOS IM INTERNET	63

60 JAHRE FREIE UNIVERSITÄT EIN GRUND ZU FEIERN?	8
---	---

ELITE KICKEN UNIWEITE AKTIONSWOCHEN UND PROTESTSEMESTER 2008	10
--	----

VON BÜCHERN, AUTOKRATIE UND PROTEST	12
-------------------------------------	----

DER MYTHOS VOM BESSEREN STUDIUM	14
STUDIEN ZUR STUDIERBARKEIT DES BACHELORS	

TESTAS SPRACHTEST FÜR AUSLÄNDISCHE STUDENT_INNEN	20
--	----

EIN DENKMAL FÜR DIE FREIHEIT	22
WIE 15 TONNEN STAHL DEN KRITISCHEN UMGANG MIT GESCHICHTE ERSCHLAGEN	

UNTERNEHMEN UNIVERSITÄT	27
VOM ELFENBEINTURM ZUM EVENTMARKETING	

WOHIN TREIBT DIE UNIVERSITÄT UND WAS SOLLEN WIR DAVON HALTEN?	36
REZENSION DER ZEITSCHRIFT »DAS ARGUMENT«	

KLEINER LEITFADEN FÜR DEN UMGANG MIT ANWESENHEITSLISTEN	37
---	----

KÄMPFE IN SPANIENS HOCHSCHULSEKTOR	38
DEN EUROPÄISCHEN PROZESS ZUM STILLSTAND BRINGEN	

VON BOLOGNA NACH BARCELONA	44
PROTESTE GEGEN DIE EUROPÄISCHE KONFERENZ DER HOCHSCHUL-PRÄSIDENT_INNEN	



BABY UND STUDIUM	49

KEINE EINBAHNSTRASSE	50
EIN ÜBERBLICK ZUR STUDIENGEBÜHREN-ENTWICKLUNG IN DER BRD	

STIPENDIEN NICHT LÖSUNG, SONDERN TEIL DES PROBLEMS	52

SCHWEINEREI IM ÜBERBLICK	56
RCD5-ASTA AN DER TU BERLIN	

AUFRUF ZUM BOYKOTT DES CHE-HOCHSCHULRANKINGS	58

EIN QUELL DER PREKARITÄT	60
DIE HOCHSCHULE ALS HAUS UND HERD VON UNBEZAHLTER ARBEIT	



I M P R E S S U M

HERAUSGEGEBEN VOM
 AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)
 Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin-Dahlem
 Tel. (030) 839091-0, Fax: +49 30 8314536
 E-Mail: oeffref@astafu.de

REDAKTION
 Martin Burwitz, Falko Grothe, Stefan Günther,
 Harald Herbich, Björn Kietzmann, Felix Koch

LAYOUT
 Kai Kampmann

ILLUSTRATIONEN/FOTOS
 (SOFERN NICHT ANDERS ANGEGEBEN)

Kai Kampmann
BELICHTUNG

Medienraum RefRat HU
DRUCK

AStA-Druckerei

AUFLAGE

5000 Exemplare

Danke an misprintedtype.com für den Font PASTELARIA

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten
 der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wieder.



BURSCHIS

Erfolgreiche Demo und Reader gegen Burschis



Anfang März 2008 fand im Berliner Logenhaus eine Verbandstagung der »Deutschen Burschenschaft« (DB) statt. Trotz Unwetterwarnung beteiligten sich etwa 250 Menschen an einer antifaschistischen Bündnisdemonstration gegen die DB.

Als größter und politisch einflussreichster Dachverband studentischer Verbindungen steht die DB für ein konservatives bis neofaschistisches Spektrum. Neben einem ausgeprägten Nationalismus, Rassismus und Militarismus ist die DB sexistisch und hat einen elitären Charakter. In führenden Funktionen der DB finden sich meist Vertreter der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, eine rechtsradikale Fraktion innerhalb der DB.

Menschen die sich intensiver mit Burschenschaften und Studentischen Verbindungen auseinander setzen möchten können wir den 2007 vom AStA Uni Frankfurt und der autonomen antifa [f] erarbeiteten Reader »Unpolitisch bis zum Endsieg – studentische Verbindungen als Ausdruck deutscher Normalität«¹ empfehlen. Auch der Reader zu studentische Verbindungen² der Antifa TU Berlin vom Herbst 2005 ist lesenswert.

BJÖRN KIETZMANN

1 <http://web309.www4.tibit.de/Burschireader.pdf>
 2 http://jpberlin.de/antifa-pankow/antifa-tu/text/burschi_reader_antifa_tu.pdf

EINE ZENSUR FINDET STATT

Das gewerkschaftliche StudentInnen-Magazin read.me darf nicht machen, was es will



»Eine Zensur findet nicht statt« – heißt es vollmundig im Artikel zur Presse- und Meinungsfreiheit des BRD-Grundgesetzes. Klingt ja erstmal ganz gut doch sieht die Realität an einigen Stellen durchaus anders aus. Verfasste Studierendenschaften, also zum Beispiel Allgemeine Studierendenausschüsse (ASten) und Studierendenparlamente haben laut aktueller Rechtsprechung kein Mandat sich zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern. VerwaltungsrichterInnen drohten dem AStA FU vor 2004 mit Strafen von bis zu 250.000 Euro. Solche Ordnungsgelder dürfen zudem nicht aus dem Haushalt der Studierendenschaft bezahlt werden. Schärfer ist die Rechtslage in Süddeutschland. Bayern und Baden-Württemberg schafften die verfassten Studierendenschaften in den 1970er Jahren ab.

Unter Zensur-Problemen durch das fehlende politische Mandat leiden die »offiziellen« studentischen Selbstverwaltungsgremien, sowie die Gremien der SchülerInnen-Selbstverwaltung. Studentische Gruppen sind hiervon lediglich indirekt betroffen. Das heißt jedoch nicht, dass diese nicht auch Zensur-Probleme haben, wie ein aktuelles Beispiel verdeutlicht.

Die Studierenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geben halbjährlich die bundesweit erscheinende Massenzeitung read.me heraus. In

der Vergangenheit kam es hier mehrfach zu Eingriffen durch den GEW-Hauptvorstand. Vor einigen Jahren schreckte GEW-Pressesprecher Ulf Rödde nicht einmal davor zurück eine fertige Druckvorlage ohne Absprache mit der read.me-Redaktion aus der Druckerei zu holen, diese zu entgarnen und anschließend drucken zu lassen.

Inzwischen ist Schluss mit solchen klandestinen Aktionen. Den Studierenden wurde offiziell mitgeteilt, dass die read.me keine eigenständige Studierendenzzeitung ist. In der Redaktion sitzen nun auch Mitglieder des GEW-Hauptvorstands. Auf welcher Grundlage dieser Einschnitt gefällt wurde, ist unklar, er widerspricht jedoch der GEW-Satzung. Dort heißt es: »Die GEW-Gruppe der Studentinnen und Studenten regelt ihre Angelegenheiten selbständig. Ihre Beschlüsse und Verlautbarungen erfolgen in Übereinstimmung mit der Satzung und den grundlegenden Beschlüssen des DGB und der GEW. Ihre Veröffentlichungen sind als Äußerungen der GEW-Gruppe der Studentinnen und Studenten zu kennzeichnen.« In der aktuellen read.me, Ausgabe Sommer 2008 sind 13 zum Teil halbseitige blaue Kästen zu bewundern. Die Fotoserie Uni-Toiletten war den nichtstudentischen Redaktionsmitgliedern zu provokativ.

BJÖRN KIETZMANN



Fotos: Philippe Leroyer / www.flickr.com

ASTA FU ZUM 40. TODESTAG VON BENNO OHNESORG

Erklärung vom 2. Juni 2007



»Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen« – mit diesen Worten verurteilte das Verwaltungsgericht Sigmaringen am 2. Februar 1968 den AStA der Universität Tübingen dazu »politische Forderungen und Stellungnahmen zu unterlassen, soweit sie nicht hochschulbezogen sind«.

Anlass war eine Solidaritätserklärung des Tübinger AStA vom 5. Juni 1967 an die Studierendenschaft der FU Berlin angesichts der Ermordung von Benno Ohnesorg drei Tage zuvor. In der Erklärung wurde unter anderem der Rücktritt des Tübinger Bürgermeisters gefordert – insbesondere eine solche »allgemeinpolitische« Forderung ging dem Gericht zu weit, sie wurde schlichtweg verboten.

Heutigen BeobachterInnen mutet das Urteil vielleicht wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten an, als Homosexualität noch kriminalisiert wurde und Pärchen ohne Trauschein keine Wohnung mieten konnten. Doch dem ist nicht so. Das Urteil hat weiterhin Bestand und wurde in den fast 40 Jahren seit seiner Verkündung mehrfach bestätigt, etwa im Jahr 2004 als gegen den AStA der FU ein Ordnungsgeld wegen vermeintlich »allgemeinpolitischer« Äußerungen verhängt wurde.

**WAS BEDEUTET
OHNESORGS BEISPIEL HEUTE?**

Eine Presserklärung zum 40-jährigen Todestag Benno Ohnesorgs steht daher vor

dem Problem, über genau jene Themen schweigen zu müssen, die Studierende von heute bewegen. Sicher ist es kein reiner Zufall, dass genau am 2. Juni 2007 in Rostock mit einer großen Auftaktdemo die Proteste gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm beginnen. Auch hier werden FU-Studierende teilnehmen, auch hier ist Gewalt seitens des Staates zu befürchten. Und auch inhaltlich sind die Parallelen zur Anti-Schah Demo des Jahres 1967 offensichtlich.

Damals wie heute geht es gegen ein für Mensch und Natur zerstörerisches Weltwirtschaftssystem, gegen Doppelmoral und Heuchelei in den Internationalen Beziehungen, gegen den Krieg, der vom »freien Westen« in die vermeintlich unzivilisierten Randgebiete des Planeten getragen wird.

Doch der Imperialismus hat keinen Hochschulbezug, und daher können wir als AStA der FU auch in dieser Presserklärung nicht zur Demonstration aufrufen und keine Wertungen dazu abgeben, welchen Protest, welche Themen, welche Aktionsformen uns heute in der Nachfolge Ohnesorgs und seiner MitstreiterInnen als notwendig und gerechtfertigt erscheinen.

REDEFREIHEIT UND VERBOTE

Daher beschränken wir uns auf den Hinweis, dass die Studierendenbewegung an der FU Mitte der 60er Jahre als Protest

für Meinungsfreiheit begann, als Protest gegen Redeverbote für AStA-Vorsitzende und kritische Stimmen von Außen. Auch diese unselige Tradition lebt an der FU fort.

Beweis dafür ist der Versuch des Präsidiums vom Mai diesen Jahres, kritischen studentischen Veranstaltungen zum Thema G8 die Räume zu entziehen. Denn aufmüpfige Studierende sind ungefähr das Letzte, was sich die FU-Leitung an ihrer »Exzellenzuni FU« wünscht. Hier sähe man lieber eine homogene, freundlich lächelnde Masse in Shirts und Pullis mit FU-Logo, die »corporate identity« demonstriert und gesellschaftliches Engagement bestenfalls simuliert.

Der AStA FU ruft daher die Studierenden zum 40. Todestag Benno Ohnesorgs dazu auf, diesem Bild nicht zu entsprechen, sondern sich auch da einzumischen, wo es nicht ins Weltbild von Universitätsleitung und Mainstreammedien passt.

Der Widerstand gegen den Demokratieabbau an den Hochschulen und gegen deren zunehmende Kommerzialisierung ist ein guter Einstieg dafür. Kritische Studierende werden sich die Erkenntnis, dass diese Prozesse auch mit gesellschaftlichen Verhältnissen außerhalb der Hochschule zu tun haben, nicht von Verwaltungsgerichten verbieten lassen.

60 Jahre FU – ein Grund zum Feiern?

von RALF HOFFROGGE

Der 60. Geburtstag ist für manche Menschen Anlass, sich über ihr Alter Gedanken zu machen, für andere in ihren Memoiren auf eine glorreiche Geschichte zurück zu blicken, wieder andere gehen in den verdienten Ruhestand oder beginnen noch einmal ganz neu ...

Dieses Jahr wird die FU Berlin sechzig Jahre alt.

Am 4. Dezember 1948 wurde die Freie Universität geboren - aus einer studentischen Initiative heraus, die in Abgrenzung zur Restauration der feudalen »Elfenbeinturm«-Universitäten in Westdeutschland, vor allem aber auch aus Protest gegen die beginnende Stalinisierung der Universität unter den Linden (der heutigen HU), Universität neu gestalten und leben wollte. »Freie Universität« bedeutete also einerseits die Ablehnung des Staats-Sozialismus, andererseits Protest gegen faschistische Kontinuität in Hochschule und Gesellschaft der BRD. Besonders letzteres wird immer wieder ausgeblendet.

Für die Leitung der langsam in die Jahre kommenden Universität wird dieser Jahrestag Anlass sein, wie auch schon bei vergangenen Jubiläen, Feierlichkeiten zu inszenieren, im Rahmen derer die FU sich als »Exzellenz-Uni« mit verhältnismäßig junger, aber ruhmreicher Geschichte

darstellen kann – der Aufdruck auf Briefen der FU lässt bereits Großes erahnen. Vergangenheit wird auf diese Weise zur reinen »Erfolgsgeschichte« (v)erklärt, »Zukunft von Anfang an«, wie der Titel des eigens produzierten FU Image-Films suggeriert. »Freiheit ist eine zentrale Verpflichtung für uns« heißt es da. Heute ist weniger davon zu spüren als je zuvor: Modularisierung, Studienverlaufspläne, Anwesenheitspflicht, Zwangsberatungen und die Abschaffung so genannter »Orchideenfächer« machen ein freies und selbst bestimmtes Studium nahezu unmöglich.

Diese Entwicklung kam nicht erst mit den Bachelor- und Masterstudiengängen oder der Exzellenzinitiative, sie hat lange Tradition.

Tradition haben inzwischen auch Unmut und Protest der Studierenden. In diesem Zusammenhang stehen auch die beiden anderen Jubiläen, die dieses Jahr der ach so Freien Universität bringt: Vor vierzig Jahren wurde sie zum Epizentrum der großen Protest-Zeit der »68er« und vor zwanzig Jahren legte der UniMut-Streik den offiziellen Lehrbetrieb lahm und schuf die Möglichkeit zu selbstbestimmtem Lernen im Rahmen autonomer Seminare – die »(be)freite Uni« war geboren. Drei Jubiläen, drei studentische

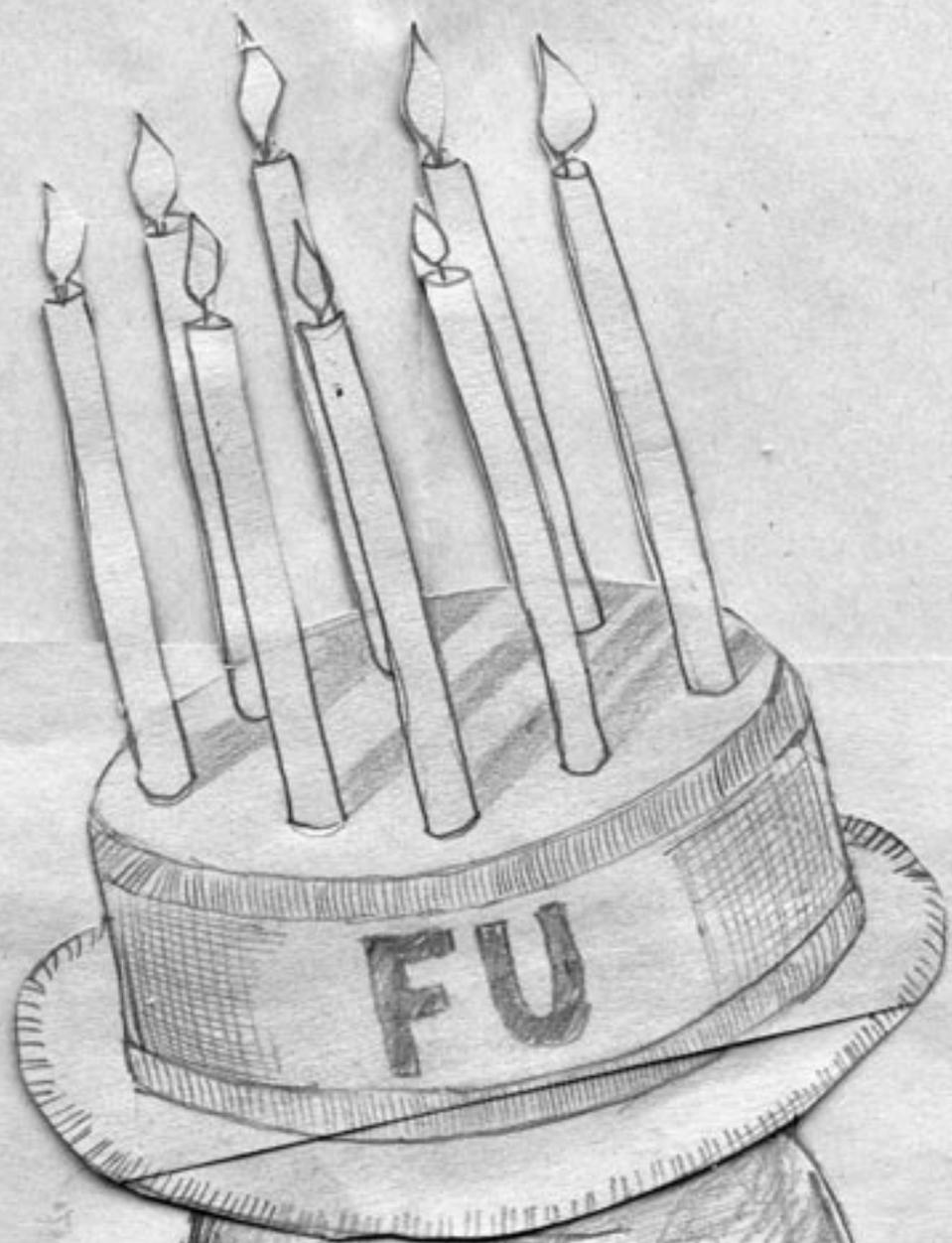
Aufbrüche, wenn auch in inzwischen sehr unterschiedlichen Interpretationskontexten. Eigentlich wäre nach zwanzig Jahren nun der nächste Aufbruch fällig – immerhin wurde dieses Semester ja bereits vor den Semesterferien zum Protest-Semester erklärt. Gründe zum Protestieren gibt es, wie bereits angedeutet, in ausreichender Zahl.

Wir werden uns die Gelegenheit jedenfalls nicht nehmen lassen und anlässlich des 60-jährigen Jubiläums alle drei Jubiläen und natürlich auch die Jahre dazwischen in einer AStA-Publikation zu beleuchten – und zwar im »AStA-Magazin 60 Jahre FU Berlin« – erhältlich ab Beginn des kommenden Wintersemesters.

Wer sich bereits vorher ein Bild über Gründung und frühere Proteste machen will seien einige ältere Publikationen empfohlen:

AStA FU (Hg.): Von der Freien zur Kritischen Universität: Geschichte der Krise an der Freien Universität Berlin. 3. Auflage. Berlin 2002 (Hochschulpolitische Reihe, Band 9)

*Online:
www.astafu.de/inhalte/publikationen/hopfo/ku/*



ELITE KICKEN

ELITE KICKEN

Uniweiter Aktionswoche
und Protestsemester 2008

von JOHANNA STRASS





In der Gesellschaft und in sämtlichen Bereichen des täglichen Lebens vollziehen sich zur Zeit tiefgreifende Veränderungen. Elite, Konkurrenz und Karriere werden auch zu zentralen Begriffen des universitären Betriebs erklärt.

Aus der Bildungseinrichtung wird die Ausbildungsstätte. Nicht ein selbstbestimmtes Studium, sondern die effiziente Vorbereitung auf den so hart umkämpften Arbeitsmarkt ist nun universitäres Ideal. Diese Entwicklung drückt sich unter anderem in den neuen Studiengängen, dem Bachelor-/Mastersystem aus. Die ursprüngliche Idee des sechssemestrigen Bachelor hat sich so einfach und unproblematisch angehört: Studienzeiten kürzen, Studis praxisorientierter für die Integration in den Arbeitsmarkt vorbereiten.

Wer im Anschluss noch Lust hat, kann einen Master absolvieren mit noch besseren Chancen, oder sogar der Hoffnung auf eine wissenschaftlichen Karriere. Speziell an unserer Universität, und das haben wir dem Präsidium zu verdanken, hatte die schnelle Einführung Priorität vor der Studierbarkeit.

Vieles hat sich gebessert, aber inzwischen sind die grundsätzlichen Nachteile des Bachelor offensichtlich. Abgabefris-

ten und viele Klausuren in kurzer Zeit führt zu sehr hohem Prüfungsdruck, Modularisierung und Studienverlaufspläne zu eingeschränkten Wahlfreiheiten. Die hochgelobte freie Bildung wird nicht nur vernachlässigt, sondern gefährdet. »Damit reicht es langsam«, haben sich Studierende gesagt: »Wir müssen aktiv werden!«

Um die gegenwärtig bestimmenden Prinzipien zu hinterfragen und anderen Vorstellungen Raum zu geben, wurde am 31. Januar diesen Jahres ein uniweiter Aktionstag organisiert. Das Ziel war dabei nicht nur auf die Missstände hinzuweisen, sondern vielmehr zum Weiterdenken und konkretem Engagement, aber vor allem auch zu mehr Kommunikation miteinander und darüber, wie wir eigentlich leben wollen anzuregen.

Ein offenes Plenum von hochschulpolitisch Aktiven hat den Aktionstag initiiert. Die Idee war, dass an der ganzen Uni dezentrale Aktionen stattfinden, damit jeder und jede die Möglichkeit hat, dort aktiv zu werden, wo er oder sie unzufrieden ist und diese Aktionen individuell zu gestalten. Neben autonomen Seminaren und Vorträgen, wie zum Beispiel Bodo Zeuners Abschiedsrede »Die Freie Universität vor dem Börsengang?« über die Ökonomisierung der Universität, fand eine

studentische Vollversammlung statt, an der immerhin ca. 500 Studierende teilnahmen. Die Demonstration »Elite in Frage stellen, Umstrukturierungen verhindern, gegen Dieter Lenzens Hochschulpolitik!«, ging über das ganze Gelände der Universität. Außerdem fanden dezentrale Aktionen statt, unter anderem wurde die Silberlaube mit Soundsystem und »Elite kicken« erobert, und Studis probeweise in Seminaren mit der Einführung von Studiengebühren konfrontiert. Kommunikation und Information standen hierbei im Vordergrund.

In der Vollversammlung wurde das Sommersemester zum Protestsemester erklärt. Ein Auftakt bildeten diverse einzelne Vollversammlungen auf Institutsebene, gefolgt von der großen uniweiten Vollversammlung am 7. Mai. Was das nun bedeutet und ob den Worten auch Taten folgen wird sich zeigen. Denn es gibt vom 19. bis 23. Mai eine Aktionswoche - ja wir geben uns nicht mehr mit einem Tag zufrieden!

Es wird Veranstaltungen und Workshops geben, ein Aktionscamp, »Elite kicken« und alles, was irgendjemand dazu beiträgt. Also Augen und Ohren offen halten und kreativ sein!

VON BÜCHERN, AUTOKRATIE UND PROTEST

von DAVID ADAM, FELIX KOCH,
SEBASTIAN SCHNEIDER

350.000 Bücher in Politik- und Sozialwissenschaften. Bei den 5000 eingeschriebenen Studis macht das 70 Bücher pro Kopf. Diese Menge sollte nach den Plänen des FU-Präsidiums aussortiert werden. Als im November 2007 im Bibliotheksrat vorgestellt wurde, auf welche Weise die Bibliotheken von Politikwissenschaft, Publizistik, Soziologie und Ethnologie zusammengelegt werden sollen, machte sich starke Verwunderung breit.

Das Gebäude der Universitätsbibliothek (UB) solle mit 15 Millionen Euro saniert, ausgebaut und zur PolSoz-Fachbereichs-Bibliothek umgebaut werden. Wobei fast die Hälfte der rund 770.000 Medieneinheiten in der neuen Bibliothek keinen Platz fände. Ausgesondert werden solle nach den Prinzipien »ein Exemplar pro Buch« sowie nach Ausleihhäufigkeit: Bei zu geringer Nachfrage sei das Buch nicht zu gebrauchen.

Gleichzeitig sei die zukünftige Fachbereichsbibliothek wie schon die Philologische Bibliothek »The Brain« als Modell für weitere Fachbereiche zu verstehen: Bis 2020 ist die Anzahl der Bibliotheken auf 20 zu reduzieren, hieß es. Angehörige des Bibliotheksrats informierten die Fachschaftsinitiativen und gingen an die Öffentlichkeit.

Das Präsidium bekam schnell Wind von der Stimmung und startete die Gegenklärung: In einer Pressemitteilung vom Dezember ließ der Präsident verkünden, dass die weißrussische Exiluniversität EHU im litauischen Vilnius eine Bü-

cherspende erhalte. »Die umfangreiche Spende wird möglich, da unter anderem überzählige Exemplare aus Platzgründen und zur Schärfung des Profils aus der Bibliothek des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften und des Osteuropa-Instituts aussortiert werden.« (PE 295/2007 der FU vom 13. Dezember 2007)

Was eine weißrussische Uni mit deutschsprachigen Gewerkschaftszeitungen anfangen soll, blieb ebenso ungeklärt wie die Frage, was eine Angebotsreduzierung mit Profilschärfung zu tun hat. Die FSI Ethnologie konterte in einer Presseerklärung des AstA:

»Das Präsidium will durch diesen Akt vermeintlicher Großzügigkeit studentische Kritik an der sog. Profilschärfung delegitimieren. Sich gegen die Aussortierung hunderttausender Bücher einzusetzen, heißt nicht, der EHU Unterstützung zu verweigern. Es heißt, die weitere Verschlechterung der Studienbedingungen an der FU zu verhindern.«

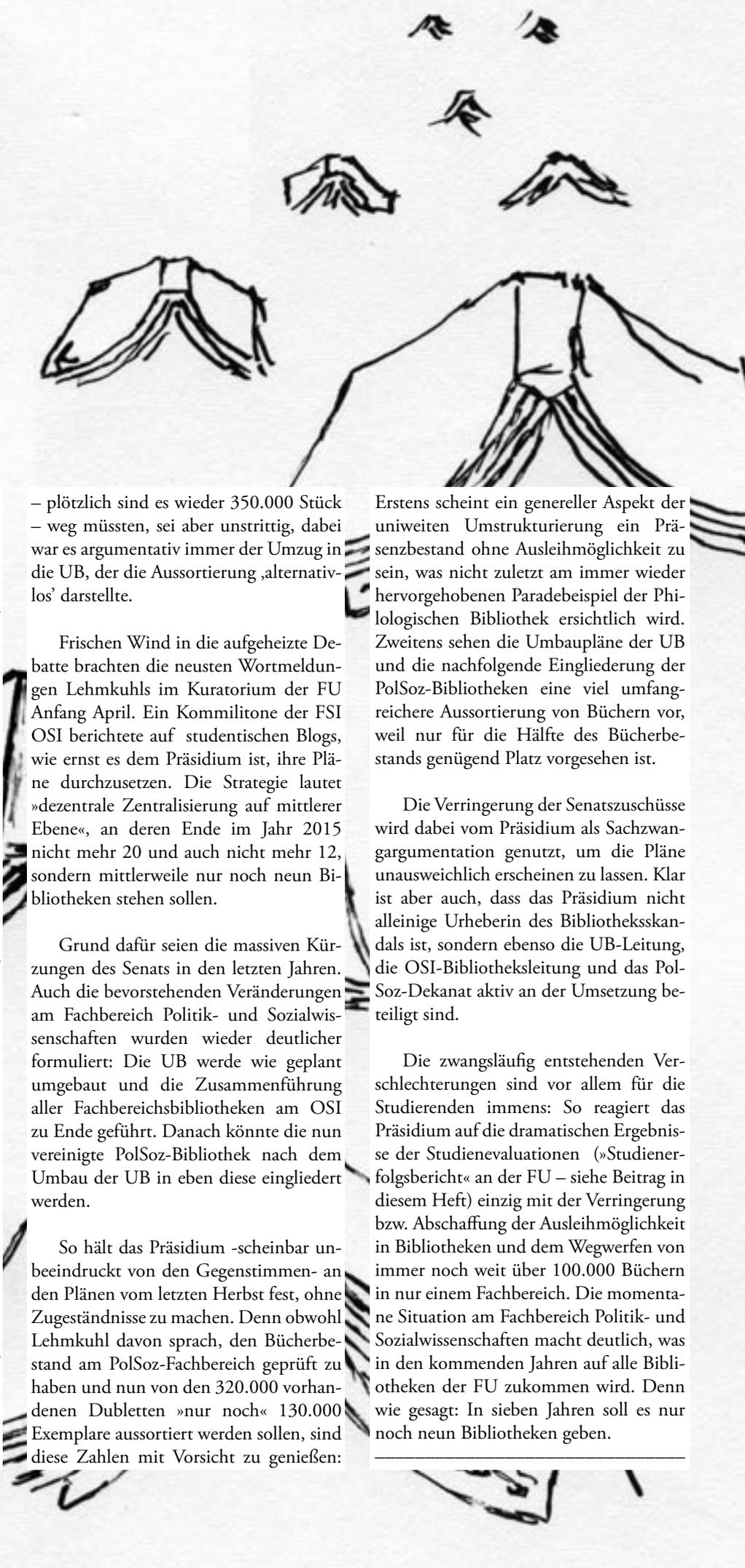
Es folgten studentische Proteste, Zeitungsartikel in der »tageszeitung« und »Tagesspiegel« sowie die Thematisierung in universitären Gremien. Der Institutsrat der Ethnologie lehnte die Pläne geschlossen ab, im Bibliotheksrat spaltete sich die Belegschaft in einige befürwortende BibliotheksleiterInnen und die aufgebrachte Basis. Von Gremien-Entscheidungen ungedeckt erhielten Bibliotheksangehörige derweil die Aufforderung, Bücher auszusortieren. Diese Bücher wurden weggeworfen, nicht gespendet. Ebenso gingen

Stellenausschreibungen für die Aussortierung an die Öffentlichkeit, obwohl eine Entscheidung des laut Berliner Hochschulgesetz zuständigen Fachbereichsrats (FBR) noch ausstand. Auch der Institutsrat der Politikwissenschaften lehnte Mitte Januar die Pläne ab.

Schließlich tagte der FBR Ende Januar, um über die Präsidiumspläne zu diskutieren. Eingeladen war die erste Vizepräsidentin Lehmkuhl für die präsidiale Sicht der Dinge. Durch die gute Öffentlichkeitsarbeit war sie in Rechtfertigungsposition, so dass die Präsidiumspläne nunmehr bloße »Gedankenspiele« waren. Zudem könne die Zahl der auszusortierenden Bücher noch nicht fest stehen: Schließlich müsse sich erst fachkundiges Personal damit befassen den Bestand zu sichten, um eine Entscheidungsgrundlage für die Aussortierung zu haben.

Auf Nachfrage, warum sie dann als Ansprechpartnerin für oben erwähnte Pressemitteilung aufgeführt sei, in der die Zahl von 200.000 bis 300.000 Büchern angegeben wäre, antwortete sie nicht. Es stehe noch nichts fest. Der Fachbereichsrat beschloss daraufhin, an den bestehenden Plänen zur Zusammenlegung der einzelnen Fachbibliotheken festzuhalten und gleichzeitig alle konkreten Umsetzungen zur Fusionierung mit der Universitätsbibliothek vorerst zu stoppen.

Lehmkuhl landete den letzten Coup: einen »runden Tisch«, um weitere Planungen zu besprechen. Auf Nachfragen konkretisierte sie: ein runder Tisch sei



ein Gespräch zwischen Präsidium und dem Dekanat – d.h. der Fachbereichsregierung, dessen Vorsitzende Riedmüller durch wortreiche und choleriche Präsidiumstreue unangenehm aufgefallen war. Studierende würdigen, so Lehmkuhl auf weitere Nachfragen, nicht zu den Gesprächen eingeladen. Sie habe selbst einmal studiert und kenne die Interessen der Studierenden, die obendrein ja indirekt durch das Dekanat vertreten wären. So weit also das präsidiale Verständnis von Partizipation. Auf studentische Initiative wurde die Bildung einer Statusgruppen übergreifenden Bibliothekskommission mit Empfehlungskompetenz für den FBR beschlossen.

In der ersten Sitzung dieser Kommission dann die Überraschung: der Umzug in die UB sei vorerst vom Tisch und auf 2015 verschoben, nach den Worten eines Kommissionsmitglieds eine elegante Art, sich von den Plänen zu distanzieren. Dafür scheint eine Art Politik der kleinen Schritte einzusetzen: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Verlegung und einhergehende Verringerung der Lesepätze. Auch die Ethnologie-Bibliothek soll zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres umziehen. Mit List und langem Atem soll so versucht werden, den Umzug in die UB unausweichlich scheinen zu lassen.

Die universitätsweite Kommission für Lehre befasste sich Anfang März in einer Sondersitzung mit der Thematik. Demnach solle die Bibliothekenzahl auf zwölf, nicht mehr »nur« auf 20 reduziert werden. Eine Bücherspende nach Litauen scheidet wegen der hohen Transportkosten aus. Dass die doppelten Exemplare

– plötzlich sind es wieder 350.000 Stück – weg müssten, sei aber unstrittig, dabei war es argumentativ immer der Umzug in die UB, der die Aussortierung ‚alternativlos‘ darstellte.

Frischen Wind in die aufgeheizte Debatte brachten die neusten Wortmeldungen Lehmkuhls im Kuratorium der FU Anfang April. Ein Kommilitone der FSI OSI berichtete auf studentischen Blogs, wie ernst es dem Präsidium ist, ihre Pläne durchzusetzen. Die Strategie lautet »dezentrale Zentralisierung auf mittlerer Ebene«, an deren Ende im Jahr 2015 nicht mehr 20 und auch nicht mehr 12, sondern mittlerweile nur noch neun Bibliotheken stehen sollen.

Grund dafür seien die massiven Kürzungen des Senats in den letzten Jahren. Auch die bevorstehenden Veränderungen am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften wurden wieder deutlicher formuliert: Die UB werde wie geplant umgebaut und die Zusammenführung aller Fachbereichsbibliotheken am OSI zu Ende geführt. Danach könnte die nun vereinigte PolSoz-Bibliothek nach dem Umbau der UB in eben diese eingliedert werden.

So hält das Präsidium –scheinbar beeindruckt von den Gegenstimmen– an den Plänen vom letzten Herbst fest, ohne Zugeständnisse zu machen. Denn obwohl Lehmkuhl davon sprach, den Bücherbestand am PolSoz-Fachbereich geprüft zu haben und nun von den 320.000 vorhandenen Dubletten »nur noch« 130.000 Exemplare aussortiert werden sollen, sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen:

Erstens scheint ein genereller Aspekt der uniweiten Umstrukturierung ein Präsenzbestand ohne Ausleihmöglichkeit zu sein, was nicht zuletzt am immer wieder hervorgehobenen Paradebeispiel der Philologischen Bibliothek ersichtlich wird. Zweitens sehen die Umbaupläne der UB und die nachfolgende Eingliederung der PolSoz-Bibliotheken eine viel umfangreichere Aussortierung von Büchern vor, weil nur für die Hälfte des Bücherbestands genügend Platz vorgesehen ist.

Die Verringerung der Senatszuschüsse wird dabei vom Präsidium als Sachzwang argumentation genutzt, um die Pläne unausweichlich erscheinen zu lassen. Klar ist aber auch, dass das Präsidium nicht alleinige Urheberin des Bibliotheksskandals ist, sondern ebenso die UB-Leitung, die OSI-Bibliothekslleitung und das Pol-Soz-Dekanat aktiv an der Umsetzung beteiligt sind.

Die zwangsläufig entstehenden Verschlechterungen sind vor allem für die Studierenden immens: So reagiert das Präsidium auf die dramatischen Ergebnisse der Studienevaluationen (»Studienerefolgsbericht« an der FU – siehe Beitrag in diesem Heft) einzig mit der Verringerung bzw. Abschaffung der Ausleihmöglichkeit in Bibliotheken und dem Wegwerfen von immer noch weit über 100.000 Büchern in nur einem Fachbereich. Die momentane Situation am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften macht deutlich, was in den kommenden Jahren auf alle Bibliotheken der FU zukommen wird. Denn wie gesagt: In sieben Jahren soll es nur noch neun Bibliotheken geben.



Studien zur Studierbarkeit des Bachelors

von MATHIAS BARTELT

Mit der Umsetzung der Bachelor-Reform wurde von der FU-Leitung die Evaluierung der neuen Studiengänge angefordert. Damit beauftragt wurden zum einen der im FU-Präsidium ansässige Arbeitsbereich Controlling (KCo), der den »Studienerfolgsbericht«¹ über die Abbruchquoten und den Studienerfolg im FU-Bachelor erarbeitete.

Zum anderen erging der Auftrag an eine Evaluationsgruppe um Prof. Felicitas Thiel und Irmela Blüthmann vom FU-Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schulentwicklungsforschung. Sie führten die Bachelorbefragung 2006², die FELZ-Studie über die Angemessenheit der Leistungspunkte und zuletzt die Exmatrikuliertenbefragung³ über die Gründe des Studienabbruchs durch.

Die Bachelorbefragung 2006 hatte im Sommersemester 2007 auf Grund von Zweifeln eine eigene Befragung durch FU-Studierende nach sich gezogen, die

sich nicht zuletzt an einer öffentlich auf breite Wahrnehmung gestoßenen und ebenfalls von Studierenden durchgeführten HU-Umfrage⁴ orientierte. Für die studentische Befragung an der FU liegen noch keine Zahlen vor.⁵

Inzwischen wurde auch eine neue HIS-Studie⁶ veröffentlicht, die die Studienabbruchquoten für den Bund insgesamt erhebt, bewertet und bereits in ihren Eingangsbemerkungen deutlich hervorhebt, dass gerade das quantitative Kriterium der Abbruchquote für die Hochschulfinanzierung von entscheidender Bedeutung sei. Sie trifft damit eine Aussage über die »Werthaltigkeit« von Wissenschaft und Bildung - im Übrigen eine Erklärung dafür, warum keine Hochschule freiwillig über ihre Gesamt-Abbruchquoten Auskunft gibt. Auch der »Studienerfolgsbericht« der FU kam nur auf irregulären Wegen an die Öffentlichkeit⁷ und wurde von der FU-Leitung bis heute nicht selbst veröffentlicht.

Seine »unfreiwillige« Veröffentlichung und die darauf folgende Kürzung der FU-Mittel für die Lehre von etwa einer Million Euro durch den Berliner Senat führte das FU-Präsidium noch im Dezember 2007 zur übereilten und kopflosen Ankündigung einer »Qualitätsoffensive Lehre«⁸ an der FU, deren Umsetzung zur Zeit Gegenstand der Zielvereinbarungsgespräche zwischen Präsidium und Fachbereichen ist.

Sie soll im wesentlichen umsetzen, was im »Studienerfolgsbericht« und der »Exmatrikuliertenbefragung« vorgeschlagen wird: Mentoringprogramme an allen Fachbereichen, wöchentliche Sprechstunden der Lehrenden, verbesserte Studienfachberatung, erleichterte Anerkennung von Scheinen anderer Universitäten, einen leichteren Fachwechsel im ersten Semester, das Aufbrechen der Geschlechterstereotype, verbesserte Master-Zulassungspraxis für ausländische Studierende, Einführungswochen vor Beginn des Semesters, Einführung zentraler Studien- und Prüfungsbüros in den Fachbereichen, zeitnahe Wiederholung von Prüfungen, flächendeckende Evaluationen in den Fachbereichen sowie für jeden Studiengang eine/n StudiengangsleiterIn.

D E R »STUDIENERFOLGS« B E R I C H T

Mit der Begründung, dass vermieden werden solle, die einzelnen Fächer und Fachbereiche gegeneinander auszuspielen, wurde allen FU-Mitgliedern, außer dem Präsidium selbst, die Einsicht in die Globalstatistik verwehrt. Wenn wir einen Blick auf den vollständigen Bericht werfen, sowie auf weitere gesicherte Informationen, wird nachvollziehbar, warum:

Die Studienabbruch-Quote in den BA-Studiengängen der FU liegt größtenteils über den Abbruchquoten der Magisterstudiengänge - in einigen Studiengängen fast um das Doppelte. Insgesamt haben bisher über die Hälfte der BA-Studierenden, sowohl in den Modulangeboten als auch im Kernfach, ihr Studium abgebrochen. Des Weiteren gibt es bereits BA-Studierende im 13. Fachsemester. Denn ebenso wie im Magister mit acht oder neun Semestern gilt auch im BA: Sechs Semester stellen die Regelstudienzeit dar - eine offensichtlich unhaltbare, jedoch dogmatisch verteidigte formale Vorgabe, die einzuhalten in der Realität nur wenigen Studierenden gelingt. Ein wichtiger Grund für die hohen Abbruchquoten, der im Bericht wie auch von Ralf Hoffrogge von der AStA-Hochschulberatung genannt wird: die fehlende Möglichkeit zum Fachwechsel. Hoffrogge macht deutlich: Dadurch würden viele Studierende geradezu in den Abbruch getrieben.

Die entscheidende Schlussfolgerung des Berichtes: »Die bisher mit der Einführung der neuen Studiengänge verbundenen Vorstellungen: geringerer Studienabbruch aufgrund intensiverer Betreuung und besserer Strukturierung der Studiengänge sowie Verkürzung der Studiendauer werden nicht oder nur teilweise eingehalten« (S.70). Es wird weiterhin konstatiert: Der feststellbare Schwund in den neuen Studiengängen sei erheblich

höher als in den alten Studiengängen. Studierende gäben in größerem Umfang als bisher ihr Studium auf und die BewerberInnenzahl für einen Studienplatz in einem höheren Fachsemester habe sich verringert. Studierende seien entweder nicht daran interessiert, in ein höheres Fachsemester in den Bachelorstudiengang an der FU zu wechseln oder nicht in der Lage, entsprechende Leistungsnachweise, die für den Zugang in ein höheres Fachsemester notwendig sind, vorzulegen. (S. 4) Dort, wo noch ein Wechsel vom BA in eine der alten Studiengänge möglich ist, wie beim Diplom in der Informatik oder in den Politikwissenschaften, scheinen Studierende in erheblichem Umfang diese Möglichkeit zu nutzen, wie auch der Bericht bemerkt. Dies scheint einen nicht geringen Einfluss auf die Abbruchquote im BA desselben Faches zu haben.

FORTENTWICKLUNG

Der Bericht wird ständig überarbeitet. Es wird für alle Bereiche des Studiums darüber nachgedacht, wie »gegengesteuert« werden könne. Ob durch diese »Steuerung« den einzelnen Fächern Genüge getan wird, ist eine von vielen offenen Fragen. Durch das FU-Rechtsamt, die im Präsidium ansässige Studienabteilung mit ihrer Untergliederung »Team Studienstrukturentwicklung« und mit dem Druckmittel der Finanzzuweisungen ist es das Präsidium selbst, das permanent in die einzelnen Studiengänge »hineinsteuert«. So werden als »Nachbesserungen« immer straffere, festgelegtere Studienstrukturen und verbindliche Studienordnungen gefordert.

Einzelne Fachbereiche kritisieren immer wieder, dass Studien- und Prüfungsordnungen über Monate »zur Prüfung« beim Rechtsamt liegen bleiben und nicht verabschiedet werden könnten. Teilweise gehen diese über Monate immer wieder zwischen Fachbereich und Rechtsamt hin und her, bis eine Ordnung den Vorstellungen des Präsidiums entspricht. Mitunter auch dann nur vorläufig - unter der Auflage, im nächsten Jahr »nachzubessern«, also weiter an den Ordnungen zu basteln und mit ihnen zu experimentieren.

BEFRAGUNG DER EXMATRIKULIERTEN BACHELOR STUDIENDEN

Nach ihrem Studienabbruch an der FU Berlin im Jahre 2006 wurden im Mai 2007 alle 871 exmatrikulierten BA-Studierenden angeschrieben, um die Gründe für ihren Abbruch anzugeben. Etwa die Hälfte antwortete darauf.

Entlang der derzeitigen Tätigkeit der Exmatrikulierten wurde unterteilt in StudienortwechslerInnen (die zum Zeitpunkt der Befragung bereits ein Studium an einer anderen Universität im selben oder anderen Fach aufgenommen hatten) und StudienabbrecherInnen (die zum Zeitpunkt der Befragung nicht an einer Hochschule eingeschrieben waren). Entsprechend seien etwas mehr als die Hälfte StudienabbrecherInnen.

Hier wiederum sei zu unterscheiden zwischen AbbrecherInnen und UnterbrecherInnen. Alle AbbrecherInnen seien zunächst UnterbrecherInnen, insofern sie später wieder ein Studium aufnehmen könnten.

Von besagten 54 Prozent beabsichtigten wiederum 6 Prozent die Wiederaufnahme an der FU im selben, 12 Prozent in einem anderen Fach. 36 Prozent an einer anderen Hochschule, 6 Prozent hätten sich noch nicht zwischen der FU oder einer anderen entschieden. 40 Prozent wollten nicht wieder studieren.

Im Wunschfach eingeschrieben gewesen seien drei Viertel, erwartungsgemäß weniger als in der BA-Befragung (84 Prozent). Studien begleitend hat etwa die Hälfte gearbeitet. Etwa 40 Prozent empfinden die schwierige Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit als deutliche Belastung. Dies gilt eben so für etwa 20 Prozent in Bezug auf familiäre Verpflichtungen, Belastung durch eige-

ne Krankheit oder psychische Probleme während des Studiums.

Mit über 40 Prozent seien als Exmatrikulationsgründe am häufigsten genannt worden: fehlender Praxisbezug, unklarer Master-Übergang, mangelnde Studienmotivation (Verlust des Fachinteresses, zu theoretisch, praktischere Tätigkeit angestrebt) und berufliche Neuorientierung. Persönliche und finanzielle Gründe machten immerhin ein Viertel der Gründe aus.

Für die in vier »Cluster« eingeteilten Befragten seien für eine Reduktion der Abbruchquote jeweils verschiedene Strategien erfolgversprechend:

Für »Verwählte« (38 Prozent) und insbesondere von Zeit- und Leistungsdruck »Überforderte« (25 Prozent) seien verbesserte Informationsangebote erforderlich. Für die »Verwählten« insbesondere über Studieninhalte und Berufsperspektiven. Für die »Überforderten« über Studienanforderungen, -organisation, »workloads«, fachbezogene Fähigkeiten, Lernkompetenzen und Arbeitstechniken.

Zusätzlich kämen im Falle der »Überforderten« eine kognitive und motivationale Eingangselektion (Auswahlverfahren oder Selbstassessments) sowie verbesserte Betreuungs- und Unterstützungsangebote, insbesondere bei der Vermittlung elementarer wissenschaftlicher Arbeitstechniken in Frage.

Eine Verbesserung von Studienorganisation und -angebot sei für die vorher eigentlich gut informierten, motivierten, überdurchschnittlich häufig die Hochschule wechselnden und von schlechter Studienorganisation, Verschulung, fehlenden Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten »Enttäuschten« (18 Prozent) sinnvoll.

Die 21 Prozent wegen eines interessanten Jobangebotes »frühzeitig Wechselnden«, die vorher vergleichsweise gut informiert waren und nur kurz an der FU blieben, befänden sich vermutlich oft in Überbrückungs- und Orientierungsphasen. In ihrem Falle sei einzig eine Vertueerung des Studiums hilfreich. Dies wer-

de zwar »aus guten Gründen kontrovers diskutiert«. Doch dass es ernsthaft geäußert wird, macht deutlich, dass derlei Ideen – nicht zuletzt zur »Abschreckung« – weiterhin Gegenstand der Diskussion bleiben.

Der Exmatrikuliertenbericht leistet einen wichtigen Beitrag zur Frage der Abbruchgründe. Er kann – und will – nicht bestreiten, dass das bedeutendste Ziel der Debatte, die zur BA-Einführung geführt hat, die Verringerung der Abbruchquoten, nicht erreicht wurde, sondern das Gegenteil eingetreten ist.

Sollten die alten Studiengänge insbesondere wegen ihrer hohen Abbruchquoten durch das BA-/MA-System ersetzt werden, so muss auch dieses sich daran messen lassen. Es muss eingestanden werden, dass das Ziel der Verringerung der Abbrüche gescheitert ist.

Doch genau das will der Bericht relativieren: Viele Studierende würden nicht abbrechen, sondern lediglich unterbrechen. Selbst und gerade vor dem Hintergrund, dass viele Studierende trotz der als oft schlecht empfundenen BA-Studienbedingungen ihr Studium fortsetzen, ist angesichts kaum mehr zugänglicher Alternativen die Frage zu stellen: Was denn sonst? Falls Studierende das Durchhaltevermögen hierzu besitzen, ist es als äußerst zweifelhaft zu bewerten, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass sie einfach abbrechen.

Wie schon beim Wechsel innerhalb eines Fachs vom BA- zu einem alten Studiengang zeigt sich auch Hochschulen übergreifend, dass Studierende das BA-Studium eindeutig vor allem dann »unterbrechen«, wenn sie eine NC und andere Bedingungen berücksichtigende realistische Alternative hierzu besitzen.

Wer eine solche Alternative nicht besitzt, jedoch in seinem Wunschfach eingeschrieben ist oder wessen Lebensplanung und (berufliches oder wissenschaftliches) Weiterkommen hiervon abhängt, wird das BA-Studium eher fortsetzen, als gar keine andere Möglichkeit zu besitzen.

HIS-Bericht von Februar 2008 auf Basis ei-

VERWÄ.

HLT.ÜB.

ERTFOR.

DERTE

NT TAU

SCHT



ner Studie des Absolventenjahrgangs 2006 Ziehen wir nun die HIS-Studie hinzu, so geben ihre Eingangsbemerkungen Aufschluss über den Zustand des Verständnisses von (Hochschul-) Bildung in der gesellschaftlichen Diskussion:

»Die Ausbildung[!] der Studierenden kann sich nicht allein an einer hohen fachlichen und methodischen Qualität der Lehre orientieren. Effizienz und sorgsamer Umgang mit gesellschaftlichen wie persönlichen Ressourcen sind nicht weniger von Bedeutung. Ein solches Verständnis des Erwerbs von akademischen Qualifikationen verlangt von Universitäten und Fachhochschulen, möglichst viele Bewerber, die zum Studium aufgenommen werden und über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen, zu einem Hochschulabschluss zu führen.

Die Quote des Studienerfolgs bzw. des Studienabbruchs wird damit zu einem der zentralen Indikatoren für die Ausbildungsleistungen im tertiären Bildungssektor[!]. Die stete Kontrolle dieser Werte gewinnt angesichts der niedrigen deutschen Absolventenquoten im OECD-Vergleich und eines partiellen Fachkräftemangels noch an Bedeutung.«

Auch hier eine Definition von »Studienabbrecher«: Dies sei »der Anteil der Studienanfänger eines Jahrgangs, die ihr Erststudium [endgültig, ohne weitere Studienaufnahme in anderem Fach oder anderer Hochschule] beenden, ohne es mit einem Examen abzuschließen.« (S. 6) Den Studiengang oder die Hochschule wechselnde Studierende würden nicht darunter gefasst.

Für die Studienabbruchquote im BA seien ausschließlich die StudienanfängerInnen der Jahre 2000 bis 2004 betrachtet worden, da nur hier bereits verwertba-

re Daten hätten erhoben werden können. Die wichtigste Rolle komme dabei den BA-Studiengängen der Jahre 2002 bis 2004 zu. Die BA-Abbruchquote von 2000 bis 2004 spiegele in erster Linie deren Abbruchquote wider.

An den Universitäten betrage die Gesamt-Abbruchquote nur noch 20 Prozent (S. 20). Bei den Studierenden, die in den Jahren 2000 bis 2004 ein BA-Studium (auch an Fachhochschulen) begonnen hätten, sei sie mit 30 Prozent »überraschend hoch«.

Dies scheine den Erwartungen, die mit der Einführung der neuen Studiengänge verbunden seien, zu widersprechen. Dies liege wohl insbesondere daran, dass diese Studiengänge gerade mit Anfangs- oder Umstellungsschwierigkeiten umzugehen hätten. »Kinderkrankheiten« also. Insgesamt betrage die Abbruchquote in den BA-Studiengängen der Universitäten 25 Prozent.

Die hohen Abbruchraten könnten dabei jedoch nicht dazu dienen, das Konzept der Studienstrukturen oder sogar den gesamten Bologna-Prozess in Frage zu stellen. Viel mehr wiesen fächergruppenspezifische Differenzen darauf hin, dass der »Studienerfolg« in den BA-Studiengängen in Zusammenhang zu sehen sei mit der Art und Weise, wie die BA-/MA-Strukturen umgesetzt worden seien.

Tatsächlich habe das BA-Studium in einigen Fächern zu einer Senkung geführt (Rechts- und Sozialwissenschaften), in anderen zu einer Steigerung (Teile der Ingenieurs- oder Naturwissenschaften, Wirtschafts- so wie Sprach- und Kulturwissenschaften), in weiteren zu einem anhaltend geringen Abbruch (Medizin, Lehramt, Biologie, Pharmazie und Geographie).

»STUDIENERFOLG« AN DER FU UND AN ANDEREN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN

Verglichen mit dem FU-»Studienerfolg« scheint die Uni-BA-Abbruchquote des HIS-Berichtes mit 25 Prozent gering auszufallen. Hier muss jedoch betont werden, dass dabei die Unterscheidung zwischen »Abbruch« und »Wechsel« maßgebend ist. Bereits für sich genommen als „reine“ Abbruchquote fällt sie, auch nach Einschätzung der Verfasserinnen der HIS-Studie, ernüchternd hoch aus.

Bei näherem Hinsehen wird offensichtlich, dass die Quote der BA-Studierenden, die eine deutsche Universität ohne Abschluss verlassen, ähnlich wie an der FU, sehr hoch ist. Höher als in den alten Studiengängen. Das kann und will auch die HIS-Studie nicht bestreiten. Doch weil nicht sein kann, was nicht sein darf, versucht sie wie die Exmatrikuliertenbefragung, dieses Faktum noch immer zu relativieren. So wird der Streit um »Kinderkrankheiten« und unter der »Studienreform« leidende Studierende noch eine Weile weiter gehen.

Der vollständige und nicht redaktionell bearbeitete Artikel kann im Internet gelesen werden: www.geocities.com/fightbologna/der-mythos-vom-besseren-studium.pdf.

1 www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/images/d/d1/Studien-erfolg_FU.pdf

2 www.fu-berlin.de/bachelorbefragung

3 www.fu-berlin.de/studium/docs/DOC/Enbericht_Exmatrikuliertenbefragung.pdf

4 www.studierbarkeit.de

5 www.fub.studierbarkeit.de

6 www.his.de/pdf/21/his-projektbericht-studienabbruch.pdf

7 <http://fuwatch.wordpress.com/2007/12/08/denn-wo-gehobelt-wird-da-fallen-spanen/>

8 <http://fuwatch.wordpress.com/2008/04/15/qualitatsoffensive-lehre-im-original/>
bzw. www.tagesspiegel.de/2443111

TEST AS

TestAS

Sprachtest für ausländische StudentInnen

von PATRICK PACHUR



WAS BISHER GESCHAH

2006 verabschiedet der Akademische Senat der Freien Universität, nach Vorschlag der KultusministerInnenkonferenz, die Rechtsgrundlage für einen Studierfähigkeitstest für BewerberInnen des Studienkollegs. Im April 2007 erscheint diese Neuerung in den FU-Mitteilungen und tritt in Kraft. Ab diesem Semester muss zur Bewerbung zum Studienkolleg dieser Test vorgelegt werden, aber nur für das Studium der Wirtschaftswissenschaften und nur an der FU Berlin.

WAS BEDEUTET DAS?

Das Studienkolleg ist ein halbjähriger vorbereitender Kurs für ausländische Studierende. Hier sollen sie Deutschkenntnisse erlangen und verbessern. Dadurch sollen sie auf ihr künftiges Studium vorbereitet werden. Man mag davon halten was man will, aber es hat vielleicht auch Vorteile. Jetzt sollen die BewerberInnen aber zusätzlich einen Test absolvieren, der sie erst zur Bewerbung des Studienkollegs berechtigt, um dann ihr Studium anzutreten. Der so genannte TestAS1 soll ihre kognitiven Fähigkeiten testen. Betroffen sind ausschließlich Studierende aus sogenannten Drittländern, die kein in Deutschland anerkanntes Abitur haben.

Dieser kognitive Fähigkeitstest soll offensichtlich der FU-Berlin und dem deutschen Staat gewährleisten, dass grundlegende Intelligenz, Motivation, Studierfähigkeit und psychische Reife bei diesen AusländerInnen vorhanden sind. Er wurde in diesem Jahr zum ersten mal angeboten und existiert bislang nur für Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, soll jedoch in den nächsten Jahren auch für andere Studiengänge eingeführt werden.

Wie wird nun die Bewerbung nicht gleichgestellter AusländerInnen in Zukunft aussehen? Der 12. April jeden Jahres wird der weltweit einzige Termin sein, diesen Test abzulegen. In Deutschland bei autorisierten Sprachschulen, im Ausland beim Goethe-Institut oder beim DAAD, jedoch muss bereits am 1. Feb-

ruar jeden Jahres die Bewerbung für das BWL/VWL-Studium zum kommenden Wintersemester vorliegen.

ZEITPROBLEME

Der Test muss allerdings vor der Bewerbung zum Studium absolviert worden sein. Nach erfolgreichem Test können ausländische Studierende sich im Februar des Folgejahres, also nach zehn Monaten zum Studium bewerben. Anschließend beginnen sie im Mai mit dem Studienkolleg. Bestehen die BewerberInnen dort alle Prüfungen, können sie dann im Oktober das Studium aufnehmen. Zusammen genommen macht das knappe zwei Jahre, bis man dann mal studieren darf.

FINANZIELLE PROBLEME

Dieser Test ist kostenpflichtig, z.Z. 360 Euro innerhalb Deutschlands (mit Vorbereitungskurs in einer Sprachschule in Berlin). Man kann nur mutmaßen, was dieser Test in den restlichen Ländern kosten wird, aber gehen wir mal im günstigsten Fall von beispielsweise 10 Euro in Vietnam aus. Der Test wird jedoch nur in Ho-Chi-Minh-Stadt oder Hanoi angeboten. Wie kommt man aus einer anderen Region dort hin und wie finanziert man dies?

NUTZEN FÜR DIE FU BERLIN UND DEN DEUTSCHEN STAAT

Nur die reichsten AusländerInnen kommen zu uns. Nur die »schlauesten« AusländerInnen kommen zu uns, Nur die AusländerInnen, die sich schon zwei Jahre vorher vollkommen sicher sind, dass sie ausschließlich Wirtschaftswissenschaften und nur an der FU Berlin studieren wollen, kommen zu uns. Wahrscheinlich wird aber niemand kommen.

Im ersten Semester, auf das diese Regelung zutraf, musste der Bewerbungszeitraum bereits außerplanmäßig verlängert werden, weil sich innerhalb der Frist niemand bewarb. Ob sich innerhalb der einmonatigen Verlängerung noch Studierende an der FU Berlin beworben haben, die die neuen, deutlich höheren Zugangshürden, in Kauf nehmen, ist fraglich.

DIE SITUATION AN ANDEREN UNIS

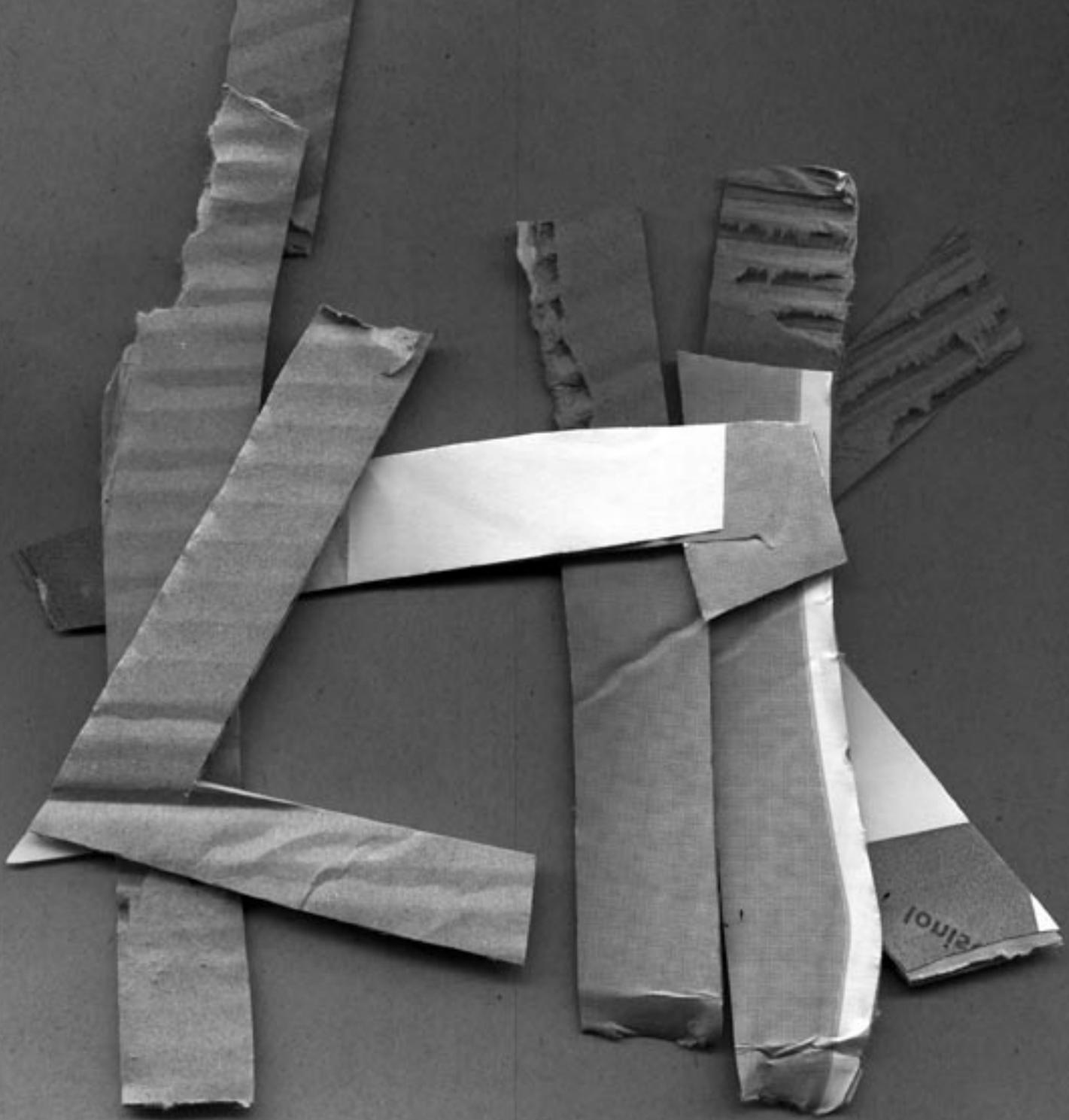
Auch andere Unis wissen um die Existenz des TestAS, jedoch scheint keine zweite deutsche Uni die Hürden so hoch legen zu wollen. Zum Beispiel erkennt die Uni Hamburg den TestAS an, betont allerdings auf ihrer Website ausdrücklich die Freiwilligkeit. Die HU Berlin dagegen will laut Auskunft des Immatrikulationsbüros nichts davon wissen, obwohl ihr die Existenz bekannt ist. Interessant hieran ist, dass der Studienkolleg von beiden Universitäten gemeinsam veranstaltet wird. HU- und FU-Studierende besuchen dabei dieselben Veranstaltungen - nur dass diejenigen, die später an der FU studieren wollen, zu diesem Zeitpunkt schon ein erstes mal feststellen können, dass die FU in einigen Dimensionen ein bisschen anders funktioniert als andere Universitäten.

VIELE FRAGEN

Wieso wird ein derart fragwürdiges Experiment deutschlandweit vorläufig nur an der Freien Universität Berlin, im Speziellen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und nur mit AusländerInnen durchgeführt? Wieso ist Herr Lenzen immer der Erste? Wie kann es sein, dass weder die Fachbereichsverwaltung, der Fachbereichsrat, das Studienbüro, ja nicht einmal der Dekan am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft von solchen Neuerungen erfährt. Abgesehen von der Untergrabung der Gremien an der FU und deutlich erkennbarer Diskriminierungstendenzen, wo führt das hin?

DER TREND

Was hier erprobt wird, setzt sich fort. So sind auch in den Zielvereinbarungen des FU-Präsidiums mit den Fachbereichen bereits freiwillige Studierfähigkeitstests für deutsche StudienbewerberInnen vorgesehen. Allein schon aus diesem Grund sollten auch Studierende an anderen Fachbereichen die Augen offen halten. Der Wahnsinn hat Methode - wie die FU Berlin nicht zuletzt in der Exzellenzinitiative bewiesen hat.



EIN DENKMAL FÜR DIE FREIHEIT

Wie 15 Tonnen Bronze den kritischen Umgang mit Geschichte erschlagen

von RALF HOFFROGGE

Sollte man ehemaligen Nazis, rechten AntikommunistInnen und bezahlten GeheimdienstlerInnen ein Denkmal errichten? Die FU sagte ja und schritt zur Tat – seit September 2007 steht das neue Mahnmal auf der Wiese hinter dem Henry-Ford Bau. FU-Präsident Lenzen hält es für ein Freiheitsdenkmal – KünstlerInnen, StudentInnen und HistorikerInnen schütteln den Kopf.

Am 6. September 2007 wurde an der FU mitten in den Semesterferien und ohne vorherige Diskussion eine Skulptur des Künstlers Volker Bartsch eingeweiht. Das Werk mit dem Titel »Perspektiven« wurde von Präsident Dieter Lenzen zehn FU-Studenten gewidmet, die Anfang der 50er Jahre aus Ostberlin verschleppt und später in Moskau durch sowjetische Geheimpolizei hingerichtet wurden. Der Grund waren Widerstandshandlungen in der DDR, von den Behörden als Spionage interpretiert.

Erst im Jahr 2005 hatte die russische Bürgerrechtsorganisation »Memorial« die Grabstätten der Ermordeten in Russland aufgespürt und den Vorgang in Deutschland bekannt gemacht. Studentische Stimmen, etwa die Fachschftsinitiative Geschichte, begrüßten im September 2007 eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der FU-Geschichte, kritisierten aber von Anfang an die seltsame Form.

Bereits ein erster Blick auf die Skulptur offenbart einen fundamentalen Widerspruch zwischen Form und angeblicher Gedenkfunktion: Es finden sich auf dem Sockel des neuen »Denkmals« nirgendwo die Namen der Ermordeten – stattdessen wurde großflächig der Name des Bankhauses Oppenheim angebracht, das die Anschaffung der Skulptur bezahlte.

- - F O R M - -
F O L L O W S
F U N C T I O N ?

Damit das ganze nicht von vornherein als PR-Gag eines Finanzdienstleisters aufflog, wurde bei der Einweihung von Bankchef Matthias Graf von Krocknow explizit darauf hingewiesen, dass das Bankhaus Oppenheim als jüdisches Familienunternehmen während der Nazizeit selbst Opfer von Verfolgung und Willkür gewesen sei.¹ Verschwiegen wurde jedoch, dass die Bank während der NS-Zeit von einem

»volksdeutschen« Treuhänder geführt wurde und an Arisierungen jüdischen Vermögens beteiligt war.² Von Krocknow outete sich im weiteren Verlauf seiner Rede als Sproß einer »alten preußischen Familie«, welche Ende 1945 als Vertriebene selbst Opfer eines totalitären Regimes geworden sei. Über die Leistungen seiner Familie vor 1945 sagte er nichts.

Eine ganze Reihe von Opfern war also zur Einweihung versammelt – die ermordeten Studenten tauchten nur am Rande auf. Ein Artikel aus der Berliner Zeitung vom 7. September 2007 erklärt, warum nicht nur die Widmung sondern auch die Form des »Denkmals« die historischen Vorgänge ignoriert: »Aus Kunstkreisen ist zu hören, man habe längere Zeit nach einem Standort für das bereits fertige Kunstwerk gesucht und die FU sei keineswegs die erste Wahl gewesen. Das klingt, als stehe es jetzt nur »zufällig« für die Ehrung der ermordeten Studenten.«

Der Leserbrief des Berliner Künstlers Peter Paul Potthans in derselben Ausgabe bestätigte, dass die von Lenzen zum »Denkmal« beförderte Skulptur eigentlich keines ist. Nur durch »freundschaftliche Beziehungen innerhalb und außerhalb des Rotary Clubs« sei die FU zur Skulptur gekommen: »Weil sich für die Skulptur von Volker Bartsch im Berliner Stadtzentrum kein Platz fand, wird sie kurzerhand zum Mahnmal erklärt [...] Die offene Form lässt halt viele, beliebige Lesarten zu. Der Künstler beklagt sich nicht, Hauptsache er wird im öffentlichen Raum platziert!«

Es könnte allerdings noch einen weiteren Grund geben, warum die Namen der Opfer nicht genannt werden. Im Internetarchiv des Deutschlandfunk erklärt ein Bericht vom 13. Oktober 2005, was die FU-Studenten³ denn nun eigentlich in Ostberlin taten und bringt ihre Aktionen in Zusammenhang mit der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU): »Dieser Widerstand bestand darin, dass man also Flugblätter in die S-Bahn Züge klebte [...] Kernpunkt und Kristallisationspunkt all dieser Organisationen war die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, hier in Westberlin beheimatet«⁴. Die »Kampfgruppe gegen Unmensch-

lichkeit« wurde laut Informationen des »Handbuch Rechtsextremismus« von Jens Mecklenburg 1948 von westlichen Geheimdiensten als Vorfeld- und Spionageorganisation gegründet. Sie soll aktiv beim Aufbau eines Agentennetzes in der DDR mitgewirkt haben⁵.

Dennoch war in der FU-Presserklärung vom 6. September 2007 und auch den Zeitungsberichten zur Enthüllung des Bartsch-Denkmal immer nur von »angeblicher Spionage« die Rede. Später veröffentlichte die FU im Internet biographische Details der zehn Studenten. Und musste nun selbst zugeben, dass einer der Ermordeten zur Zeit seiner Verhaftung »für einen Geheimdienst der Westalliierten« arbeitete.⁶ Selbst bewiesene Spionagevorwürfe würden natürlich Verschleppung und Ermordung keinesfalls rechtfertigen. Dennoch wirft dies deutliche Zweifel auf die Denkmalswürdigkeit der zehn Studenten.

- - - V O N - - -
D I S S I D E N T E N
- - - U N D - - -
A G E N T E N

Die im Internet zugänglichen Kurzbiographien bestätigen die Verbindungen von drei der zehn Studenten zur »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«. Außerdem war einer der genannten zehn laut FU-Angaben von 1941 bis 1944 Mitglied der NSDAP, wurde dann jedoch aus der Partei ausgeschlossen. Anscheinend hat das Präsidium der FU wider besseres Wissen die Widmung auf dem Sockel des »Denkmals« bewusst vage und nichtssagend gehalten.

Denn die NSDAP-Mitgliedschaft, aber auch die Natur der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« passen nicht ins von der FU gepflegte Bild der »Freiheitskämpfer«. Vorwürfe, die KgU sei

eine Vorfeldorganisation von CIA und BND gewesen, sind nicht neu. Auch sind sie keineswegs ein Werk linker VerschwörungstheoretikerInnen. Selbst auf der Website des Deutschen Historischen Museums liest man über die »Kampfgruppe« und verwandte Organisationen, sie hätten sich für ihre Informationen gut bezahlen lassen, ja geradezu um die Gelder der Nachrichtendienste konkurriert: »Das Geld kam vom US-Geheimdienst. Nach dem Wert der Nachrichten richtete sich die Höhe der Zuwendungen. Das war ein hartes Geschäft nach der Devise ›Ware gegen Geld‹, erinnert sich ein BND-Veteran«⁷.

Aber nicht nur Spionage, sondern auch »aktive Sabotage« wurde von der »Kampfgruppe« betrieben. Im »Spiegel« vom 19. November 1952 wird von Brandstiftungen, Sabotage an Telefonanlagen und Vorbereitungen zu Brückensprengungen (!) berichtet, welche die DDR-Behörden der Kampfgruppe zu Last legten.

Auch der Spiegel nahm die Kampfgruppe damals keineswegs in Schutz und kommentierte ihr Handeln wie folgt: »... Das war der hartgesottenen ›Kampfgruppe‹ zu zahm. Sie wollte die rote Diktatur ins Wanken bringen. Sie verlegte sich auf anderes. Sie beauftragte teilweise unerfahrene Jungen, die aus Empörung gegen die Kommunisten alles mitzumachen bereit waren, verantwortungslos mit vertrackten Aufträgen; die Jungen fielen dem sowjetdeutschen ›Staatssicherheitsdienst‹ reihenweise in die Hände und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen.«

Haben vielleicht einige dieser »unerfahrenen Jungen« ihre Aktionen nicht nur mit dem Zuchthaus bezahlt, sondern mit dem Leben? Fest steht: Selbst zeitgenössische, keinesfalls des Kommunismus verdächtige Organe wie der »Spiegel« stuften die KGU und ihre Handlungen als unverantwortlich, ja geradezu terroristisch ein. Folgt man obigem Zitat, handelt es sich bei den ermordeten Studenten nicht allein um Opfer von Stalins Geheimpolizei, sie erscheinen gleichermaßen als Opfer der West-Geheimdienste, die sie



oben: Kerstin Bischel, Martin Schönfeld
unten: Werner Wippermann, Ralf Hoffrogge



wissentlich auf Himmelfahrtskommandos schickten.

Um eine Debatte über die Biographien der Ermordeten und die fragwürdige Denkmalsetzung anzustoßen, formulierten AStA FU und Fachschaftsinitiative im Herbst 2007 einen schriftlichen Fragenkatalog und luden Präsident Lenzen persönlich zu einer Podiumsdiskussion ein.

DISKUTIERT WIRD - NICHT ----- VERORDNETES GEDENKEN

Die Diskussion fand am 6. November 2007 statt, auf dem Podium diskutierten Prof. Wolfgang Wippermann vom Friedrich-Meinecke-Institut der FU, Martin Schönfeld vom Büro für Kunst im öffentlichen Raum sowie der Autor dieser Zeilen als Vertreter des AStA. Das Präsidium der FU weigerte sich trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Nachfragen, einen Vertreter oder eine Vertreterin zu schicken. Stattdessen wurden die in der Einladung gestellten Fragen einen Tag vor der Diskussion in einer dünnen E-Mail beantwortet.

Die Kritik der Studierenden wurde dabei voll und ganz bestätigt – in Bezug auf den Ursprung der Skulptur schrieb der Präsidiumsvertreter: »Es ist dem Präsidium gelungen, den Mäzen davon zu überzeugen, die Skulptur von Volker Bartsch, die dieser für den Mäzen gefertigt hat, der Freien Universität zu schenken. Der Ort für die Aufstellung einer Skulptur wurde nicht bei der Auftragserteilung bereits festgelegt«. Auch die Verbindung der Studenten mit der KgU bestätigte sich. Sie wurde sogar nicht nur

für drei, sondern alle zehn genannten Studenten zugegeben. Lediglich bezahlt worden seien die Studenten nicht: »Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hatte 80 fest angestellte Mitarbeiter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Darüber hinaus gab es einen Kreis von Vertrauensleuten. Die meisten der ermordeten Studenten waren in diesem Kreis engagiert, aber nicht in der KgU beschäftigt.«

Der Verweis auf »öffentliche Mittel« stellt noch einmal eindeutig klar, dass die KgU kein ehrenamtliches Dissidentennetzwerk war, sondern definitiv im Staatsauftrag handelte (ob nun der BRD oder der USA bleibt hier unklar). Straftaten, so das Präsidium, hätten die betreffenden Studierenden jedoch nicht begangen, diese seien ihnen selbst von den sowjetischen Militärtribunalen auch nicht vorgeworfen worden.

Auf der Podiumsdiskussion selbst wurde dann die seltsame Entstehungsgeschichte des »Denkmals« durch Podiumsgast Martin Schönfeld ausführlich erläutert: »Schönfeld bestätigte noch einmal, dass die Skulptur keineswegs als Denkmal entstanden ist. Vielmehr sei sie vom Bankhaus Oppenheim für den südlichen Vorplatz des neuen Hauptbahnhofes in Auftrag gegeben worden. Eine Aufstellung dort sei jedoch an der zuständigen Senatskommission gescheitert, die ihr Veto eingelegt habe.

Die Kommission, in der er auch mitarbeitete, habe stattdessen verschiedene Brachen und Grünflächen am Stadtrand als Aufstellungsort empfohlen. Insbesondere diese Enthüllung löste im Publikum einiges an Heiterkeit aus. Nur weil die Gegenvorschläge als Repräsentationsorte für das Bankhaus nicht attraktiv erschienen, sei die Skulptur quasi als »drop-art« an die FU gekommen. Man solle sie daher als Kunstwerk in der Tradition des Post-Kubismus nehmen, ein Denkmal sei das Werk jedoch keinesfalls«?

Für eine weitere Enthüllung sorgte auf der Podiumsdiskussion Prof. Wippermann: Er informierte über die Verbindungen eines der geehrten Studenten zum »Narodno Trudowoi Sojus«, zu deutsch



etwa »Völkischer Arbeiterrat«. Diese 1918 zunächst gegen die Russische Revolution gegründete Organisation habe unter anderem während des 2. Weltkrieges mit den nationalsozialistischen Besatzungstruppen in der Sowjetunion zusammengearbeitet – auch sie sei daher keinesfalls denkmalwürdig.

Interessant an der Diskussion war auch die Debatte mit einem Angehörigen der zehn ermordeten Studenten, der im Publikum anwesend war. Trotz heftiger Kontroversen um vermeintlich schlampige Recherche und einseitige Darstellungen gab es zumindest einen Konsenspunkt unter den Diskutierenden: Man müsse die Biographien der Ermordeten ernst nehmen.

Dies ist jedoch kaum der Fall mit einem »Denkmal«, das eigentlich als themenlose Banken-Repräsentationskunst entstanden ist. Auch die schonungslose Subsumierung der ambivalenten Biographien und dem Begriff »Freiheitskämpfer« wird den historischen Realitäten kaum gerecht.

Letztendlich stellt es sich so dar, als wären die zehn ermordeten Studenten gleich doppelt instrumentalisiert worden: einmal als Schachfiguren im Kalten Krieg, ein weiteres Mal in der Gegenwart als Versatzstücke für eine Imagekampagne

der FU. Wir haben es hier mit einem Novum in der Erinnerungspolitik zu tun: einerseits ist das »Denkmal« eine klassische Verlängerung von Kalter-Kriegs-Ideologie und Totalitarismustheorie, eine optisch-ideologische Panzersperre gegen die Idee, Kommunismus könnte auch andere Inhalte als Stasi und Stacheldraht haben. Andererseits ist die Skulptur gleichermaßen Ausdruck einer neuen postmodernen Beliebtheit in der Erinnerungspolitik.

DAMMBRUCH -- IN ---- DER -- ERINNERUNGS KULTUR

Ein Kunstwerk wird völlig aus dem Zusammenhang gerissen und als Mahnmal umdefiniert, eine Widmung für konkrete Opfer existiert schlichtweg nicht. Lediglich durch Begleittexte im Internet und der Presse werden historische Personen an die völlig unbestimmte Freiheitswidmung ange dockt. Diese neue Beliebtheit ist vielleicht noch kritischer zu

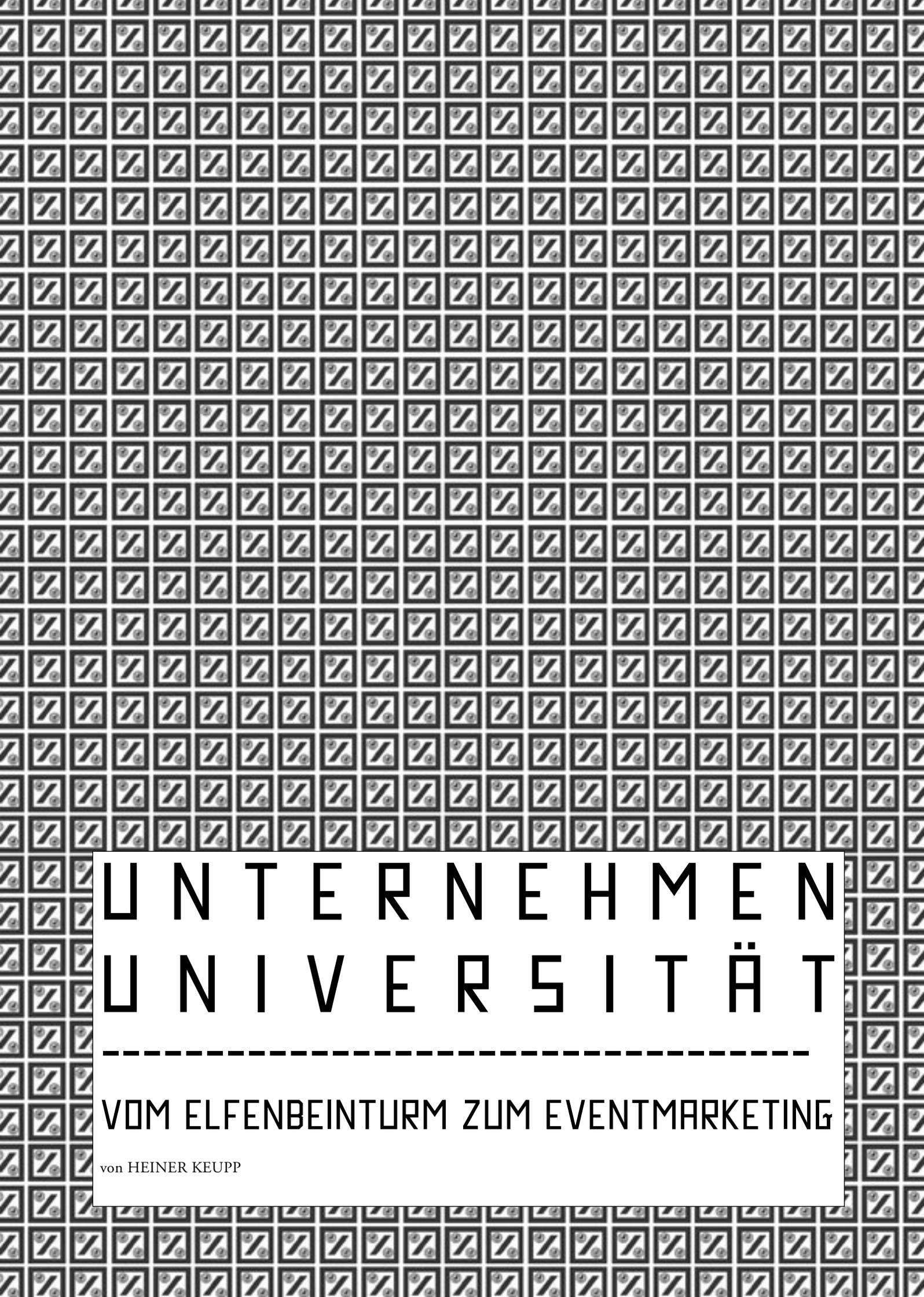
sehen als der klassische Antikommunismus, der sich etwa in Denkmälern im Stil der »Neuen Wache« mit ihrer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR widerspiegelt. Solcherlei Antikommunismus bezog sich wenigstens noch auf konkrete Vorgänge, machte sich dadurch angreif- und kritisierbar. Er vertrat, wenn auch in pervertierter Form, die Idee, man könne aus der Geschichte lernen.

Diese Idee ist im Patchwork-Denkmal an der FU nicht mehr erkennbar. Form, Inhalt und Diskurs der Skulpturensetzung haben keinen inneren Zusammenhang, Geschichte dient hier als bloßes Versatzstück für ein FU-Image ohne Inhalte. Corporate Identity heißt diese Form von Ideologie. Eine FU-Identität soll hergestellt werden, ohne konkrete Inhalte und Prinzipien zu nennen, die der FU ihre Besonderheit verleihen.

Denn solche Prinzipien, und seien es nur die schwammigen Floskeln von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit aus dem FU-Motto, wären ein Maßstab der Kritik für die real unhaltbaren Zustände an der Freien Universität. Kritik und Diskussion jedoch, das zeigt sich an der Reaktion des Präsidiums auf studentische Debatten zur Bartsch-Skulptur, ist unerwünscht. Lieber sollen wir gedenken und schweigen.

1 www.fu-berlin.de/tour/campus/kunstwerk/presseinfo/media/rede_grafvonkrockow.pdf
2 Werner Rügemer, *Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred von Oppenheim*, 3. überarbeitete geschwärzte Auflage, Nomen Verlag, Frankfurt/Main 2006
3 Es handelt sich bei den zehn bisher bekannten Opfern durchweg um Männer, deshalb ist im Folgenden von Studenten und nicht von Studierenden die Rede.
4 Campus und Karriere, 13.10.05; online: www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/424010/, Zugriff: 24.3.08.
5 Mecklenburg, Jens (Hg.): *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996, S. 169f.

6 Vgl. www.fu-berlin.de/tour/campus/kunstwerk/kontext/biografien/prautsch/index.html, Zugriff 24.3.08. Die Kurzbiographien finden sich auch in der Ausstellung »Zukunft von Anfang an« sowie in der Festschrift »Perspektiven«, FU Berlin (Hg.) 2007.
7 www.dhm.de/ausstellungen/kalter_krieg/brosch_02.htm, Zugriff 24.3.08.
8 E-Mail des Präsidiumsvertreters Robert Nissen an den Verfasser, 5.11.2007.
9 Bericht des AStA FU zur Podiumsdiskussion: www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2007/news_11-07, Zugriff 24.3.08.



U N T E R N E H M E N
U N I V E R S I T Ä T

VOM ELFENBEINTURM ZUM EVENTMARKETING

von HEINER KEUPP

»Event-Kultur pur« – immer öfter werben auch die Hochschulen mit diesem Begriff für sich. Haben wir es hier bloß mit dem sprachlichen Fehlgriff von PressereferentInnen zu tun? Keineswegs, »Event-Kultur pur« ist das selbst gewählte Etikett.¹ Früher wäre allenfalls von einem »Tag der offenen Tür« die Rede gewesen, und man hätte einer interessierten Öffentlichkeit Zugang zum ansonsten eher abgeschotteten »Elfenbeinturm« ermöglicht.

Aber die Bilder ändern sich, und statt des Elfenbeinturms ist jetzt der »Leuchtturm« die Leitmetapher. Er soll permanent blinken, und das erfordert eine grundlegend veränderte Präsentationskultur. Die Zielgruppe dafür ist allerdings weniger eine breite Öffentlichkeit, die einmal im Jahr eine »Lange Nacht der Wissenschaften« geboten bekommt – Ziel ist vielmehr die Mobilisierung der Universitätsangehörigen selbst. Sie sollen sich zu Höchstleistungen aufschwingen, all ihre Ressourcen aktivieren, Grenzen eines traditionellen Wissenschaftsverständnisses überschreiten und die Bequemlichkeitseffekte einer BeamtInnenmentalität überwinden. Entbürokratisierung und Entstaatlichung sind weitere Zielvorgaben.

Für all diese Ziele, die durchaus gute Gründe für sich reklamieren können, finden sich eifrige ApologetInnen im Wirtschaftsbereich, und auch die populistischen Kampagnen über faule ProfessorInnen, die man immer ausmachen kann, erhöhen den Druck. In vielen Fragmenten zeigt sich eine oft hektische und chaotische Veränderungsdynamik, die für die direkt davon Betroffenen nicht leicht lesbar ist. Sie bedeutet zunächst einmal das Erlernen neuer Begriffe und eine Unzahl von Sitzungen, in denen die Strukturveränderungen angeeignet und zum aufwändigen Alltagsgeschäft transformiert werden müssen.

Wenn man die Fragmente zu einem Gesamtbild zusammenzufügen versucht, dann entsteht das Bild einer Universität, das mit der Humboldtschen Idee fast nichts mehr gemeinsam hat. Diesen Umstand möchte ich hier exemplarisch belegen und damit die These untermauern, dass die »Eventisierung« der Hoch-

schullandschaft Teil einer Mobilisierungsstrategie ist, die die Universitäten ihrer kritisch-reflexiven Restbestände an Autonomie beraubt und sie in das Getriebe des globalisierten Kapitalismus als unmittelbar nutzbare Ressource widerstandslos einpasst. Man könnte von einer »Entkernung der Universitäten« sprechen, die von einer Wettbewerbssituation in die nächste gejagt werden, darin Spitze beweisen sollen und dabei ihre Produktivität und Kreativität in einem hektischen Mehr vom Gleichen« einbüßen – was, vorsichtig formuliert, zumindest eine »Zähmung der wissenschaftlichen Neugier« bedeutet.²

UMBAU DER
UNIVERSITÄTEN

IMPRES
SIONEN
VON EINER
BAUSTELLE

Im Beratungsgremium einer großen Volkshochschule, dem ich angehöre, wurden jüngst die geplanten Angebote für das kommende Halbjahr diskutiert. Ein Kurs, der sich mit einem neuen Konzept der Elternbildung beschäftigen soll, war überschrieben »Eltern – Leuchttürme oder Sparringspartner«. »Leuchttürme« – wie kann man einen solchen verbrauchten Begriff verwenden? Aber auch wenn ich mit meiner ablehnenden Reaktion nicht ganz alleinstand: Die Mehrheit des Gremiums konnte sie nicht verstehen. Ein Leuchtturm liefere doch ein po-

sitives Bild: verlässliche Orientierung, Hoffnung, ja vielleicht sogar Rettung! Aber so kann man das wohl nur sehen, wenn man den inflationären Gebrauch des Begriffs im Elitediskurs der sich radikal verändernden Hochschullandschaft nicht kennt und nicht von Texten überschwemmt wird, in denen es nur so wimmelt von Leuchttürmen.

Als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder am 23. Juni 2005 die mühsam ausgehandelte Bund-Länder-Initiative verkündete, die 1,9 Milliarden Euro für eine Exzellenzinitiative zur Verfügung stellte, sprach er von den »Leuchttürmen der Wissenschaften«, die hier aufgestellt werden sollten. Das klang noch etwas gewöhnungsbedürftig. Aber weil dieser Jargon in den Hochschulen seitdem tagtäglich und ganz ohne ironische Distanz nachgeplappert wird, inkorporieren viele WissenschaftlerInnen ihn in die eigene Rede oder Schreibe. »Leuchtturm« wird so zur Metapher für eine Universität, in der sich kritische Geister schon längst expatriert fühlen.

Wir wissen ja seit Wittgenstein, dass unsere Sprachspiele auch unser Denken lenken. Die neue Sprache und Denkweise der formierten Universität, ihr »Jargon der Eigentlichkeit«, kommt einem ja im Grunde bekannt vor. Die Wirtschaft hat sich längst unter Anleitung smarter und harter UnternehmensberaterInnen einer marktradikalen Transformation unterzogen, und die dort vertrauten Begriffe tauchen jetzt alle im neuen Jargon des Hochschulmanagements auf: StellenbewerberInnen werden in Assessment Centers auf ihre Eignung abgecheckt.

Von »Qualitätsmanagement« über »Benchmarking«,³ Steuerungs- und Strategiefähigkeit durch neue »Governance-Strukturen«, »Rankings« in allen denkbaren Varianten, »People Processing« bis zur Modularisierung reichen die gängigen Plastikwörter, die begrifflichen Duftmarken, die man kennen und noch besser flüssig dem eigenen Redestrom einverleiben sollte. Diese Plastikwörter »sind nicht isoliert, sondern zwischen ihnen gehen Fäden hin und her wie zwischen Knotenpunkten, und insgesamt ergibt sich ein Netz, das unser Bewusstsein von der



Welt überwölbt und vielleicht gefangen hält.«⁴ Von den stake holders der Universität, auf die wir Rücksicht zu nehmen hätten, sprach kürzlich eine Kollegin. Aus den Studiengebühren berappenden Studierenden werden KundInnen, von deren kritischem KundInnenverhalten Rückkopplungseffekte auf die Qualität der Lehre erwartet werden. Und man will sich natürlich erfolgs- und gewinnträchtig «aufstellen».

Der Sport ist eine zweite Diskursarena, die gern genutzte Metaphern liefert. Der Wettbewerb, der die Exzellenzinitiative für die Hochschullandschaft einläutete, wurde unter dem Titel »Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten« vom damaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Ernst-Ludwig Winnacker ausgerufen. Hier fühlte man sich sehr schnell wie in einem sportlichen Wettkampf auf höchstem Niveau: Immer wieder wird der Aufstieg in die kleine Gruppe der Eliteuniversitäten mit dem Mitspielen in der »Champions League« verglichen, also mit dem höchsten europäischen Fußballwettbewerb.

»Eine auf Rekorde und Spitzenleistungen versessene Gesellschaft kann gar nicht anders, als sich auch Wissenschaft nach ebendiesen Prinzipien organisiert vorzustellen, und die Berichte über Big Science und weltweit umworbene SpitzenforscherInnen erinnern immer öfter an die Hintergrundreportagen über die Transfersummen in der Champions League.«⁵ Auch der Vergleich mit den Olympischen Spielen wird nicht gescheut. Der Präsident der Universität Würzburg zieht mit olympischem Geist in den Wettbewerb um die Elitestatus-Medaillen: »Wir wussten, dass die Konkurrenz sehr hart ist. Aber das ist wie bei den Olympischen Spielen. Nicht alle der Besten können eine Medaille bekommen. Wir werden nun unser Zukunftskonzept weiter ausarbeiten und uns als eine der besten deutschen Universitäten erneut dem Wettbewerb stellen.«

Im Bemühen, so etwas wie Urvertrauen in eine demokratische Lebensform zu finden, hat sich die konstituierende Bundesrepublik deutlich von einem Elitedenken

distanziert, das sich dünkelfhaft inszeniert. Es waren ja schließlich gerade auch die Eliten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die das Naziregime gestützt hatten, und die NationalsozialistInnen hatten sich ja selbst elitär verstanden und das Gegenteil von einer demokratischen Alltagskultur repräsentiert. Im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik war es daher eher anstößig, ein Elitebekenntnis abzugeben. Ein elitäres Bewusstsein wurde nur in kleinen abgeschotteten Zirkeln gepflegt.



Seit den 90er Jahren hat sich das gründlich geändert. Kamen sich die ersten Bekenntnisse zum Elitestatus noch mutig vor, fast wie Tabubrüche, hat sich inzwischen eine neue Normalität eingestellt. Nur: Was ist »Elite«? Welche Messlatte soll angewandt werden, wer definiert, was Eliten sind? Steht der Begriff nicht immer für einen Diskurs der Einschließung und Ausschließung, der gesellschaftlichen Spaltung und insofern für ein Gesellschaftsmodell der Ungleichheit?⁶ PsychologInnen sehen hier zunächst ein großes narzisstisches Betätigungsfeld der

Selbstzuordnung zu Eliten (am Besten noch über den Intelligenzquotienten, der die Zugehörigkeit zur absoluten Geisteselite bestätigt: Wir, die fünf Prozent mit dem IQ über 150!). Mit dem Hinweis auf Napola und Ordensburgen lässt sich aber auch ein historischer Bezug aufbauen, der zur Vorsicht gemahnt. Eugen Kogon zitiert in seinem Buch »Der SS-Staat« einen hohen SS-Führer so: Fünf bis zehn von Hundert der Bevölkerung, ihre beste Auslese, sollen herrschen, der Rest hat zu arbeiten und zu gehorchen. Nur so sind jene Höchstwerte erzielbar, die wir von uns selbst und dem deutschen Volke verlangen müssen.«

Andererseits gibt es vielleicht dennoch aktuelle Gründe, den Elitebegriff neu zu diskutieren, beispielsweise mit Blick auf einen Diskurs, dessen Überschrift ich für verfehlt halte, dessen Anliegen aber von großer Bedeutung ist: Unter dem Begriff der »Jungen Eliten« wird darüber nachgedacht, was Menschen auszeichnen sollte, die erkennbare Herausforderungen der Zukunft tatkräftig anpacken und Zukunftsfähigkeit zeigen.

In diesem Diskurs wird nicht einfach nur »Mut zur Leistung« oder ein »Bekenntnis zur Leistung« – heute »excellence« genannt – abgelegt, sondern es wird nach den Fähigkeiten von Menschen gefragt, die wissen, worauf es ankommt, die nicht auf den alten Umlaufbahnen ihre Fähigkeitsprofile entwickeln, sondern die quer denken, die gegen den Mainstream in ihrem jeweiligen Fach etwas auf die Beine gestellt und eine Lebensweise gewählt haben, die nicht wie eine Festung gegen die Veränderungen der absehbaren Zukunft aufgebaut ist, sondern die auf Neugier, Offenheit, Experimentierfreudigkeit setzt, aber auch sozial innovativ angelegt ist.

Diesen Strang des Elitediskurses möchte ich weiter beleuchten und mich dabei gleichzeitig und endgültig vom Elitebegriff verabschieden. Man könnte ja stattdessen auch von PionierInnen, EntdeckerInnen, ExperimentatorInnen sprechen. Sie repräsentieren als Modelle, als Vorbilder einen Weg, der zur Formulierung neuer Bildungsziele führt, die aber für alle Bildungsprozesse grundlegend

werden könnten und nicht zum elitären Besitz von wenigen werden.

Diesen Versuch, den Elitediskurs nicht in Bausch und Bogen zu kritisieren, sondern ihn eher eigenwillig umzudeuten, sehe ich inzwischen als gescheitert an. Die Kriterien, die zur Vergabe der Ehrentitel »Eliteuniversität« oder »Exzellenzcluster« herangezogen werden, haben nichts mehr mit kritischem Denken oder eigenwilliger Kreativität zu tun, sondern eher mit der Zugehörigkeit zu internationalen Zitierkartellen und der verinnerlichten Bereitschaft, sich deren »Zunftordnungen« anzupassen. Nicht zuletzt auch die Produktion ökonomisch verwertbaren Wissens in Form von Patenten und Wirtschaftskooperationen sichert Exzellenz. Es ist unglaublich, wie schnell dieser Begriff ins Vokabular der veränderten Universitätslandschaft Eingang gefunden hat. Schon vor Jahren nervte der Sportreporter Gerd Rubenbauer, der jede überdurchschnittliche Leistung als exzellent bezeichnet. Und da bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen viele gute Leistungen zu bewundern sind, kam er in einer Reportage kaum mit weniger als zehn Exzellenzattributionen aus. Und jetzt erfasst diese nervige Zuschreibung bzw. Selbstzuschreibung auch die Universitäten. Die gutachterliche Hymne für den ersten Listenplatz einer Berufsliste wird keinesfalls ohne das Attribut »exzellent« auskommen – und selbstverständlich sind all die, die schon da sind, ohne diese Auszeichnung gar nicht denkbar. So kommt es zu einer permanenten kollektiven narzisstischen Selbstüberhöhung.

Auch die Nachwuchsförderung hat sich längst in diesen Jargon eingeklinkt. So hat die Robert-Bosch-Stiftung im Mai 2007 ein Stipendium für junge Wissenschaftlerinnen ausgeschrieben, das »für eine verantwortungsvolle Spitzenposition in Forschung oder dem Wissensmanagement qualifizieren« soll. Sie wählt dafür einen anspruchsvollen Titel: »Fast Track: Exzellenz und Führungskompetenz für Wissenschaftlerinnen auf der Überholspur«. Und da man mit der Verinnerlichung dieser schönen neuen Elitezugehörigkeit gar nicht früh genug anfangen kann, werden mittlerweile selbst Früh-

Fördersysteme für Kleinkinder unter dem Titel »Early Excellence« aufgelegt.

Für die Feststellung von Exzellenz gibt es zwei Messlatten. Neben den eingeworbenen Drittmittelsummen gibt es das »Ranking« über Publikationen, die nach einer ganz eigenen »Währung« taxiert werden.

DER NEUE
KATEGORISCHE
IMPERATIV
--- DAS ---
UNTERNEHMERISCHE SELBST

Jüngst spürte ich während eines Treffens mit einem sehr geschätzten Kollegen aus dem Bereich der Theologie dessen Empörung, die er aus einem Treffen mit der Führungsebene einer Eliteuniversität mitbrachte. Dort war er mit der knallharten Erwartung konfrontiert worden, dass die Geisteswissenschaften ein vergleichbares Drittmittelvolumen einwerben sollten wie die Naturwissenschaften.

Nur: Wie soll das ein Fach bewerkstelligen, das sich mit kirchlicher Jugendarbeit beschäftigt? Aber selbst wenn man auf diese Frage eine rational begründbare Antwort geben könnte – der Subtext der Botschaft wäre dennoch eindeutig: Die Qualität von WissenschaftlerInnen wird auf der Waage ihrer unternehmerischen Potenz abgewogen. Das »unternehmerische Selbst«⁷ – der neue kategorische

Imperativ des herrschenden marktradikalen Gesellschaftsmodells – ersetzt immer mehr die Figur der kreativen Intellektuellen, die ihre gedankliche Unabhängigkeit gerade dadurch erweisen, dass sie nicht von fremdgesteuerten Geldströmen abhängig sind. Und diese demokratisch nicht mehr kontrollierten Verflechtungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft breiten sich krakenartig aus.

Rund um die Universitäten werden Firmen gegründet, und da damit ja auch ein konstruktiver Beitrag zum Arbeitsmarkt geleistet wird, sehen viele dies durchaus positiv. Mit ihren Patenten machen vor allem Technische Universitäten einträgliche Geschäfte. Die Pharmaindustrie lässt an Universitätskliniken neu entwickelte Präparate testen, und die Universitäten verdienen daran. Überhaupt verstehen sich die Universitäten zunehmend als Unternehmen. Da wo früher ein kostenfreies öffentliches Forum für interessante Vorträge zu finden war, werden heute saftige Mieten erhoben, selbst bei studentischen Projekten. ManagerInnen und UnternehmerInnen werden zunehmend die Leitbilder dieser neuen Universität.⁸

Nicht zufällig sitzen in den durch neue Hochschulgesetze etablierten »Hochschulräten«, die im Vergleich zu den traditionellen Selbstverwaltungsgremien immer einflussreicher werden, inzwischen dieselben Personen, die sich auch in den Aufsichtsräten der Großkonzerne tummeln.⁹ Sie sorgen schon dafür, dass die Universitäten ihre Profile an den »ökonomischen Notwendigkeiten« ausrichten.

Das »unternehmerische Selbst« beginnt zunehmend die Identitätserzählungen der Universitätsangehörigen zu bestimmen. Ein Kollege aus dem universitären Mittelbau einer medizinischen Fakultät sagte mir kürzlich, er sei drei Millionen Euro »schwer«. Er meinte die »Drittmittel«, die er eingeworben hat, die sein »Gewicht« in der neuen universitären Rangskala ausdrücken sollen und ihm das Gefühl vermitteln, dass er »dazu gehört«. So ein Zahlenwert löst bei ZuhörerInnen fast reflexartig die Frage nach dem eigenen Drittmittelaufkommen aus.

Als Projektleiter in zwei DFG-finanzierten Sonderforschungsbereichen, die mir annähernd zwei Jahrzehnte die Zugehörigkeit zur »Spitzenforschung« (so werden Sonderforschungsbereiche eingeordnet) gesichert hat, kann ich mich persönlich zwar in den Kreis der universitären Millionarios einordnen und werde durch monetäre Statusmarkierungen nicht verunsichert.

Dennoch: In der universitären Hierarchie überwiegen die Reflexe der Selbstwertabsicherung. »Wenn die Eintreibung von Drittmitteln zum Qualitätskriterium einer Wissenschaft wird, wird der zum Versager, der solche Mittel gar nicht benötigt, weil ein Kopf zum Denken genügt«, schreibt Konrad Paul Liessmann. Er beobachtet noch einen anderen Effekt dieser Bemühungen, den eigenen Drittmittelkapitalstock zu mehren: »Ganz nebenbei produziert der künstlich erzeugte Wettbewerbsdruck eine neue, eigene Literaturgattung: die Antrags-, Projektbeschreibungs-, Selbstdarstellungs- und Bewertungsprosa.

Zu dieser gehört nicht nur das gekonnte Jonglieren mit Zahlen und Statistiken, sondern auch die bemerkenswerte Fähigkeit, dem Zeitgeist genau abzulauschen, welche wissenschaftlichen Trends als zukunftsfähig gelten könnten und in welchen Segmenten es sich daher lohnt, jene transdisziplinär vernetzten und international begutachteten Projektanträge zu stellen, die dann bei einer allfälligen Evaluation als die großen Pluspunkte verbucht werden können.

Unter diesen Bedingungen wächst natürlich nicht Forschung, wohl aber der organisatorische, bürokratische und poetische Aufwand für diese. Projektanträge erreichen mittlerweile Dimensionen, die dem Vernehmen nach dazu führen, dass manch ein/e AntragstellerIn gleich den Antrag als wissenschaftliche Publikation deklariert – was insofern durchaus sinnvoll ist, als ja, wie schon Daniel Defoe wusste, »ein Projekt ein großartiges Unternehmen ist, das zu breit angelegt ist, als dass aus ihm etwas werden könnte.«¹⁰

Zunehmend entscheiden auch die Punktwerte bei den »Rankings« über die

Berufung auf eine Professur. Da haben Aufsätze in englischsprachigen Journalen, die alle Publikationsangebote einem »Peer-Review«-Verfahren unterziehen, höhere »Impact«-Faktoren, als solche, die in einer deutschen Zeitschrift publiziert werden. Bücher in deutscher Sprache zu schreiben und zu publizieren, kann man jungen KollegInnen, die eine akademische Karrieren vorhaben, nicht mehr empfehlen. Aufsätze in Sammelbänden braucht man gar nicht mehr anzugeben, denn sie bringen ohnehin kaum mehr Punkte auf das »Ranking«-Konto; die Einladung zur Mitarbeit an einem spannenden Buchprojekt wird daher auch immer häufiger dankend abgelehnt.



Einzelne WissenschaftlerInnen, ganze Institute oder Fachbereiche werden in ihrer »Forschungsstärke« nur noch an der Summe der unterschiedlich gewichteten Publikationen gemessen. So sind es quantifizierbare Konten, die über die wissenschaftliche Qualität entscheiden. Der jeweilige »Kontostand« könnte dann die letzte Entscheidungsinstanz bei Berufungen sein, und gelegentlich werden jetzt auch schon Zweifel geäußert, ob man

dann auch wirklich zu einer vernünftigen Personalentscheidung kommt. Aber ein Qualitätsurteil darf sich ja nicht mehr auf ein »subjektives« Urteil stützen, sondern bedarf einer quantifizierbaren Legitimationsgrundlage.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass vor allem junge WissenschaftlerInnen ihren ganzen Ehrgeiz in die Platzierung von Aufsätzen in »high-ranked journals« investieren. Die haben einen so hohen Standardisierungsgrad, dass sich einer wie der andere liest bzw. sie deshalb auch gar nicht mehr gelesen werden – außer von der unmittelbaren »Konkurrenz«. So ist eine öde Zeitschriftenlandschaft entstanden, die keine Inspiration, Ideen, Kreativität oder auch giftige Essays enthält.

Damit man sich an Kontenführung rechtzeitig gewöhnt, haben auch Studierende ihre Konten, auf denen ihre Leistungspunkte – im Jargon sind das die ECTS¹¹ – verbucht werden, die in aller Regel durch Klausuren nachgewiesen werden müssen. Diese Konten werden zunehmend der zentrale Bezugspunkt für das Studium. Die Frage nach dem spezifischen Interesse am Thema einer Lehrveranstaltung gerät deutlich ins Abseits einer Luxusfrage: Es zählt, was zählt!

War Bologna einst der Inbegriff einer selbstbewussten italienischen Stadt, auf deren Marktplatz mächtige Demonstrationen stattfanden, so löst die Erwähnung dieses Städtenamens heute ein völlig anderes Assoziationsfeld aus: Menschen an den Hochschulen denken sofort an die Bachelor- und Masterstudiengänge, die sie jetzt entwickeln müssen. Bis 2012 soll es an europäischen Universitäten nur noch solche Studiengänge geben – das wurde im Jahre 1999 von KultusministerInnen europäischer Länder in Bologna beschlossen.¹²

Diplome sowie klassische sozial- und geisteswissenschaftliche Magisterstudiengänge werden vollständig abgeschafft, und an ihre Stelle tritt ein durchstandardisiertes Bachelorstudium, das in sechs Semestern zu absolvieren ist. Die Hoffnung, dass sich der Bachelor nur unwesentlich vom bisherigen Grundstudium unterscheiden würde und dass sich dann im

DIE FEINDLICHE
ÜBERNAHME
- - DER - -
HUMBOLDT
SCHEN
H O C H
SCHULE

DURCH DIE
- - N E O - -
LIBERALE
DOMINANZ
KULTUR

Masterstudium das bisherige Hauptstudium unterbringen ließe – und sich insofern gar nicht so viele änderte, da die Flaschen nur umetikettiert werden müssten –, erweist sich zunehmend als grandiose Illusion. Denn nur einer kleiner Teil der BachelorabsolventInnen (in Nordrhein-Westfalen sind es etwa 30 Prozent) wird die Chance auf die Zulassung zu einem Masterstudiengang bekommen.

Diese Zulassung wird, nachdem das niedrigere akademische Fußvolk über einen Bachelor abgefertigt wurde, die erste Stufe der Eliteförderung darstellen. Der Bachelorabschluss soll zu einer »Berufsbefähigung« führen, was durchaus ein Reformimperativ für eine neue Hochschullandschaft sein könnte; zugleich ist es jedoch kaum vorstellbar, dass man in sechs Semestern eine qualifizierte »Berufsbefähigung« erreichen könnte. Diese Nescafé-Variante von Studium wird zudem ein deutlich reduziertes Gehaltsniveau zur Folge haben und kaum den Zugang zu anspruchsvollen Weiterqualifikationen ermöglichen.¹³

Die von ECTS-Punkten kontrollierten Bachelorstudiengänge müssen in einem durchoperationalisierten Modulsystem angeboten und studiert werden. Man könnte natürlich argumentieren, dass mit gut durchdachten Modulen endlich auch qualitativ bessere Lehrveranstaltungen entstehen, die nicht im subjektiven Belieben der DozentInnen liegen, die sich im alten Universitätssystem unter der Überschrift »Freiheit von Forschung und Lehre« vor einer kritischen Evaluation abschotten konnten. Allerdings wird auch hier die mögliche Qualitätsverbesserung von einer ungeahnten Regelungswut erstickt.

Die zu schreibenden Modulhandbücher stellen sich nämlich als bürokratische Monster heraus.¹⁴ Der Bolognaprozess vollzieht sich in einem starren Rahmen, der das genaue Gegenteil einer immer wieder angekündigten Entbürokratisierung bedeutet. Der Staat hat sich aus diesem Prozess stark zurückgezogen, aber er hat hier ein Betätigungsfeld für privatwirtschaftlich organisierte »Akkreditierungs-Agenturen« geschaffen, die ohne demokratische Legitimation ein

Kontrollsystem über diese neuen Studiengänge gelegt haben, das die rechtlichen Überprüfungssysteme der alten Kultusbürokratien wie Orte liberalen Geistes erscheinen lassen.

Die AbsolventInnen dieser Studiengänge werden in ihren Zeugnissen kaum mehr individuelle Schwerpunktsetzungen und Interessen sichtbar machen können. In einem schulartigen Formierungsprozess erwerben sie, als ob sie geklont wären, alle ein fast identisches Profil.



Eine der Fragen, die man sich immer mehr stellen muss, ist, wie sich eigentlich der Widerspruch erklären lässt zwischen diesem neuen Studienprofil und den – gerade von WirtschaftsvertreterInnen geäußerten – Erwartungen, dass AkademikerInnen selbstständig, flexibel und kreativ sein sollten. Auch die stärkere Internationalisierung, die ein wichtiges Begründungsargument für den Bolognaprozess war, bleibt angesichts der realen Studienbedingungen völlig auf der Strecke.

Die Eventisierung der Hochschulen, ihre Hitparaden im »Ranking« auf allen Ebenen erzeugen nicht gerade den Eindruck einer fröhlichen Szenerie, obwohl manche Maßnahmen der eigenen Öffentlichkeitsarbeit diesen Eindruck erwecken wollen. Manchen HochschulrepräsentantInnen ist die allzu marktschreierische Positionierung auch schon etwas peinlich, und es wird »Dialog statt »Eventisierung« eingefordert. Man favorisiert dann den Begriff der »Wissenschaftskommunikation«.

Zu diesem Thema fand im April 2007 in der Akademie der Wissenschaften Berlin eine Tagung statt, auf der Christoph Markschies, Präsident der Humboldt-Universität, daran erinnert, dass schon früher Eventisierung stattgefunden habe: »Vor fast 200 Jahren begeisterte der große Naturforscher Alexander von Humboldt mit jedem seiner »Kosmos-Vorträge« bis zu 800 Zuhörer, vom Preußenkönig bis zum Maurermeister.« In diese Tradition stellt er auch aktuelle Projekte wie »Forschungsschiffe«, »Science Centers« oder auch »Kinder-Unis«.

Gerold Wefer, Direktor des Forschungszentrums Ozeanränder, »Wissenschaftler des Jahres 2006« der Hansestadt Bremen, zeigt an, wie heute an den Hochschulen zu denken und zu handeln ist, und er heimst einen Preis nach dem anderen ein. Er versteht das Geschäft der »Eventisierung« und verweist auf deren eigentliche Funktion: Es geht nicht darum, Feste zu feiern und die Hochschule aus dem Elfenbeinturm in die gesellschaftliche Kommunikation zu führen.

Es geht in Wirklichkeit um die endgültige Abtretung der Hochschule an den Markt. Dabei wird argumentiert, dass durch Exzellenzinitiative und Bolognaprozess Universitäten zunehmend wettbewerbsorientiert agieren; die öffentliche Präsenz könnte für Studierende als zukünftige KundInnen entscheidend sein. Hier gilt es für die TeilnehmerInnen auch, vorhandenes Potential stärker zu nutzen, zum Beispiel die »inneruniversitäre Reflexion« wieder zu beleben, die Universitätssammlungen als einzigartige Schätze zu begreifen und die Hochschule als Kulturzentrum zu verstehen. Selbst die Reflexion wird als Marktfaktor definiert, und der darauf gerichtete Appell verrät sich selbst.

Die Eventisierung gehört zu einer Strategie der »Neuerfindung« der Universitäten unter den Vorzeichen einer vollständigen Ausrichtung des neuen Systems an neoliberalen Ordnungsvorstellungen. Ein Staatssekretär aus dem bayerischen Wissenschaftsministerium hat Ende der 90er Jahre die Notwendigkeit einer Veränderung der Universität damit begründet, dass sie »fit« für das neue Jahrtau-

send gemacht werden müsste. Allein mit dieser Wortwahl hat er schon verraten, worum es gehen soll: nicht um kritische Wissenschaft oder Autonomiespielräume der Universität, sondern um einen Anpassungsprozess (»to fit in« heißt ja genau das) an die Imperative einer ökonomisch gesteuerten globalen Welt.

Hier kann man die Grundzüge des flexiblen neuen Kapitalismus und seiner radikalen Konsequenzen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen sowie nicht zuletzt auch bei den einzelnen Subjekten erkennen, wie sie Richard Sennett eindrucksvoll beschrieben hat.¹⁵ Menschen werden einer Veränderungsdrift ausgesetzt, die sie nicht mehr persönlich begrenzen und steuern können, die aber von ihnen die volle Verausgabung ihrer Energien fordert. Und sie erleben diesen Prozess nicht nur als nicht steuerbar, sondern auch als »unlesbar«. Nimmt man die Überlegungen von Zygmunt Bauman¹⁶ hinzu, wird die innere Logik dieser auf

die Universitäten übertragenen Event- und Fitnesskultur noch deutlicher: Die eigentlichen Zielmarkierungen für eine gelungene universitäre Laufbahn oder eine erfolgreiche Institutsarbeit sind verschwunden. Es kommt vielmehr zur Etablierung von Vergleichssystemen in Form von »Rankings« und Drittmittelbilanzen, die den Stellen- bzw. Marktwert von den unmittelbaren Kollegen abhängig macht, die damit natürlich endgültig auch zu feindlichen Konkurrenten werden.

Die Stimmung in den universitären Gremien ist davon untergründig längst vergiftet. Die universitären Lebensformen passen sich der unaufhaltsamen Beschleunigungsdynamik an, der gesellschaftliche und berufliche Fitness-Parcours hat kein erreichbares Maß, kein Ziel, an dem man ankommen könnte, sondern erscheint als eine nach oben offene Skala. Jeder Rekord könnte ja immer noch weiter gesteigert werden. Hier besteht trotz Wellness-Industrie keine Chance, eine Ökologie

der eigenen Ressourcen zu betreiben, da in einem unaufhaltsamen Steigerungszirkel alles auf einen Erschöpfungszustand zuläuft. Die von Alain Ehrenberg vorgelegte Analyse zur erheblichen Zunahme von Depressionen in den spätmodernen Gesellschaften ist hier unmittelbar anschlussfähig: Dieser Steigerungszirkel verbraucht rücksichtslos alle Ressourcen und führt zu einem »erschöpften Selbst«.¹⁷

Die Eventisierung der Universitäten mobilisiert für diesen Steigerungszirkel und kann auch durch manisch wirkende Events die zunehmende Erschöpfung nicht kaschieren.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift »Blätter für internationale und deutsche Politik«. Für die Erlaubnis eines erneuten Abdrucks bedanken wir uns herzlich.

-
- 1 Vgl. z.B. »Tübinger Universitätsnachrichten«, 14.6.2005, sowie allgemein Peter Kemper (Hg.), Der Trend zum Event, Frankfurt a.M. 2001.
 - 2 Helga Nowotny, Unersättliche Neugier. Innovation in einer fragilen Zukunft, Berlin 2005, S. 34.
 - 3 Der Chefideologe der neuen Hochschulmanagementphilosophie, Detlef Müller-Böling von der Bertelsmann- Stiftung, erklärt diesen Begriff so: Er »stammt aus der Landvermessung und besagt, dass ein Punkt in der Landschaft fixiert wird, um daran Entfernungen zu messen. Heute definiert man Benchmarking als systematische Suche nach guten Ideen und Lösungen. Universitäten suchen bei anderen Hochschulen nach Vorbildern, die sie übernehmen können. So haben 15 der größten deutschen Hochschulen – von Heidelberg bis München – soeben ein Benchmarking-Netz gegründet. In solchen Zusammenschlüssen will man voneinander lernen: Warum ist eine Hochschule besser in der Einwerbung von Drittmitteln als die andere? Wo funktioniert die interne Mittelverteilung am besten?« (Zeit. nach »Die Zeit«, 36/2003.)
 - 4 Uwe Pörksen, Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur, Stuttgart 1988.
 - 5 Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, Wien 2006, S. 126.
 - 6 Vgl. hierzu auch Richard Münch, Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt a.M. 2007.
 - 7 Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M. 2007.
 - 8 Vgl. hierzu ausführlich die Abschiedsvorlesung von Bodo Zeuner, Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang? Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft, 11.7.2007, www.nachdenkseiten.de/?p=2497. – D. Red.
 - 9 An der Münchner Universität sitzen: als Vorsitzender Hubert Burda, Nikolaus von Bomhard (Münchner Rück), Herbert A. Henzler (McKinsey), Albrecht Schmidt (HypoVereinsbank), Wilhelm Simson (Eon). Im Hochschulrat der TU München finden wir Roland Berger und Bernd Pischetsrieder.
 - 10 Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, Wien 2006, S. 126.
 - 11 Ausbuchstabiert heißt das »European Credit Transfer System« und soll den durchschnittlichen Arbeitsaufwand zum Ausdruck bringen, den ein Student zur Erbringung einer definierten Leistung zu investieren hat.
 - 12 Vgl. die »Bologna-Declaration«, www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf.
 - 13 So haben beispielsweise die PsychotherapeutInnenkammern für sich festgelegt, dass die Zulassung zu einer kassenanerkannten Psychotherapieausbildung und zur Niederlassung nur über einen erfolgreich erworbenen Mastertitel erfolgen kann.
 - 14 Ursula Link-Heer berichtet von einem Modulhandbuch an ihrer Universität, das 700 Seiten umfasste, zu denen noch 150 Seiten Korrekturen kamen; vgl. Ursula Link-Heer, Warum machen alle mit? Nach Diktat reformiert: Wir Bertelsmannprofessoren, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 7.8.2006.
 - 15 Richard Sennett, Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2005; ders., Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998; ders., Kulturmaterialismus, in: »Blätter«, 5/2007, S. 585-590.
 - 16 Zygmunt Bauman, Leben in der Flüchtigen Moderne, Frankfurt a.M. 2007.
 - 17 Alain Ehrenberg, Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt a.M. und New York 2004.

WOHIN TREIBT DIE UNIVERSITÄT UND WAS SOLLEN WIR DAVON HALTEN?

Die Zeitschrift »Das Argument« befasste sich im Themenschwerpunkt einer Ausgabe aus dem Sommer 2007 mit verschiedenen Aspekten der gegenwärtigen Uni-Reformen. Drei Texte davon befassen sich eher mit verschiedenen Aspekten der Umsetzung der gegenwärtigen Hochschulreformen, die drei anderen eher mit den immanenten Problemen und Widersprüchen selbiger.

Zum erstgenannten Block zählen eine Analyse des konservativen Diskurses bzgl. der Reformen, die zeigt, dass die dortige anfängliche vielfältige Kritik auf Grund gemeinsamer Prämissen in Zustimmung umschlägt; des weiteren ein Interview mit einem Mitarbeiter einer jener Akkreditierungsanstalten, die in Zukunft neue Studiengänge offiziell zulassen und immer wieder evaluieren werden; schließlich noch ein Text, in dem der gesamte Hochschulsektor als ein „ideologischer Staatsapparat“ angesehen wird und die »Transformation der Staatlichkeit von Hochschulen« untersucht wird.

Die restlichen drei Beiträge zum Schwerpunkt des Heftes sollen veran-

schaulichen, »dass sich vielerorts gleichsam die Sache selbst zur Wehr setzt« (so Mitherausgeber Reitz im Editorial), also die Reformen gar nicht so durchgeführt werden können wie geplant, die vorgesehenen Ziele nicht erreichen können oder Gegenwehr hervorrufen.

Ein Text befasst sich mit den Folgen des »Akademischen Kapitalismus« für die Bildungstechnologie und die Berufsidentitäten in der akademischen Lehre in den USA; ein anderer namens »Simulierte Warenproduktion« mit den Erfolgs- und Qualitätsindikatoren, die zunehmend Eingang in die wissenschaftliche Welt finden; unter Einbeziehung arbeitssoziologischer Erkenntnisse wird zuletzt »die Universität in der informationstechnischen Produktionsweise« thematisiert.

*Eine ausführliche Rezension findet sich auf:
[www.astafu.de/inhalte/publikationen/
outofdahlem/nr7/argument](http://www.astafu.de/inhalte/publikationen/outofdahlem/nr7/argument)*

Die Zeitschrift »Das Argument« erscheint im Argument-Verlag und kann bezogen werden unter www.argument.de.





KLEINER LEITFADEN FÜR DEN UMGANG MIT ANWESENHEITSLISTEN

von der Fachschaftsinitiative OSI

Seit der Einführung des Bachelor- bzw. des sogenannten modularisierten Diplomstudiengangs müssen die Studierenden in ihren Veranstaltungen die »aktive und regelmäßige« Teilnahme nachweisen. Ersteres bedeutet meistens, ein (kurzes) Referat halten oder ein Protokoll schreiben zu müssen; für letzteres gilt die Regelung, dass die/der Studierende in 85 Prozent der Sitzungen da gewesen sein muss, das entspricht bei einer Veranstaltung mit zwei Semesterwochenstunden etwa zwei unentschuldigtem Abwesenheiten pro Semester.

WO LIEGT DAS PROBLEM?

Anwesenheitslisten stellen in unseren Augen eine Entmündigung der Studierenden dar. Uns wird unterstellt, dass wir nicht aus Interesse, sondern zum »Schein abgreifen« Seminare besuchen. Das, was gemeinhin als die »intrinsische Motivation« von Studierenden bezeichnet wird, also dass wir studieren, um etwas zu lernen, um wissenschaftlich zu arbeiten, um unseren Horizont zu erweitern, wird uns abgesprochen.

Stattdessen wird ein Zwang aufgebaut, der die Motivation zum Besuch von Veranstaltungen verschiebt: Weg vom Interesse an den angebotenen Themen, hin zum simplen Leisten einer Unterschrift, um den benötigten Eintrag im Campus Management zu erhalten. Es ist nicht das Problem der »ehrlichen« Studierenden, wenn ein/e KommilitonIn, die/der ein

paarmal weniger im Seminar war, den selben Schein erhält – haben nicht vielmehr diejenigen einen Nachteil, die das Seminar ohne zusätzliche Erkenntnisse verlassen?

Auch den DozentInnen entsteht kein Nachteil: Wer hält schon gerne eine Vorlesung, in der die Hälfte der HörerInnen nur wegen einer simplen Unterschrift anwesend ist und sich die erzwungene Zeit im Hörsaal mit Zeitung lesen oder noch störenderen Aktivitäten vertreibt? Noch viel grundsätzlicher sehen wir Anwesenheitslisten aber auch als einen Ausdruck der zunehmenden Verschulung der Studiengänge und der Kontrolle der Studierenden.

Wir sollen nicht mehr selbstbestimmt und interessengeleitet studieren dürfen, sondern möglichst zielgerichtet festgelegte Pflichtveranstaltungen absitzen. Anwesenheitslisten, aber auch andere Formen der Kontrolle, wie »Teilnahme-scheinklausuren«, willkürliches Abfragen einzelner Studierenden und dergleichen erinnern denn auch mehr an die Mittelstufe eines Provinzgymnasiums als an eine Universität.

Schnell beginnt daher, gerade bei langweiligen Veranstaltungen, das unwürdige Versteckspiel mit dämlichen Ausreden und gefälschten Unterschriften. Nochmal: Wir sind hier, weil wir es so WOLLEN - wohl so ziemlich jede/r

hat sich bewusst für ein bzw. dieses Studium entschieden - uns diesen Willen abzusprechen, ist bei näherer Betrachtung fast schon eine Unverschämtheit.

WAS TUN?

Thematisiert die Listen! Verhindert, dass sie einfach so hingenommen werden! Einige DozentInnen werden überrascht sein, andere werden sich auf die Studienordnungen berufen und mit den »Vor teilen« für diejenigen, die häufig fehlen, argumentieren, einige wenige werden euch zustimmen (wobei die meistens von Anfang an keine Listen führen).

Lasst auf jeden Fall nicht nach, bringt das Thema immer wieder zur Sprache und fordert im Zweifelsfall eine Abstimmung unter den SeminarteilnehmerInnen, ob diese eine Anwesenheitsliste wünschen oder nicht. Für den Fall, dass andere Kontrollen der Teilnahme vorgesehen sind, etwa spontane Abfragen zufällig ausgewählter Personen, zeigt euch solidarisch - beantwortet die gestellten Fragen gemeinsam, oder sprecht ab dass niemand sie beantwortet. Sollten alle Stricke reißen, die Dozentin oder der Dozent sich gänzlich uneinsichtig zeigen, so hat die Vergangenheit gezeigt dass so eine kleine, auf sich gestellte Liste schnell mal »verloren« geht ...

In diesem Sinne: für ein freies und selbstbestimmtes Studium!



KÄMPFE IN SPANIENS HOCHSCHULSEKTOR

Den europäischen Prozess lokal zum Stillstand bringen

von RALF HUTTER

Wer wollte nicht auch gerne mal gegen ein königliches Dekret protestieren? Was in Deutschland glücklicherweise nicht nötig, da nicht möglich ist, tun zur Zeit mehr und mehr Studierende in Spanien. Mit eben einem solchen Dekret wurde nämlich im Herbst letzten Jahres die Anbindung des spanischen an den gerade entstehenden europäischen Hochschulraum weiter forciert. Diese Dekrete haben allgemein den Vorteil für die jeweiligen Machthabenden, dass sie nicht wie Gesetze vom Bundesparlament abgenickt werden müssen, sondern nur als Änderung oder Erweiterung eines bestehenden Gesetzes gelten.

In diesem Fall ist es das Gesetz mit dem Namen »Ley Organica de Universidades« (LOU), das Ende 2001 von der damaligen Regierung unter José Maria Aznar beschlossen wurde. Es trat 2002 trotz großer Proteste in Kraft, die von der damaligen Opposition mitorganisiert wurden und in einer Demonstration in Madrid gipfelten, an der sich Hunderttausende beteiligten. Trotz gegenteiliger Versprechen führte die Regierung des immer noch aktuellen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero nach der Machtübernahme 2004 die im LOU festgelegte Hochschulpolitik im

Wesentlichen weiter, übrigens durchaus mit Unterstützung der Fraktion »Vereinte Linke«. Im April 2007 gab es eine Überarbeitung des Gesetzes, der bisher letzte Schritt im Herbst erfolgte dann allerdings zur Sicherheit als »Königliches Dekret«.

ABWERTUNG - - - UND - - - TEUERUNG PER GESETZ

Wenig überraschend, sind die Ziele und Maßnahmen der spanischen Hochschulpolitik denen in Deutschland sehr ähnlich. So gibt es beispielsweise ein bestimmtes hegemoniales Vokabular: Die Hochschule soll »habilidades« und »destrezas« vermitteln, was so viel bedeutet wie Fertig- und Geschicklichkeiten.

Auch eine zeitliche Straffung des Studiums wird angestrebt. Das Dekret schreibt fest, dass der erste berufsqualifizierende Abschluss, genannt »Grad«,

nach drei oder vier Jahren Studium (180 oder 240 Punkte) erreicht werden soll. Dabei soll das erste Jahr davon nur aus Einführungen in verschiedene Fächer bestehen, Fächer, die eigentlich nicht Gegenstand des gewählten Studiums sind bzw. waren. Ein Beispiel: An Barcelonas größter Uni (Universitat de Barcelona, UB) würde die Aufnahme eines Studiums an der Fakultät für Geographie, Geschichte, Kunstgeschichte und Sozialanthropologie (Ethnologie) dann bedeuten, die ersten beiden Semester ausschließlich Einführungsveranstaltungen in allen diesen Fächern absolvieren zu müssen. Ebenfalls 60 Punkte, was einem ganzen Studienjahr entspricht, müssen zukünftig durch Praktika erreicht werden. Da diese zwei Perioden bereits ein Drittel bzw. die Hälfte der für den »Grad« (die Bezeichnung »Bachelor« findet in Spanien keine Anwendung) erforderlichen Punktzahl abdecken, wundert es nicht, dass viele Leute hinter diesem Konzept ein Schmalspurstudium wittern.

Das wird von dem Dekret auch gar nicht verschwiegen. Die »Grade«, sollen nämlich »für eine allgemeine Berufsausbildung vorbereiten«. Die fachspezifischen Bezeichnungen (»Ich bin Diplom-Soziologe«) sind offensichtlich nur noch se-

kundär. Für diese Profilierung sind dann wohl die (teuren) Master-Studiengänge da. Profitieren werden von diesen unkonkreten Titeln die Firmen, da zukünftig bei Abschluss eines Arbeitsvertrags nicht automatisch die für die Lohnabhängigen günstigen Standards greifen, die für die jeweiligen bisherigen Titel gelten.

Ebenfalls wie in Deutschland wird in Spanien ein System der Akkreditierung aufgebaut. Die staatliche Akkreditierungsagentur Aneca, die auch regionale Ableger hat, soll nicht nur über die Zulassung von Studiengängen befinden, sondern auch Kriterien für das Lehrpersonal aufstellen. Bisher lassen sich aber viele Hochschulen noch Zeit, neue Studiengänge genehmigen zu lassen. Privatunis hingegen haben weit überproportional viele Anträge gestellt. In Zukunft soll diese Agentur, in der auch hohe UnternehmensvertreterInnen etwas zu sagen haben, Rankings sowohl von ganzen Universitäten als auch von einzelnen Studiengängen erstellen. Das dürfte ebenfalls dazu beitragen, die allgemeine Anerkennung von universitären Abschlüssen zu untergraben, da in Zukunft leicht der Studienort und die genauen Studieninhalte als entscheidend angesehen werden könnten.

Gleichzeitig zu diesen Prozessen der flächendeckenden Abwertung soll aber alles teurer werden. Bereits das LOU legt fest, dass zukünftig der Rahmen für die Höhe der in Spanien normalen Studiengebühren von der staatlichen Ebene vorgegeben sein wird und »in Beziehung zu den Kosten der Dienstleistung« stehen soll, d.h.: Der Staat will in Zukunft (immer?) mehr von den ihm tatsächlich entstehenden Kosten für den universitären Betrieb auch wieder durch Gebühren einnehmen. In einzelnen Texten aus der studentischen Bewegung werden als Folgen des königlichen Dekrets um ein Vielfaches höhere Gebühren erwartet. Bereits jetzt ist es normal, dass alle Veranstaltungen nach der Anzahl der in ihnen zu erwerbenden (»Kredit«-)Punkte bezahlt werden.

Der Preis pro Punkt beträgt in einem grundständigen Studiengang um die 10 Euro, d.h. letzterer kostet bei (bis jetzt) 300 nötigen Punkten im Normalfall

3000 Euro (die jeweils Kursbesten bekommen etwas erlassen; wer durchfällt, muss noch mal zahlen). Der Preis der Punkte in einem Master-Studiengang beträgt bereits jetzt ein Vielfaches davon. Wer nicht genug Erspartes hat, soll schon jetzt auf einen der von Banken oder staatlichen Stellen angebotenen Studienkredite zurückgreifen.

--- DIE --- UNTERNEHMEN ÜBERNEHMEN

Von einem Ausbau des bestehenden Stipendiensystems ist nicht die Rede. Mehr noch: Laut eines vom »studentischen Streikkomitee« der Universität Autònoma de Barcelona (UAB) im Februar diesen Jahres veröffentlichten Info-Heftes sind für die postgradualen Studiengänge (also Master) nicht die gleichen Stipendien wie für die bisherigen Abschlüsse vorgesehen. Die Master- und Promotionsstipendien aber gebe es nur in sehr geringer Anzahl, zudem seien sie notenabhängig. Die Promotionsstipendien der Regionalregierung von Katalonien sind mittlerweile an die jährliche Verpflichtung gebunden, einen mit öffentlichen Geldern bezahlten Kurs zur Vorbereitung auf die Integration in den Arbeitsmarkt zu absolvieren.

Fazit: Weniger Stipendien, mehr obligatorische Präsenzzeiten, obligatorische (und meistens wohl unbezahlte) Praktika, nach dem Studium geringerer Lohn und im Normalfall Verschuldung. Zusammen gesehen mit Spaniens traditionell prekärer Situation auf dem Immobilienmarkt – der ist auf Wohneigentum ausgerichtet, so dass einerseits junge Leute sich auf Jahrzehnte mit Hypotheken belasten und andererseits Immobilienspekulation floriert – steht der spanischen Jugend wenig mehr als Drill, krasse Ausbeutung und (im besten Fall Eltern-) Abhängigkeit bevor. Nicht nur wegen den politisch Verantwortlichen haben spanische Studie-

rende Grund zur kritischen Intervention. Die Indienstnahme der universitären Forschung (und Lehre!) durch das Kapital ist bereits sehr weit fortgeschritten.

Ein neueres Projekt ist diesbezüglich das von der Industrie- und Handelskammer des Großraums Madrid und der (von ihr 1973 selbst gegründeten) »Fundación Universidad-Empresa« (in etwa: Stiftung unternehmerische Universität) in Kooperation erstellte Projekt www.ueconverge.com, über das Spaniens größte Tageszeitung »El País« am 11. November 2007 berichtete. Über dieses Portal können die Firmen bei der Einrichtung von neuen Studienordnungen (die zur Zeit wegen der Anbindung an den gleichgeschalteten Hochschulraum massenhaft fällig werden) für die 16 Madrider Hochschulen mitreden.

Im November waren bereits über 200 Firmen registriert. Alle 16 privat und staatlich finanzierten Hochschulen haben eine Person in ein Gremium entsandt, das den Dialog mit der Wirtschaft führen soll. Dabei sollen nach Eigenaussage die Unterschiede zwischen den heutzutage tatsächlich mit dem Studienabschluss erworbenen Kompetenzen und den diesbezüglichen Vorstellungen der Firmen festgestellt werden. Die Direktion der Stiftung will mit diesem Projekt nicht nur analysieren, welche allgemeinen und fachbezogenen Kompetenzen ein Studium bringen soll, sondern daraus sollen auch Vorschläge zu neuen Abschlüssen erwachsen.

Die Universidad Politécnica de Madrid (sagen wir TU Madrid) rühmt sich bereits einer langen Tradition intensiver Kooperationen mit Firmen (das Folgende geht aus einer Selbstdarstellung hervor). Diese haben mittlerweile zu zehn Lehrstühlen geführt, welche mit Hilfe von Unternehmen finanziert werden und teilweise auch nach ihnen benannt sind. Zwei weitere werden von der Unesco gefördert. Wegbereitend war 1994 die Ölfirma Repsol, den Erdöl- und Erdgas-Lehrstuhl gibt es immer noch.

Ein weiteres Beispiel: Seit 2000 gibt es den »Lehrstuhl für Zement und seine Derivate«, der den Namen des laut Wikipede-

die weltgrößten Zementherstellers Cemex trägt. Auch Explosivstoffe und Heilwasser werden von firmengesponsorten Profs erforscht. In Arbeit ist nach Uni-Angaben ein von Coca-Cola gesponsorter Lehrstuhl zu Wasseraufbereitung. In solchen Einrichtungen finden alle Forschungen erklärtermaßen im gemeinsamen Interesse statt. Die Firmen kommen so (erklärtermaßen!) einerseits billiger davon, was Forschungsergebnisse betrifft. Sie können aber auch auf die Lehrinhalte Einfluss nehmen (was von der Uni begrüßt wird). Die werden dann „konkreter“! Die Uni ihrerseits freut sich nicht nur über die finanzielle Entlastung, sondern auch über einen Image-Gewinn und Subventionen der Europäischen Kommission.

Einige Firmen bieten gleich selbstständige Bildungsangebote an: Telefonica – wie in Deutschland Telekom ex-staatlich und mittlerweile einer der größten spanischen Konzerne – und der Versicherungskonzern Asepeyo haben gemäß einem am 2.12.07 ebenfalls in »El País« erschienenen Bericht eigene so genannte Universitäten im Internet gegründet, an denen die Angestellten sich weiterbilden sollen. Bei Asepeyo arbeiten 170 Personen nur für dieses Fernstudiumangebot, mit dem Hemmschwellen gegenüber elektronischem und lebenslangem Lernen abgebaut werden sollen. Telefonica hat sogar seine bald zu eröffnende Weiterbildungs-»Uni« in eine dreidimensionale Internet-Simulation kopiert, wo die Lernenden, ergänzend zu ihren Old-School-Präsenzzeiten (Körper und Geist im selben Raum), per Avatare (virtuelle Körpersimulation) unterwegs sein können.

Diese Zustände sind selbstverständlich von den politisch Herrschenden gewollt. Im Fall der katalanischen Regionalregierung sind »Innovation, Universität und Unternehmen« bereits in einem Ressort vereinigt. Im Zuge der Regierungsneubildung des wiedergewählten Zapatero wechselte auch auf Bundesebene das Wissenschaftsressort vom Ministerium für Erziehung in das Ressort für »Technologie und Innovation«. Die neue Bundesministerin Garmendia ist promovierte Biologin mit einem Master in Unternehmensführung, und hat sich eher durch die Gründung von Bio-Unternehmen,

dem Vorsitz des entsprechenden Unternehmensverbands, verschiedene Aufsicht- und Verwaltungsratsposten sowie den Erhalt eines Preises für »unternehmerisches Engagement in der Biotechnologie und -medizin« hervorgerufen als durch universitäres Engagement.

--- AUF DER ---
ANDEREN SEITE
BEWEGT SICH WAS

Die studentische Gegenbewegung hat mittlerweile auch an Fahrt gewonnen. Jedes Semester finden kleine und auch ein paar große Demonstrationen gegen die europäischen Abkommen zum Hochschulsystem und die konkreten Gesetze in Spanien statt. Waren in Barcelona im November 2007 schon deutlich über 3000 Studis an einem Wochentag auf der Straße, verdoppelte sich diese Zahl am 6. März, dem bisherigen Höhepunkt der Mobilisierungen, an dem zur zweiten Großdemo des Landes in Sevilla weitere ca. 3000 Menschen kamen (zu Demos in anderen Städten aber nur wenige). In beiden Städten hatte es vorher auch Fakultätsbesetzungen gegeben.

Während an einer der Fakultäten der UB vier Tage lang der Lehrbetrieb verhindert und etliche Vorträge zu nicht nur hochschulbezogenen Themen veranstaltet werden konnten, nahm die Besetzung der Fakultät für Philosophie und Geisteswissenschaften der UAB durch 30 bis 40 Personen leider ein blutiges Ende. Nach Angaben der Uni-Leitung waren Studis und beruflich Beschäftigte von Vermummten aufgefordert worden, das Gebäude zu verlassen, dessen Eingänge dann mit Möbeln u.ä. verbarrikadiert wurden. Von studentischer Seite heißt es wiederum, das Ende der Besetzung sei gleich für den Folgetag festgelegt worden, an dem sowieso eine größere Koordinationsversammlung anberaumt war. Die vom UAB-Präsidenten gerufene Polizei ging dann jedenfalls weder mit den mehr als

100 solidarischen Menschen, die sich vor dem Gebäude versammelt hatten, noch mit den (wie viele Fotos und Videos belegen) in Menschenketten am Boden sitzenden Besetzenden zimperlich um. Anonymen Schilderungen im Internet zufolge prügelte die Polizei sowohl im Gebäude als auch davor schnell los, wobei aber im Gebäude das Licht ausging (offiziell hat sich die Polizei nicht dazu bekannt, den Strom abgeschaltet zu haben).

Knapp 50 Verletzte waren das Ergebnis, davon etliche mit Kopfplatzwunden. Am folgenden Tag gab es nicht nur eine Solidaritätsdemonstration von 500 Leuten auf dem außerhalb der Stadt gelegenen Campus, sondern auch einen Rücktritt. Martí Marín Corbera, Historiker und Inhaber einer Assistenz-Professur, der dem für Studis und Uni-Kultur verantwortlichen Vizepräsidenten beigeordnet ist und eine Vermittlerrolle zwischen Uni-Leitung und Studis haben soll, wollte dieses Amt nicht mehr ausüben. Er distanzierte sich in seiner schriftlichen Erklärung zwar auch von der Besetzung (genauer: von einigen dabei angewandten Methoden), bezeichnete aber das Einschalten der Polizei als einen falschen Schritt. Er hätte lieber mit den Besetzenden weiter verhandelt, notfalls Stunden lang.

Während sich die Uni-Leitungen Kataloniens mit dem UAB-Präsidenten solidarisierten, ertönte aus der Studierendenschaft sofort der Ruf nach Rücktritt. Die Angelegenheit ist noch nicht beendet, denn diese erste polizeiliche Räumung einer katalanischen Fakultät seit dem Tod des bis 1975 herrschenden Diktators Franco soll in den Gremien verschiedener Unis angesprochen werden, um vielleicht Uni-interne Gegenstimmen zum Handeln des Rektors bzw. zu den Solidarisationen mit ihm publik zu machen.

In Barcelona fand auch drei Wochen nach der Großdemonstration das Treffen der European University Association statt. Die EUA ist eine Lobbyorganisation, in der zwar hauptsächlich die Uni-Leitungen Europas zusammenkommen, aber auch Unternehmen vertreten sind. Da das in der Studierendenschaft Barcelonas erst zwei Wochen vorher bekannt wurde, konnten die Proteste nicht riesig

KÄMPFE IN SPANIEN



ausfallen, vor allem da das Treffen zwei Tage nach den Osterferien stattfand. Trotzdem gab es ein sog. »Sozialforum für die öffentliche Universität« mit Vorträgen von Profs und (Ex-)Studis, letztere aus dem In- und Ausland (siehe Bericht in diesem Heft).

Im Vorfeld hatten sich computertechnisch Versierte die Internetseite der Konferenz (nicht die EUA-Hauptseite) genauer angesehen. Zu ihrer Überraschung gab es keine Sicherheitsvorkehrungen, so dass sie angeblich Zugang zu den Daten aller für die Konferenz angemeldeten Personen hatten, inklusive Fotos. Sie wollen auch festgestellt haben, dass die Seite nicht, wie offiziell angegeben, auf einem Server der Gast gebenden UB liegt, sondern auf einem der TUI-Unternehmensgruppe.

Als Erfolg kann, trotz der deutlich suboptimalen Beteiligung an den inhaltlichen Veranstaltungen und der Abschlussdemonstration (zu der nur einige Hundert Menschen kamen) aber verbucht werden, dass verschiedene lokale und landesweite Massenmedien aus dem Print-, Internet- und Fernsehbereich über die Proteste informierten – und zwar oft unter Einbeziehung von Interviews mit Studis – und dass die Debatte innerhalb der studentischen Bewegung voran kam.

In Barcelona und Sevilla geht der Kampf mittlerweile in der Form weiter, dass sich an einigen Fakultäten (weitere) studentische Arbeitsgruppen in Gesetze und kritische Analysen einlesen. Nach Sevilla mobilisiert auch die »Andalusische Studierendenkoordination – Nein

zu Bologna« zu einem spanienweiten Vernetzungstreffen am letzten Aprilwochenende, zu dem alle interessierten Gruppen eingeladen sind.

Bereits am Osterwochenende wurde in Madrid auf einem mehrtägigen Treffen Studierender aus verschiedenen Teilen des Landes die »Federación de Estudiantes Libertarios« (FEL) gegründet, also die Föderation libertärer Studierender. Sie soll aus lokalen Sektionen bestehen, die sich bei übereinstimmenden Interessen und Plänen gegenseitig unterstützen und im Prinzip die gleichen Ideale teilen.

In einem ausführlichen programmatischen Schreiben wird zunächst die einschlägige antiautoritäre Kritik am Bildungssystem vertreten: Anstatt von Erziehung (»educación«) solle von Lernen (»aprendizaje«) gesprochen werden; Prüfungen dienten eben nicht dem Lernen und seien also Zeitverschwendung; die sog. »öffentliche Universität« will die FEL eigentlich auch nicht, aber der privaten sei sie immer noch vorzuziehen.

Bis zum nächsten Treffen im Oktober soll der neue Verband vor allem über eine Internetseite bekannt gemacht werden. Dort sollen Infos, z.B. zu universitätsbezogenen Gesetzen, Rechten und Pflichten erscheinen, genau so wie verschiedenes Informations-Material und Aktionsaufrufe angeschlossener Sektionen oder auch anderer Gruppen. Ein offenes Forum und ein ebenfalls offen einsehbares Wiki zur internen Diskussion sind ebenso geplant wie Übersetzungen in andere Sprachen. Selbstverständlich sind auch unabhängig

von überregionalen Strukturen einzelne Fakultäten oder Unis Schauplätze massiver studentischer Interventionen.

In Madrid ist mittlerweile auch etwas in Gang gekommen. Dort besetzten Mitte April nach eigenen Angaben 200 Studis die Philosophie-Fakultät der größten Uni Spaniens, Complutense. Sie nannten es eine ständige Arbeitsversammlung, was sie auch tatsächlich umsetzten. Ergebnis davon ist jedenfalls schon mal eine Sammlung an Gesetzestexten, Bestimmungen und kritischen Analysen, die auf dem neuen Blog »Bastion des Wissens« (<http://bastiondelconocimiento.blogspot.com>) verfügbar ist, wo sich ebenfalls das Manifest mit den Analysen der Besetzenden befindet. Wie es ausgeht, ist bei Redaktionsschluss noch nicht klar. Die Besetzung jedenfalls wird vom Dekan geduldet, nach einigen Tagen wurden auch an anderen Fakultäten Vollversammlungen abgehalten, und für den 8. Mai wurde eine Demo »für eine bessere Gesellschaft« angekündigt.

Eine legale Möglichkeit zu einer halbwegs relevanten studentischen Intervention gibt es zumindest in Katalonien. Mit der Unterschrift von 10 Prozent der jeweiligen Studis ist das Beantragen eines studentischen Referendums auf Fakultäts- oder Universitätsebene möglich. Das Ergebnis hat freilich keinen bindenden Charakter, muss aber im Fachbereichsrat bzw. dessen Pendant auf gesamtuniversitärer Ebene besprochen werden. Während in Barcelona Mitte April erste Vorbereitungen für solche Referenden anliefen, wurde am 16. April 2008 mit diesem Instru-

ment in Lleida schon ein Zeichen gesetzt: Uniweit stimmten mehr als 1600 Studis (ca. 20 Prozent der Wahlberechtigten, ein Vielfaches des Prozentsatzes bei gewöhnlichen Uni-Wahlen) über die Frage »Soll der Bologna-Prozess eingefroren und eine Debatte über die öffentliche Universität begonnen werden?« ab. 94 Prozent sagten ja. Vielleicht war einigen von ihnen im Februar ein Licht aufgegangen.

Als damals nämlich die neue Fakultät für Erziehungswissenschaft eingeweiht wurde, hatten die paar Studis, die dabei sein wollten, das Gefühl, es handele sich um eine Privatfeier in einer öffentlichen Einrichtung. So wurde als Termin nicht nur ein Freitag Abend gewählt, an dem viele der auswärtigen Studis bekanntermaßen die Stadt schon verlassen haben. Die, die trotzdem hin wollten, seien von anwesenden Beamten sowohl der Lokal- als auch der Regionalpolizei daran gehindert worden – sie konnten keine Einladung vorweisen.

Noch nicht einmal die Büros der studentischen Gruppen hätten sie betreten dürfen. Bekannte Personen aus dem lokalen und regionalen Unternehmenssektor wollen sie aber durch die Fensterscheiben gesehen haben. Symbolischer geht es also kaum: Ein – nach Ansicht jener Studis völlig überdimensioniertes und nicht den ökologischen Möglichkeiten entsprechend gebautes – Uni-Gebäude wird unter finanzieller Beihilfe der Großbank Santander (laut Wikipedia Spaniens größtes Unternehmen und einer der zehn größten Finanzdienstleister der Welt) gebaut, bei der Einweihung interessieren aber Leute mit einer rein wirtschaftlich motivierten Beziehung zur Uni mehr als jegliche Studis.

An anderen Unis wurden schon handfeste Erfolge erzielt. In Santiago de Compostela wurde von Anfang Dezem-

ber 2007 an eineinhalb Monate lang (also auch in der Prüfungszeit) erfolgreich gegen die Einführung eines Pilotstudien-gangs gemäß den neuen Richtlinien im Fach Politikwissenschaft im Herbst 2008 gestreikt. An der UAB haben sich bisher zwei Fachbereichsräte gegen die Art der vorgesehenen neuen Studienordnungen ausgesprochen. Generell muss noch gesagt werden, dass die studentischen Organisationsformen in Spanien von denen in Deutschland durch ihre nicht vorhandene Institutionalisiertheit abweichen.

Zwar gibt es, laut einem im Internet veröffentlichten Artikel eines Studi-Vertreters aus Sevilla, AStA-ähnliche »Delegaciones de Alumnos« in Sevilla und Valladolid, die aus z.T. »blutigen« Kämpfen in den 80ern hervorgegangen seien. Diese hätten legale Ressourcen, könnten Vollversammlungen einberufen und, mit dem entsprechenden daraus hervorgegangenen Mandat, sogar eine Unterbrechung des Lehrbetriebs fordern. Diese Institutionen würden aber zur Zeit nicht effektiv eingesetzt, da sie in der Hand von »Bürokraten und Opportunisten« seien.

Es ist natürlich ein großes Hindernis für Mobilisierungen, keine finanziellen Ressourcen und keine institutionellen Kontinuitäten zu haben. Erstere sind nur über von der Uni anerkannte studentische Politgruppen (»sindicatos«) zu haben. Diese »studentischen Gewerkschaften« kriegen von der Regionalregierung Geld. Einige von ihnen sind aber nicht nur unkritisch gegenüber aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen, sondern auch mehr oder weniger stark mit einigen politischen Parteien verbunden.

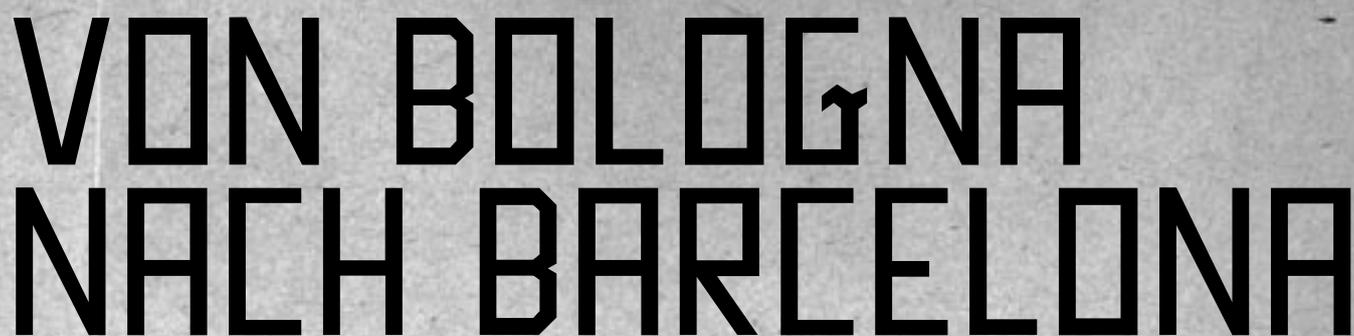
Der positive Aspekt daran, keinen AStA zu haben, ist, dass die Basisdemokratie stärker im Vordergrund steht, und dass sich keine selbstgenügsame Institution bilden kann, die die Beteiligten

Energie kostet. In Barcelona hat sich beispielsweise bereits 1995 ein Netzwerk aller Fakultätsversammlungen der Stadt gebildet, die »Plattform zur Verteidigung der öffentlichen Universität« (die demnächst unter anderem Namen und ohne Sindicatos weiter machen wird).

Das Modell der Politisierung und Aktionsorganisation durch wöchentliche Fakultätsvollversammlungen erscheint sinnvoller und erfolgsversprechender, als die in Deutschland gängigen Fachschaften, wo sich einige Interessierte unabhängig vom Rest treffen und eine Vollversammlung (VV) eher etwas besonderes ist. Während, zumindest an der FU, die VVs eher auf gesamtuniversitärer als auf der Instituts-Ebene stattfinden und vielen gleich als wichtiger politischer Akt oder gar erster Schritt zu einer kritischen Masse vorkommen, gibt es so etwas in Spanien eher selten oder nie.

Woran es aber in beiden Ländern noch mangelt, ist eine schlagkräftige internationale Vernetzung. In Spanien bekannter, in Deutschland wohl eher nicht (was allein daran ersichtlich ist, dass die Internetseite kaum deutsche Inhalte hat), ist das sog. Europäische Studierendenforum SEF mit seiner Webseite www.europeanstudentforum.org. Das SEF tagte seit seiner Gründung im März 2006 in Bakai-ku (Baskenland, Spanien) noch in Paris und Athen. Es ist noch nicht zu spät, die bis 2010 geplante lokale Umsetzung der auf europäischer Ebene getroffenen Vereinbarungen zu stoppen oder langfristig zu behindern.

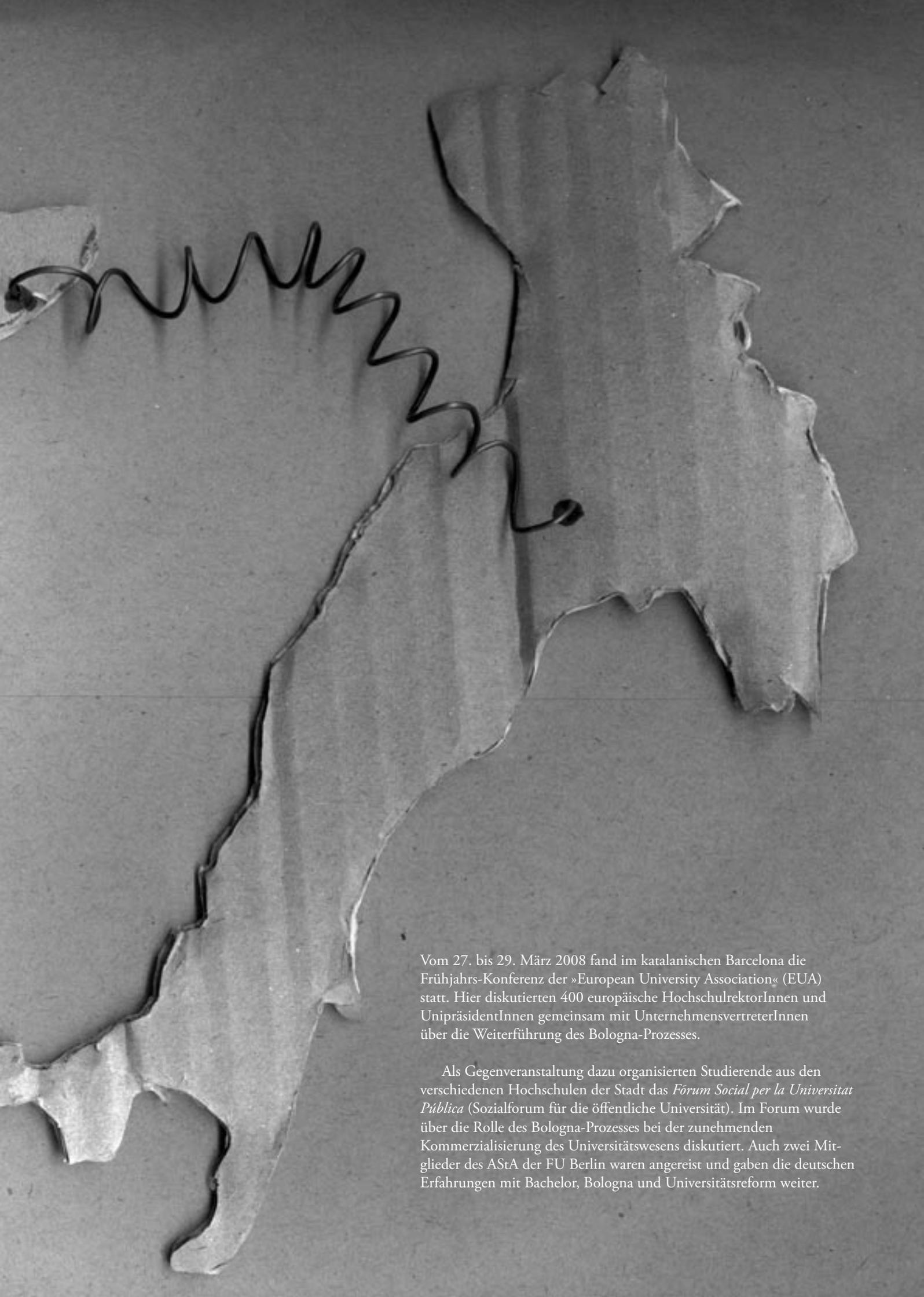
In Griechenland wurde das durch harte Kämpfe geschafft, wie unter anderem auf der SEF-Seite zu lesen ist. In Spanien wird mittlerweile wenigstens das Ansinnen dazu laut vorgetragen.



VON BOLOGNA NACH BARCELONA

Proteste gegen die europäische Konferenz der Uni-PräsidentInnen

von RALF HOFFFROGGE



Vom 27. bis 29. März 2008 fand im katalanischen Barcelona die Frühjahrs-Konferenz der »European University Association« (EUA) statt. Hier diskutierten 400 europäische HochschulrektorInnen und UnipräsidentInnen gemeinsam mit UnternehmensvertreterInnen über die Weiterführung des Bologna-Prozesses.

Als Gegenveranstaltung dazu organisierten Studierende aus den verschiedenen Hochschulen der Stadt das *Forum Social per la Universitat Pública* (Sozialforum für die öffentliche Universität). Im Forum wurde über die Rolle des Bologna-Prozesses bei der zunehmenden Kommerzialisierung des Universitätswesens diskutiert. Auch zwei Mitglieder des AStA der FU Berlin waren angereist und gaben die deutschen Erfahrungen mit Bachelor, Bologna und Universitätsreform weiter.

BOLOGNA UND DIE KRITIK DARAN

Der Bologna-Prozess, angestoßen durch die im Jahre 1999 verfasste Bologna-Erklärung der europäischen BildungsministerInnen, hatte sich seinerzeit die Schaffung eines »einheitlichen europäischen Hochschulraumes« zum Ziel gesetzt. Durch die europaweite Einführung des Bachelor-Master Systems sowie ein Leistungspunktesystem namens *European Credit Point Transfer and Accumulation System* (ECTS) sollten die europäischen Bildungssysteme einander angeglichen werden. Mehr Internationalität und Flexibilität sowie globale Anerkennung der Abschlüsse wurden damals versprochen.

StudierendenvertreterInnen in Deutschland kritisierten schon zu Beginn des Prozesses nicht nur die autoritäre Top-Down Umsetzung der Vorgaben, sondern vor allem auch die zunehmende Warenförmigkeit von Bildung: die ECTS-Punkte seien eine Vorbereitung auf Studienkonten und Studiengebührensyste, die neuen Abschlüsse dienten vor allem dazu, zahlungskräftige internationale Studierende als KundInnen anzulocken und die Stellung der europäischen Universitäten in einem sich formierenden Weltmarkt für Bildung zu stärken. Diese Befürchtungen sind bis heute nicht ausgeräumt. Studiengebühren sind auf dem Vormarsch, der Einfluss der Wirtschaft auf die Universitäten steigt stetig. Das eigentliche Ziel des Bologna-Prozesses, nämlich eine weitgehende Homogenisierung der verschiedenen Hochschulsysteme, ist jedoch wenig vorangekommen.

FORUM SOCIAL PER LA UNIVERSITAT PUBLICA = = = = = SOZIALFORUM FÜR ÖFFENTLICHE UNIVERSITÄTEN

Selbst innerhalb Deutschlands gleichen sich die neuen Studiengänge nur dem Namen nach, im europäischen Rahmen sind die Differenzen noch grö-

ßer. Gleichzeitig zeigt sich allerorten der überhastete und chaotische Charakter der Reform. Die Flexibilität und Wahlfreiheit der Studierenden nahm nicht zu, sondern insbesondere in Deutschland massiv ab. Selbst Konservative und Mainstream-Medien diskutieren mittlerweile über ein Scheitern des Prozesses.

Beim Forum Social in Barcelona, das sich explizit die Verteidigung der öffentlichen Universitäten zum Ziel gesetzt hatte, standen insbesondere die Entwicklungen hin zu Kommerzialisierung und Bildungsmarkt im Vordergrund. Kritisiert wurden der zunehmende Einfluss von Banken und Unternehmen, die einen wesentlichen Motor der aktuellen Reformen darstellten und mit Drittmitteln die Lehrinhalte beeinflussten. Sehr plastisch wurde von mehreren linken Wirtschaftsprofessoren (eine Spezies, die in Barcelona noch nicht komplett ausgestorben scheint) die zunehmende Senkung des Niveaus und die Entwissenschaftlichung des Studiums dargestellt, die sich durch eine rein nach dem Bedarf der Wirtschaft orientierte Ausbildung ergebe. In einigen Universitäten Spaniens gebe es sogar Masterstudiengänge, die nach den entsprechenden geldgebenden Großunternehmen benannt seien.

VOLLSPERRUNG DER UNI UND RANGELIEGEN MIT DER POLIZEI

Die Aufmachung der offiziellen EUA-Konferenz trug nichts dazu bei, diese Befürchtungen zu entkräften: mit der *Caixa Catalunya* trat eine der größten katalanischen Banken prominent als Sponsor der Konferenz auf. Dies schürte natürlich den Unmut der Studierenden. Neben den Diskussionen auf dem Forum Social wurden in zwei Fällen die Sitzungen der Konferenz gestört, Protestierende drangen ein und verlasen Protestresolutionen. Als Reaktion darauf riegelte die katalanische

Regionalpolizei »Mossos d'esquadra« das Hauptgebäude der Universität Barcelona komplett ab und erlaubte für die Dauer der Sitzungen nur akkreditierten KonferenzteilnehmerInnen den Zugang. Im Anschluss an diese Aussperrung kam es zu weiteren Rangeleien zwischen Polizei und Studierenden, jedoch nicht zu ernstlichen Zwischenfällen.

Die Proteste waren nicht auf Eskalation angelegt, es ging den OrganisatorInnen des Forum Social vor allem um eine wirksame Diskussionen und Artikulation ihrer Kritik. Kurzerhand wurde daher die Debatte am morgen des dritten Tages in Form eines Teach-In vor das polizeigeschützte Universitätsgebäude verlegt. Hier wurde dann weiterdiskutiert, Schwerpunkt war unter anderem die mangelhafte studentische Mitbestimmung in den Universitätsgremien sowie die Frage, wie eine ökologische und geschlechtergerechte Uni aussehen könnte.

MITBESTIMMUNG ODER NICHT- EINMISCHUNG?

Was den ersten Punkt angeht sind die Erfahrungen in Barcelona sehr ähnlich wie bei uns in Deutschland: es gibt zwar studentische VertreterInnen in den Gremien, diese haben jedoch nur eine Minderheit der Sitze und keinerlei reale Veto- oder gar Gestaltungsmacht. Viele Entscheidungen würden zudem intransparent und an den Gremien vorbei getroffen. Gleichzeitig sei es angesichts dieser Zustände sehr schwierig, Studierende für die Mitarbeit zu gewinnen, selbst für die wenigen studentischen Gremienplätze fänden sich nicht ausreichend KandidatInnen, vorherrschend sei Desinteresse.

Selbstkritisch muss zugeben werden, dass dies auch für das Forum Social galt: Zwischen 50 und 200 Studierende nahmen jeweils an diesen Debatten teil, nur eine sehr geringe Minderheit der Studie-

renden. Das Event selbst war während der Osterferien improvisiert und kurzfristig angekündigt worden, eine lange Werbe- und Vorlaufzeit hatte es nicht gegeben weil das Treffen innerhalb der Studierendenschaft erst kurzfristig bekannt wurde. Zusätzlich fehlen in Barcelona zentrale, mit eigenen Geldmitteln ausgestattete Studierendenvertretungen wie die deutschen ASten. Sämtliche Kopier- und Druckkosten mussten daher von den Beteiligten Personen und Organisationen selbst aufgebracht werden - was ebenfalls eine intensive Werbung erschwerte.

— — — — —
MEDIENECHO IN KATALONIEN
 — — — — —

Dennoch wurden gerade auf regionaler Ebene die Proteste und das Forum Social von den Medien stark wahrgenommen. Im Regionalteil der größten spanischsprachigen Tageszeitung *El País* sowie in verschiedenen katalanischen Zeitungen und im Regionalfernsehen fanden sich Berichte, im Regionalfernsehen sogar ein ausführliche Diskussion, zu der auch ein Repräsentant des Sozialforum geladen war (um dessen Auswahl und Mandat es lange Debatten gab). Vorangegangene Studierendenproteste, zuletzt eine Demonstration von 7000 Studierenden am 6. März 2008 hatten das Interesse der Medien erhöht.

Ein weiterer Grund für die erhöhte Aufmerksamkeit könnte unter anderem das starke Beharren der KatalanInnen auf ihrer Unabhängigkeit sein. In der Franco-Ära wurden katalanische Sprache und Kultur durch den spanischen Zentralstaat diktatorisch unterdrückt, eine starke, in Teilen sehr nationalistische Gegentendenz kennzeichnet heute alle politischen Strömungen von der Rechten bis zur radikalen Linken. Eine Homogenisierung des Bildungssystems durch europäische Institutionen scheint daher zumindest verdächtig, da kulturelle Autonomie groß geschrieben wird. Im Umgang mit der Konferenz do-

minierte von offizieller Seite allerdings Stolz auf Barcelona als gastgeberde Stadt: sogar die Straßenlaternen wurden mit Fähnchen zur Begrüßung der EUA geschmückt.

Insgesamt liegt die Verteidigung der katalanischen Kulturautonomie also keineswegs im grundsätzlichen Widerspruch zum neoliberalen Trend. Teilnehmende des Forum erklärten uns sogar, dass gerade das katalanische Schulsystem verglichen mit anderen Teilen Spaniens eher wegbereitend in Sachen Neoliberalismus sei. Das Forum Social war daher ein notwendiger Gegenpol, hier stand nämlich nicht der Konflikt Zentralregierung vs. Katalonien sondern die generelle Verteidigung eines öffentlich zugänglichen Bildungssystems im Vordergrund. Die Proteste gegen die Konferenz waren ein guter Ansatzpunkt für den Protest gegen Privatisierung von Bildung - auch wenn es auf den Debatten die Tendenz gab, alle negativen Auswirkungen der aktuellen Unireformen unter dem Stichwort »Bologna« pauschal zusammenzufassen. Eine notwendige differenzierte Analyse über die nationalen und regionalen Akteure in Sachen Kommerzialisierung kam daher manchmal zu kurz, die die Diskussion über eine Bilanz des Prozesses ebenso.

— — — — —
**B O L O G N A P R O Z E S S
 G E S C H E I T E R T ?
 M Ö G L I C H K E I T E N F Ü R
 K R I T I S C H E I N T E R V E N T I O N E N**
 — — — — —

Denn nach fast zehn Jahren Reform zeigt sich, dass zentrale Ziele des Prozesses verfehlt wurden. Nationale Alleingänge, passiver Widerstand, sehr unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, Zeitdruck und chaotische Umsetzung auf lokaler Ebene - all diese Faktoren trugen dazu bei, dass der Bologna-Prozess heute eher einem großen Chaos als dem befürchteten hermetisch-homogenem Bildungsmarkt gleicht. Dennoch hat der Prozess, insbesondere in Deutschland, die Tendenzen

zur Privatisierung und Warenförmigkeit von Bildung massiv beschleunigt und das öffentliche Bildungswesen stärker verändert als jede andere Reform einschließlich der großen Veränderungen in Folge der 1968er Studierendenbewegung.

Dieser Widerspruch zwischen Scheitern und Radikalreform wurde auf dem Forum Social leider nur andiskutiert. Es wäre eine Aufgabe für zukünftige studentische Protest- und Diskussionsforen, hier anzusetzen und die Widersprüche innerhalb des Bologna-Prozesses, aber auch zwischen Bologna und anderen Prozessen zu diskutieren. Dies setzt einiges an Recherche und wissenschaftlicher Aufarbeitung voraus, aber die Sache lohnt sich. Denn die chaotische Umsetzung der Bildungsreform ist mittlerweile nicht mehr zu übersehen und wird auch in den Medien häufiger thematisiert. Eine breitere Diskussion und Delegitimierung des Prozesses könnte neuen Spielraum bieten für Interventionen linker Bildungspolitik.

Weitere Informationen zum Thema Bologna:
Presserklärung europäischer Studierendenvertreter von 2005: www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2005/presse_05-24

Redebeitrag des AStA FU gegen die Konferenz der BildungsministerInnen in Berlin im Jahr 2003: www.astafu.de/inhalte/artikella_2003/bolognademo

Artikel zum Bologna-Prozess: Bologna und der Bachelor: www.astafu.de/inhalte/artikella_2003/bachelor

Ausführliche Analyse zum Thema Bologna und Bildungsmarkt aus der AStA FU-Publikation »Universität im Umbruch« (Berlin 2003): www.astafu.de/inhalte/publikationen/hop/umbruch/bologna



BABY UND STUDIUM

von RIA N. SCHULZ



Nachdem ich im August 2006 erfahren hatte, dass ich schwanger bin, stand für mich und meinen Partner fest, dass für uns ein ganz neuer Lebensabschnitt beginnt.

So sehr ich mich auch auf das Baby freute, es gestaltete sich alles etwas schwieriger, als ich mir das ausgemalt hatte. Die noch anstehenden Klausuren konnte ich nicht mehr schreiben, da mir ständig so übel war, dass ich kaum unterwegs sein, geschweige denn lernen konnte.

Zu Beginn des neuen Semesters hatte ich mich dann in zwei Veranstaltungen eingeschrieben, von denen ich eine beendetete. Glücklicherweise war diese Übelkeit das Einzige, was mir Probleme bereitete.

So war es zum Beispiel ganz wunderbar, wie sich meine Kommilitonen und Kommilitoninnen mit mir freuten, wie sich unsere Vorlesungen gestalteten, wenn das Baby einen solchen Schluckauf hatte, dass der ganze Bauch hüpfte und wie wir eine Babyparty veranstalteten. Außerdem ist es etwas ganz Wundervolles und Unglaubliches so einen kleinen Menschen mit sich herum zu tragen, dem man alles Mögliche erzählen kann und der alles mit einem teilt.

Nun gab es da noch eine Menge Dinge zu erledigen. Um heraus zu finden was uns als junger Familie zusteht und wie wir unterstützt werden, sind wir gemeinsam zu einer Sozialberatung des Studentenwerkes gegangen. Dort bekamen wir eine Menge Infomaterial und tatkräftige Unterstützung. Folgende Dinge waren zu erledigen:

1. Das Bafög-Amt über die Schwangerschaft informieren (falls man Bafög bezieht)

Mit dem Bafög ist das eigentlich ganz einfach. Solange während der Erziehungsurlaubssemester nicht aktiv studiert wird, gibt es auch kein Bafög. Danach läuft es weiter. Ab dem Wintersemester 2007/2008 gibt es einen Kinderzuschlag. Allerdings fällt die Rückzahlungsvermin-

derung für Eltern weg, die es bisher nach dem Studium gab.

2. Babyerstaussstattung und Schwangerenmehrbedarf beim Jobcenter beantragen (wenn man nicht ausreichend Geld hat, um die Sachen für das Baby selber zu finanzieren)

Dabei wird Bafög allerdings als Verdienst angerechnet, so dass Bafög EmpfängerInnen meist keine Zuschüsse erhalten.

3. Erziehungsurlaub

Sich Erziehungsurlaub zu nehmen ist überhaupt kein Problem, der ist ganz einfach auf dem Rückmeldeschein der Uni zu beantragen. Allerdings müssen, wenn man immatrikuliert bleibt, die Rückmeldegebühren trotzdem gezahlt werden.

4. Kindergeld

Kindergeld (154 Euro) ist nach der Geburt des Kindes in der Kindergeldstelle des zuständigen Jobcenters zu beantragen

5. Elterngeld

Tja, mit dem Elterngeld ist das auch so eine Sache für sich...

Es gibt da seit 2007 diese neue Regelung, dass mindestens 300 Euro und höchstens 78 Prozent des vorherigen Gehalts des Erziehungsurlaubnehmers, bzw. der Erziehungsurlaubnehmerin gezahlt werden. Die Zahlungsdauer beträgt zwölf Monate. Vorher bekam jede/r für 24 Monate 300 Euro. Bafög wird hier zur Berechnung nicht als Verdienst anerkannt. Schön ist diese neue Regelung natürlich für gut Verdienende. Menschen die wenig Geld besitzen, oder noch in der Ausbildung sind, wie Studierende, werden benachteiligt, sind sogar noch schlechter dran als mit der alten Regelung. Das wird allerdings übersehen und totgeschwiegen. So ist es wohl auch wenig verwunderlich, dass es immer weniger junge Familien gibt, schließlich will keine/r sein/ihr Kind in Armut aufwachsen lassen.

Mit dem Baby in der Uni ...

... ist es einerseits sicherlich ganz lustig, andererseits aber auch anstrengend, da

so ein Baby recht unberechenbar ist und häufig die gesamte Aufmerksamkeit verlangt. Außerdem sind die meisten Unis nicht gerade kinderfreundlich ausgestattet. Viele ProfessorInnen stehen Babys als MithörerInnen in den Vorlesungen aber recht positiv gegenüber, solange der/die KleinstzuhörerIn nicht ständig vor Langeweile schreit oder vor lauter Niedlichkeit die Kommilitonen und Kommilitoninnen ablenkt.

Und wie geht es weiter?

Nun stellt sich hier die Frage, wie lange man zu Hause bleiben und sich ausschließlich mit dem Kind beschäftigen möchte. Es gibt Krippen, die ein Kind schon ab vierzehn Tagen zur Betreuung nehmen.

Natürlich will man eigentlich so schnell wie möglich mit seinem Studium fertig werden. Andererseits wächst so ein Kind verdammt schnell und um jeden Augenblick den man verpasst ist es schade. Außerdem ist ein Baby doch sehr darauf angewiesen eine feste Bezugsperson zu haben. Wie man das letztendlich entscheidet, bleibt einem wohl selber überlassen und ist natürlich auch von der ganz persönlichen Situation abhängig.

Ich habe es für mich so entschieden, dass ich auf jeden Fall ein Jahr nur für mein Baby da bin und wenn ich dann das Gefühl habe, dass wir beide eine »längere« Trennung gut verkraften, werde ich mein Studium wieder aufnehmen. Sicherlich nicht das volle Programm von morgens bis abends, aber schon mal etwas. Wie das bei uns dann genau funktioniert weiß ich noch nicht wirklich. Wer weiß, was uns bis dahin noch alles so erwartet.

Im Rahmen des kostenlosen Beratungsangebots versucht der ASzA FU, unter anderem auch (werdenden) Eltern bei Problemen zu helfen. Die Hochschulberatung bietet Hilfestellungen bei Problemen mit der Universität. Die Sozialberatung leistet Unterstützung beim Durchblick im Behördenschungel.

KEINE EINBAHNSTRASSE

Ein Überblick zu Studiengebühren in der BRD

von BJÖRN KIETZMANN

Die Diskussionen rund um das Thema Studiengebühren sind kein abgeschlossenes Kapitel. 1970 beschloss die westdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz die Abschaffung der Höregelder an staatlichen Hochschulen der BRD, ein Jahr später wurde das Bafög eingeführt. Dem vorausgegangen war ein erfolgreicher Studiengebühren-Boykott von 6000 Hamburger Studierenden. Weniger als 30 Jahre später kam es zur Wiedereinführung von Studiengebühren in Deutschland. Baden-Württemberg führte 1998 Gebühren in Höhe von jährlich 1022 Euro für so genannte Langzeitstudierende ein.

In den darauf folgenden Jahren schlossen sich die meisten Bundesländer dem Beispiel aus dem Süden an. Studiengebühren von üblicherweise circa 1000 Euro jährlich für das Langzeit- bzw. Zweitstudium wurden fast zur Regel. Lediglich in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden (bis jetzt) keine solchen Gebühren erhoben.

In Berlin, wo eine Einführung 2003 ebenfalls konkret vorbereitet wurde, scheiterte der SPD/PDS-Senat am Widerstand der PDS-Parteibasis. Vorausgegangen waren wochenlange Streik- und Protestaktionen von SchülerInnen und Studierenden.

Langzeitstudiengebühren wurden schon damals von vielen als Einstieg ins Gebührenkarussell gewertet. »Gute Bildung braucht Zeit« konterte das bundesweite Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS). Im Zuge der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) hat das Bundeskabinett 2002 beschlossen »dass für das Erststudium in Deutschland keine Studiengebühren erhoben werden dürfen« – so das Bundesbildungsministerium. GebührgegnerInnen erkannten die Mogelpackung.

Mit der Aufklärungskampagne »Studiengebühren haben eine Farbe - rot-grün«, machte das ABS die Regierung dafür verantwortlich mit der 6. HRG-Novelle

mitnichten die Studiengebührenfreiheit für das Erststudium zu sichern, sondern ganz im Gegenteil die bestehenden Studiengebührenregelungen abzusichern und so genannte Langzeitstudiengebühren zu legitimieren.

Probleme mit dem neugefassten Hochschulrahmengesetz hatten auch die unionsgeführten Bundesländer, da sie hierdurch vorerst keine allgemeinen Gebühren einführen konnten. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt klagten daher gegen das Gesetz. Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 26. Januar 2005, dass die Gesetzgebungskompetenz, ob und in welcher Höhe Studienentgelte zu entrichten seien, bei den Ländern liege.

Als unmittelbare Folge des Urteils beschlossen sieben Landesparlamente die Einführung allgemeiner Studiengebühren. In Bayern, Baden-Württem-





berg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und dem Saarland müssen Studierende an staatlichen Hochschulen zur Zeit zwischen 200 und 1800 Euro pro Jahr bezahlen. In Nordrhein-Westfalen entscheiden die Hochschulen selbstständig über die Höhe der Studiengebühren. Die maximale Gebührenhöhe an staatlichen Hochschulen beträgt dort derzeit 1000 Euro jährlich. Eine Erhöhung dieser Maximalgrenze zum Jahr 2010 wird diskutiert.

Allgemeine Studiengebühren wurden in den ersten drei Jahren nach der Verfassungsgerichtsentscheidung als alternativlos präsentiert. Nach und nach verabschiedeten einzelne Bundesländer gesetzliche Studiengebührenregelungen. ParlamentarierInnen der übrigen Länder gaben relativ gleichlautende Erklärungen ab. Allgemeine Gebühren seien zukünftig sicherlich nicht zu verhindern. »Land unter« sei bei einer so genannten Inselflösung zu befürchten. Doch warum eigentlich?

Schließlich sorgen unterschiedliche Selektionsmechanismen bereits jetzt dafür, dass nicht alle studieren dürfen, die gerne möchten.

Frischer Wind belebte im April 2008 die Diskussion. »Studiengebühren werden wieder abgeschafft«, meldete die Bildzeitung. Gemeint war eine Änderung der Zahlungsmodalitäten im Bundesland Hamburg. CDU und Grün-Alternative Liste (GAL) einigten sich im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen auf nachgelagerte Studiengebühren. Dies bedeutet, dass erst im Anschluss an das Studium durch Studiengebühren angehäufte Schuldenberge zurückgezahlt werden müssen.

Dementsprechend scheiterten Anfang April SPD und Linkspartei mit ihren in die Hamburgische Bürgerschaft eingebrachten Anträgen auf Abschaffung der Studiengebühren an der schwarz-grünen Mehrheit. Eva Gümbel von der GAL be-

tonte zwar: »Wir lehnen Studiengebühren ab«, eine Erklärung für das Stimmverhalten der Grünen blieb jedoch aus.

Einige Tage später, am 9. April 2008 wurden in Hessen zwei Anträge zur Abschaffung der Studiengebühren vorgelegt. Der gemeinsame Antrag von SPD und Grünen sieht eine Abschaffung sämtlicher Studiengebühren vor. Die Linkspartei fordert in ihrem Antrag zudem eine Rückzahlung der bisher gezahlten Studiengebühren. Vor allem die aktuelle Entwicklung in Hessen, wo mit einer baldigen Abschaffung der Gebühren zu rechnen ist, verdeutlicht, dass Kämpfe gegen Studiengebühren mit deren Einführung nicht verloren sind. Ziviler Ungehorsam etwa durch Gebührenboykotte, die in der jüngeren Vergangenheit häufig an mangelnder Beteiligung scheiterten, können auch dann noch eine Protestperspektive bieten, wenn die Widerstände zuvor nicht den erhofften Erfolg brachten.

STIPENDIEN



STIPENDIEN.

**NICHT LÖSUNG,
SONDERN TEIL DES
PROBLEMS**

von JENS WERNICKE

Vor und bei Einführung von Studiengebühren war stets der Aufbau eines »umfassenden Stipendiensystems« versprochen worden. Ein solches gibt es bis heute nicht. Von den zwei Millionen Studierenden will Annette Schavan zukünftig maximal einen Prozent, entsprechend etwa 20.000, mit öffentlichen Studienstipendien fördern lassen.

Das Deutsche Studentenwerk, das sich für die sozialen Belange der Studierenden einsetzt, hatte diese Stagnation bezüglich der Entwicklung eines Stipendiensystems bereits 2006 einen »Skandal« genannt¹. Und um einen solchen handelt es sich auch. Allerdings noch in einer weiteren Hinsicht: Nicht nur, dass die Politik nicht einlöste, was sie versprach. Vielmehr verschärfen Stipendien in der Regel die soziale Ungleichheit und bauen sie nicht etwa ab.²

Denn sie sind nur für eine nach politisch bestimmten Kriterien definierte Minderheit gedacht und daher stets selektiv. Selbst sollte, was kaum je der Fall ist, das angelegte Vergabekriterium jenes der finanziellen Bedürftigkeit respektive des Nachteilsausgleiches sein, lassen Stipendien bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung die Bedürftigkeit der nicht geförderten Mehrheit außer Acht.

Einer Mehrheit, deren Lebenshaltungskosten steigen und auf deren private Schultern der Staat (unter anderem mittels Studiengebühren) momentan mehr und mehr die Kosten ihrer Bildungsbeteiligung umlegt.

Dass das Vergabekriterium jedoch in aller Regel nicht jenes der »Bedürftigkeit« ist, hat unlängst auch eine Studie belegt. Tatsächlich steigt mit höherer sozialer Herkunft auch der Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhalten, an. Unter den Befragten (deutsche Universitätsstudierende ab dem 5. Fachsemester) beträgt der Anteil der Geförderten aus der ArbeiterInnenschaft nur 2,1 Prozent, bei der Grundschicht nur 2,6 Prozent. »Bei Studierenden aus der höheren Dienstklasse steigt der Anteil auf 3,5 Prozent. Mit Abstand liegen Studierende aus der AkademikerInnenschaft vorn: 5,2 Pro-

zent erhalten ein Stipendium der [öffentlichen] Förderwerke.«³

Das bedeutet konkret: Die Studierenden aus wohlhabendem Elternhaus erhalten mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit ein Stipendium als jene, die es brauchen könnten!

WIE ABER KOMMT ES DAZU? WAS HEISST DAS IM DETAIL?

Es existieren momentan nur etwa 14.000 öffentliche Studienstipendien der anerkannten Förderwerke sowie geschätzte 26.000 andere Stipendien (potentiell unter anderem: Stipendien der Hochschulen, des DAAD, von Privaten etc.). Die öffentlichen Studienstipendien sind dabei etwa Bafög-adäquat, über die Höhe der anderen ist wenig bekannt - auch Einmalzahlungen oder geringe regelmäßige Bezuschussungen fallen aber in diese Kategorie. Diesen geschätzten 40.000 Stipendien stehen etwa zwei Millionen Studierende gegenüber, die wahrscheinlich in steigender Zahl mittels Studiengebühren privat zur Kasse gebeten werden.

Kein Stipendium erhalten also etwa 1,96 Millionen Studierende. Unter diesen gibt es rund 345.000 Bafög-EmpfängerInnen⁴, die großteils nicht von den Studiengebühren ausgeschlossen⁵ werden sollen, obwohl sie sicher als bedürftig anzusehen sind. Zudem verfügt immerhin jeder und jede fünfte der zwei Millionen Studierenden momentan nur über ein Monatsbudget von unterhalb des Bafög-Höchstsatzes von 585 Euro.

Diesen Zahlen stehen rund 1,4 Millionen Studierende gegenüber, die ab dem Wintersemester 2007/2008 Studiengebühren zahlen sollten⁶. Sowie 800.000 Studierende, für welche gemäß aktueller DSW-Sozialerhebung die Studienfinanzierung bereits jetzt unsicher ist.

Für die wirklich Bedürftigen stellt ein Stipendium zudem ohnehin kaum eine Verbesserung dar: Im Gegensatz zum Bafög-Höchstsatz von 585 Euro erhielten

sie mittels Studienstipendium dann maximal 658 Euro (entsprechend 525 Euro Höchstbetrag plus 80 Euro Büchergeld plus 45 Euro Krankenkassenzuschuss plus 8 Euro Zuschuss für die Pflegeversicherung) sowie einen Wohngeldanspruch.

Auch mit diesen rund 600 Euro monatlich lägen sie jedoch ca. 300 Euro unter der in der EU gültigen Armutsgrenze und dürften die Probleme, bei diesem Etat 500 Euro oder mehr pro Semester an Studiengebühren abzuweichen, behalten. Insbesondere dann, wenn sie Eltern haben, welche eben nicht in der Lage sind, sie in irgendeiner Art und Weise finanziell zu unterstützen.

Nicht zu vergessen sind zudem die Bedürftigen, die nicht einmal mehr einen Bafög-Anspruch haben. Ohne Bafög-Anspruch erhalten sie in aller Regel auch kein staatliches Stipendium mehr; allerhöchstens noch das Büchergeld.

Etwa 65 Prozent aller öffentlichen Studienstipendien werden von nur vier der staatlich anerkannten 11 Begabtenförderwerke vergeben. Diese vier Einrichtungen (Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Studienstiftung des deutschen Volkes) gehören zugleich dem konservativen Spektrum der Förderwerke an, was die Auswahl der StipendiatInnen sicher mit determiniert.

Die Quote der zumindest potentiell »sozial Bedürftigen« unter den StipendiatInnen dieser vier Werke liegt bei maximal 18 Prozent, die Quote derjenigen mit sehr wohlhabendem Elternhaus hingegen bei über 50 Prozent⁷. Ergo: Großteils die Privilegierten profitieren erneut. Begabtenförderung ist hier überwiegend Wohlbahendenunterstützungsprogramm.

Für alle öffentlichen Stipendien ist zudem stets »überdurchschnittliche Leistung« ausschlaggebendes Vergabekriterium. Nicht einmal die »linke« Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert hier einen Nachteilsausgleich: auch sie wertet zuerst Leistungen und berücksichtigt dann, bei vermeintlicher »Leistungsgleichheit«, soziale Benachteiligung und Kriterien. Das Problem hieran ist: Leistungen selbst sind

STIPENDIEN

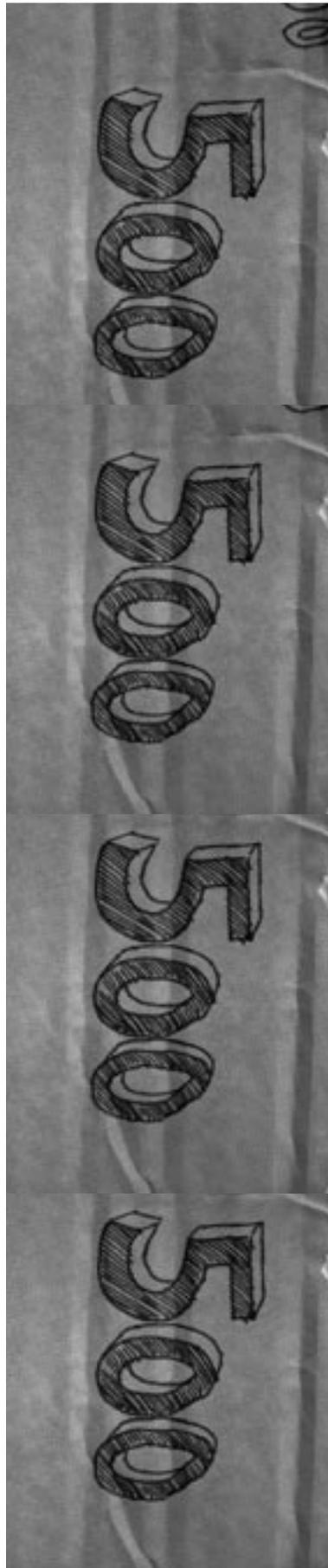
von der sozialen Herkunft determiniert. Ein AkademikerInnenkind lernt aufgrund seines Herkunftsvorteiles in der Regel besser und leistet leichter mehr als ein ArbeiterInnenkind⁸. Stipendienvergabe nach Noten und Leistung verstärkt daher per se Bildungsungerechtigkeit und baut sie nicht ab. Dies gilt ebenso für die meisten der privatwirtschaftlichen Stipendien.

Dieser Zusammenhang (Leistung – soziale Selektion) wird auch in der bereits erwähnten Studie offenbart. Laut dieser nehmen die sozialen Unterschiede mit steigendem Notenschnitt zu: Unter der »Leistungselite« der Studierenden (Notenschnitt 1,0 bis 1,4) erhalten nur 7 Prozent der Studierenden aus ArbeiterInnenfamilien, sehr wohl aber 14 Prozent der Studierenden mit AkademikerInnenelternhaus ein Stipendium. Ergo: Selbst bei (vermeintlich) gleicher Leistung ist die Chance des AkademikerInnenkindes auf ein Stipendium doppelt so hoch wie jene eines ArbeiterInnenkindes.

Bei maximal 20.000 öffentlichen Studienstipendien (bisher 14.000) will es die deutsche Politik zukünftig dann auch belassen. In Form einzig »freundlicher Bitten« delegiert sie die Verantwortung für die sozialen Konsequenzen der Studiengebühren und also – in ihrer Perspektive – daher Aufgabe zum Aufbau eines Stipendiensystems an Wirtschaft und Private weiter, welche hieran jedoch wenig Interesse zeigt.⁹

Eine Suche in der Stipendiendatenbank von e-fellows.net ergibt bezüglich Stipendien der »allgemeinen Förderung«, also auch für den studentischen »Lebensunterhalt«, insgesamt 207 fördernde Institutionen.

Deren Förderschwerpunkte liegen jedoch fast ausschließlich in vollends spezialisierten Bereichen wie bspw. »bedürftige katholische Frauen« (Adelshausenstiftung für bedürftige katholische Frauen an der Uni Freiburg), »Medizinstudenten, die sich vornehmlich der Gynäkologie widmen« (Dr.-Walter-Heß-Stiftung für die FAU Erlangen-Nürnberg) oder »nur für Nürnberger« (Johann-und-Liselotte Lehner-Stiftung für Nürnberger) – oder



privilegieren oft auch, das eine weitere Möglichkeit, »nur Wirtschaftswissenschaftler«. Zudem ist auch die Anzahl der auf diesem Wege vergebenen Stipendien vergleichsweise gering. Sie wird (Zuschüsse, Auslandsstipendien, Einmalzahlungen etc. zusammen genommen) auf maximal 26.000 (entsprechend 1,3 Prozent der Studierende) geschätzt. Wahrscheinlich fällt sie weitaus geringer aus.

Bei steigenden Studienkosten werden die Studierenden durch diese Erwartungen privater Stipendienggeber mehr und mehr auf die Interessen derselben geeicht: Steigen die Studiengebühren noch mehr und ist die einzige Alternative zur Verschuldung durch Kredit bspw. ein privates Stipendium für BWL-StudentInnen, liegt die Wahl des Studiums nach Interessenlage des Geldgebers womöglich recht nah.

Ebenso kritisch gesehen werden müssen hier private Stipendien, die Studierenden zwar das Studium finanzieren, für welche man sich im Gegenzug allerdings dazu verpflichten muss, nach selbigem so und so viele Jahre dann bei seinem Finanzier zu arbeiten.

Auch viele der öffentlichen Stipendien sind jedoch an politische oder sonstige und somit inhaltliche Kriterien (»Bedingungen«) geknüpft. Das meint: Wer ein Stipendium erhalten will, muss in der Regel einer bestimmten Konfession zugehörig sein, eine bestimmte Weltanschauung oder Parteinähe besitzen etc.

Dasschließt von vornherein Menschen aus und legt jene, die schließlich gefördert werden, auf den Rahmen einer bestimmten ideologischen Prägung fest. Wirklich »freie« Bildung wäre etwas anderes, und ist nicht das, was die »Arbeitsgemeinschaft der Begabtenförderungswerke in der Bundesrepublik Deutschland« hinter dem Deckmantel des »Pluralismus« selbst als »Förderung [eben nur] leistungsfähiger Verantwortungseliten«¹¹ bezeichnet. Gleichberechtigte Bildung, Bildung mit dem Anspruch auf Emanzipation aller, käme ohne Eliten aus und erklärte nicht antiegalitär zum Förderungsziel, dass man Teil derselben wird. Studiengebühren schrecken vom Studium ab. Für viele po-

tentiell Studieninteressierte ist die Angst vor hoher Verschuldung¹¹ groß: an nordrhein-westfälischen Hochschulen ging die Zahl der StudienanfängerInnen nach Einführung von Studiengebühren um 6,5 Prozent zurück¹². Öffentliche Stipendien wirken diesem Abschreckungseffekt nicht entgegen, denn: Bewerbungsvoraussetzung ist in der Regel, dass man bereits Studierender ist. BewerberInnen »können [in der Regel] ab dem zweiten Semester gefördert werden«¹³.

Eine rühmliche Ausnahme bildet hier die Hans-Böckler-Stiftung der Gewerkschaften, welche im Rahmen der Aktion Bildung momentan auch Schülerinnen und Schülern eine Stipendienbewerbung ermöglicht. Auch beim Evangelischen Studienwerk e.V. Villigst soll eine Förderung »für die Dauer des gesamten Studiums«¹⁴ möglich sein.

Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs unter den Hochschulen werden die bereits so schon Privilegierten zum Teil momentan noch weiter privilegiert: An einigen deutschen Hochschulen können sich die StipendiatInnen der öffentlichen Begabtenförderungswerke von den Studiengebühren befreien lassen; sicher in der Hoffnung, hierdurch »Begabte anzuziehen und sich dann mit diesen profilieren

zu können. In der Konsequenz führt dies zu folgender Kette an Auswahlmechanismen. Auf der einen Seite erhalten a) bevorteilte Jugendliche aus gehobener Elternhaus i. d. R. bessere Noten, b) aufgrund dieser Noten erhalten sie ein Stipendium, c) aufgrund dieses Stipendiums zahlen sie keine Studiengebühren. Eher »wohlhabende« junge Menschen erhalten somit noch staatliche Förderung und werden von den Studiengebühren befreit.

Anders für die »sozial Benachteiligten« auf der anderen Seite, für die sich das Ganze folgendermaßen darstellt: a) als benachteiligte Jugendliche schaffen sie es seltener an die Hochschulen, haben b) hier dann i. d. R., da sie mehr zu verdienen und nebenher arbeiten müssen etc., schlechtere Noten, erhalten folglich c) also kein Stipendium und werden d) nun auch noch mittels Studiengebühren zur Kasse gebeten.

Vollkommen pervertierte »Robin-Hood-Politik«¹⁵ betreibt hier momentan die Universität Bonn. Diese gab bekannt, dass sie alle an der Universität eingeschriebenen StipendiatInnen (einzig) der Studienstiftung des deutschen Volkes mit jährlich eintausend Euro zusätzlich fördern wird, die dann dazu verwandt werden können, die Studien-

gebühren zu bezahlen. Die Begrenzung der Förderung auf die StipendiatInnen nur dieser Stiftung stellt dabei eine willkürliche politische Setzung, die zusätzliche Aufwendung universitärer Gelder für die in diesem Sinne »doppelte« Förderung ohnehin schon geförderter Privilegierter ebenso einen Abgesang auf den Gleichheitsanspruch im Bildungssystem wie auch eine Fehlallokation öffentlicher Mittel einzig im Sinne der Produktion einer Elite, die sich nachweislich alles andere als aus finanziell oder sozial benachteiligten Schichten rekrutiert, dar. Selbst eine »wirtschaftsfreundliche« Umfrage von Deutscher Telekom, McKinsey und Holtzbrinck zeitigt glücklicherweise noch als Resultat: solcherlei Praxen empfindet mehr als die Hälfte aller Befragten als eindeutig »ungerecht«. Zu Recht: Sie ist hochgradig elitär.

Informationen und Ergebnisse aus der Konstanzer Hochschulforschung: Stipendien von Stiftungen für begabte Studierende; Dezember 2006 »¹⁶

Soziale Zusammensetzung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderungswerke (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke) »¹⁷

1 www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,443297,00.html
 2 vgl. hierzu insbesondere auch die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
 3 zitiert nach: Informationen und Ergebnisse aus der Konstanzer Hochschulforschung: Stipendien von Stiftungen für begabte Studierende; Dezember 2006
 4 www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php
 5 www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,373546,00.html
 6 eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes
 7 www.studis-online.de/HoPo/art-611-elite_stipendien.php
 8 www.studis-online.de/HoPo/Hintergrund/pisa_chancenungerechtigkeit.php
 9 www.faz.net/s/Rub1A09F6EF89FE4FD19B3755342A3F509A/Doc-E96E5428CC17D4A62B4E7AA0714E89594-ATpl-Eco-mmon-Sccontent.html

10 www.stipendiumplus.de/de/36.php
 11 www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,435988,00.html
 12 www.rp-online.de/public/article/445164/Weniger-Studenten-anden-NRW-Unis.html
 13 www.rosalux.de/cms/index.php?id=12924
 14 www.evstudienwerk.de/index.php?action=stipendien&sub=grundfoerderung
 15 www.asta-bonn.de/564.html
 16 www.uni-konstanz.de/soziologie/ag-hoc/News1/23-2Stipendien
 17 <http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604849.pdf>

DIE SCHWEINEREI IM ÜBERBLICK

RCDS-ASTA AN DER TU BERLIN

vom PRESSEREFERAT DES GEGEN-ASTA DER TU BERLIN

Seit November 2006 vertritt ein konservativ dominierter AStA die studentischen Interessen an der TU-Berlin. Oder eben auch nicht. Denn der Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS), als Hochschulgruppe der CDU setzt sich selbstverständlich nicht für studentische Selbstverwaltung und freie Bildung ein. Soviel vorweg.

Irgendwann im Sommer 2006, es ist auf jeden Fall schon sehr lange her, haben konservative Kräfte unter Führung des RCDS die StuPa-Wahl an der TU knapp gewonnen. Das hatte vor allem zwei Gründe: Der erste ist ein allgemeines Partizipationsdefizit, welches sich in geringem Interesse an Hochschulpolitik und daraus folgender niedriger Wahlbeteiligung (unter 7 Prozent der Studierenden) ausdrückt. Der zweite sind Tarnlisten, die sich meist das Label »unabhängig« gaben, obwohl die Hackfressen¹ vom RCDS auf ihnen kandidierten.

Der selbstgefällige »Service-AStA« hat als erstes den Service eingestellt. Zunächst war der neue AStA plötzlich nicht mehr ansprechbar. Sitzungen fanden nur unregelmäßig und miserabel angekündigt statt, so dass sich Interessierte nicht direkt vor Ort ein Bild machen konnten. Manchmal fanden die angekündigten

Sitzungen aber auch gar nicht statt. Die professionelle, aber kostenlose Rechtsberatung, die der alte AStA regelmäßig anbot und die auch intensiv genutzt wurde, hat der RCDS eingestellt. Ebenso erging es der unabhängigen Studienberatung. Der RCDS hielt es darüber hinaus nicht für nötig, die autonomen Referate, zum Beispiel das Queer-Referat oder AusländerInnen-Referat zu besetzen.

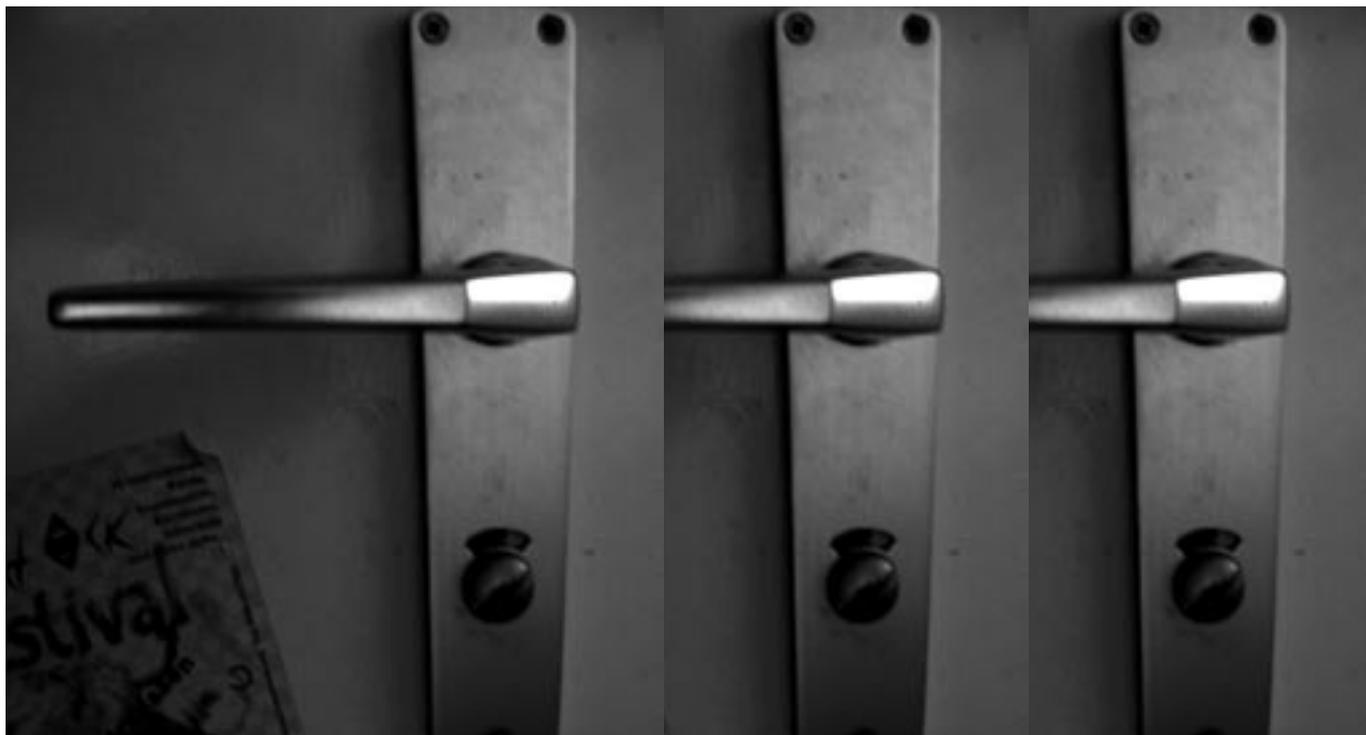
Die Briefköpfe des AStA muteten dafür sehr deutsch an: Studierenden-ausschuss wurde zu Studentenausschuss und Website zu Weltnetzadresse - so wie kennt mensch eigentlich nur aus der neokonservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen, doch die eigentlichen Skandale kommen noch.

Nachdem die Studierenden bemerkt hatten, wen sie da im vergangenen Jahr gewählt bzw. nicht gewählt hatten, wurden einige aktiv. Die Aktivierung neuer Leute und die relativ hohe Wahlbeteiligung sind wohl zu den wenigen positiven Folgen des Desasters zu zählen. Es wurden neue Listen gegründet und bei der Wahl im Juni 2007 gab es unter den Studierenden eine Beteiligung von 16 Prozent, in welcher der RCDS haushoch unterlag. Hatte er im 27. StuPa noch 31 von 60

Sitzen, sollten es im 28. StuPa nur noch 16 sein.

Aber die Rechten konnten das Ergebnis nicht hinnehmen und fochten die Wahl an. Der von RCDS-nahen Studierenden gestellte Studentische Wahlvorstand erklärte die Einsprüche von mehreren Konservativen für rechtens, obwohl er zu dieser Zeit auf Grund von Unterbesetzung nicht mehr beschlussfähig war. Wegen der Beschlussunfähigkeit wurden die Einsprüche, die neben einer angeblichen Manipulation des Internetauftritts des Rechts-AStA auch so schwerwiegende Verstöße, wie unangemeldete Wahlkampf-Stände auf dem Unigelände beinhalteten, an den zentralen Wahlvorstand der TU delegiert.

Da dieser die Einsprüche ablehnte, weil er keine Beeinflussung der Mandatsverteilung feststellen konnte, klagten die Rechten auch gegen die Einsetzung des zentralen Wahlvorstandes. In Folge dessen hat Kanzlerin Gutheil mit einem beteiligten Richter am Verwaltungsgericht, bei dem die Klagen anhängig waren, in vorausseilendem Gehorsam die Absprache getroffen das gewählte 28. StuPa vorerst nicht zu konstituieren. Das 27. StuPa ist aber passé, da die Amtszeit auf ein Jahr beschränkt ist. Also kann der abgewählte



AStA jetzt richtig loslegen, da er ja jetzt keine demokratische Kontrolle mehr durch das StuPa zu fürchten hat.

Die AStA-eigene Druckerei, die nicht nur für Studierende der TU, sondern weit über deren Grenzen hinaus ein wichtiges Stück Infrastruktur darstellte, ökonomisch absolut konkurrenzfähig (will heißen: billig) war und über dies mehrere Leute beschäftigte wurde geschlossen, demontiert und weit unter Wert verkauft. Die Sozial- und AusländerInnen-Beratung wurde eingestellt, in dem die Schlösser der betreffenden Räume ausgetauscht wurden, ohne die Beratenden darüber zu informieren. Nachdem einzelne Räume nicht mehr betretbar und die Druckerei verscherbelt waren, hat der AStA gleich den kompletten Auszug aus der, bis dato genutzten Villa BEL vollzogen. Jetzt befindet er sich in dunklen Kellerräumen, die in etwa ein Drittel der Fläche bieten. Im Rahmen des Umzugs wurden auch Computer beschädigt und Möbel entsorgt, die danach teuer neu gekauft wurden. Soviel zum Thema Geldverschwendung.

Der Beitrag mit dem der AStA wirtschaften muss wurde von ca. 8 Euro auf 5,81 Euro gesenkt. Geplant war allerdings eine Senkung auf unter 3 Euro, was der

Präsident verhinderte, da ein funktionstüchtiger AStA so nicht zu gewährleisten sei. Auch dagegen wurde von den Rechten geklagt. Zum besseren Verständnis: Der AStA ist die Vertretung aller Studierenden, also laufen die Klagen, die sich allesamt klar gegen die Selbstverwaltung und somit gegen studentische Interessen richten, im Namen aller Studierenden.

Im Herbst hat der RCDS dann auch noch das Semesterticket riskiert, in dem er sich nicht an den Vorverhandlungen beteiligte und erst tätig wurde als an der HU schon die Urabstimmung zum Semesterticket über die Bühne gegangen war. Es ist davon auszugehen, dass den Konservativen nicht allzu viel am Semesterticket liegt, da sie entweder mit dem Autofahren oder einfach über das nötige Kleingeld verfügen, die regulären Preise im ÖPNV zu zahlen.

Obwohl seit Anfang dieses Semesters beide noch anhängigen Klagen, die (nach Meinung der Kanzlerin) einer Konstituierung des 28. StuPas im Weg standen nun auch vom Gericht zurückgewiesen wurden, will die Kanzlerin frühestens am 5. Mai zur konstituierenden Sitzung einladen. Dann kann auch der Gegen-AStA endlich aus seinem Schattendasein heraustreten und die Interessen der Stu-

dierenden wieder vertreten. Freilich erst nachdem es wieder ein bisschen mehr Infrastruktur gibt, von der der RCDS nicht viel übrig gelassen hat. Derzeit gibt es nicht einmal einen Kopierer im AStA.

In letzter Minute erreichte die Redaktion folgende Nachricht:

Obwohl die Burschis auch gegen die jüngste für sie nachteilige Gerichtsentscheidung vorgegangen sind, kann sich das 29. StuPa der TU am 23. Mai endlich konstituieren. Zu verdanken ist dies dem Druck, der nicht nur innerhalb der TU ständig gewachsen ist, sondern der auch außerhalb bis in die Berliner Senatsverwaltung hinein seine Kreise zog und von dort wieder auf die Unileitung zurück wirkte. Jetzt geht's los!

*Für ausführlichere Infos checkt:
www.breilibue.org
(Breites Linkes Bündnis)*

1 Aber auf den Terminus »Hackfressen« in Zusammenhang mit den erwähnten Tarnlisten kann nicht verzichtet werden, da der Artikel ansonsten angesichts der Situation noch eher als zurückhaltend eingestuft werden muss - und das ist schon mehr als mensch von uns erwarten kann.

CHE-BOYKOTT

CHE-HOCHSCHULRANKING

*Die Fachschaftsinitiative Publizistik-
und Kommunikationswissenschaft
ruft auf zum Boykott*

Vielleicht hast auch du schon mal einen Brief vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bekommen, der dich zur Teilnahme an einer Online-Befragung einlädt. Das vom CHE durchgeführte Hochschulranking gilt als zentraler Bewertungsmaßstab für Studiengänge in Deutschland. Einmal jährlich werden Studierende zu ihrer Studiensituation befragt. Im Wintersemester 2007/08 waren Studiengänge aus den Bereichen Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften und Medien an der Reihe. Die Ergebnisse werden in der Wochenzeitung *Die Zeit* und in deren Studienführer sowie online unter www.das-ranking.de publiziert.

Wir, die FSI PuK, rufen Studierende und Lehrende zum Boykott des CHE-Hochschulrankings auf. Unsere Gründe dafür wollen wir im Folgenden kurz darlegen.

Wir sehen schwerwiegende methodische Probleme bei der Konzeption und Durchführung der Befragung. So halten wir den Fragenkatalog für problematisch. Zwar werden den Studierenden Fragen zur Beurteilung ihrer Studiensituation vorgelegt, jedoch wird nicht nach den Ursachen für die gegebenenfalls bestehenden Probleme gefragt. Die Hintergründe für schlechte Studienbedingungen erschließen sich nicht. So lässt sich die derzeit miserable Situation des PuK-Instituts mit nur vier von acht besetzten Professuren im CHE-Ranking nicht abbilden. Klar wird bei der Befragung nur, dass etwas schlecht ist, aber warum dies der Fall ist, bleibt ungeklärt.

Zusätzlich hat sich gezeigt, dass nur inhaltlich eingeschränkte Antwortmöglichkeiten vorgegeben werden. So wurde bereits 2003 bei der vom CHE und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage kritisiert, dass von drei möglichen

Antworten, die sich auf Studiengebühren bezogen, keine eine generelle Ablehnung von Studiengebühren zum Ausdruck brachte. Die Antworten bezogen sich nur auf die Befürwortung oder Ablehnung verschiedener Studiengebührenvarianten. Dennoch sah es das CHE als bewiesen an, dass Studierende Studiengebühren mehrheitlich befürworteten, obwohl eine generelle Ablehnung von Studiengebühren in der Umfrage gar nicht ausgedrückt werden konnte. Umfragen, die so tendenziös und politisch motiviert Antwortmöglichkeiten ausschließen, halten wir für hochgradig problematisch.

Weiterhin stellt sich die Frage nach der Wirkung des CHE-Rankings. Das CHE begründet die Relevanz vor allem damit, dass es StudienbewerberInnen als Orientierungshilfe für die Studienplatzwahl dienen soll. Wie schon ausgeführt, liefert die Umfrage hierfür keine relevanten Ergebnisse, weil die tatsächliche Studiensituation nicht widerspiegelt wird. Nun könnte argumentiert werden, dass dennoch Kritik über die Teilnahme an der Umfrage und eine schlechte Bewertung des Studiengangs ausgedrückt werden könne. Hier hat jedoch die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, dass das schlechte Abschneiden des PuK-Instituts zu keiner Verbesserung der Lehrsituation geführt hat.

Die Gründe für die Misere sind vielschichtig und lassen sich nicht einfach ausräumen, nur weil der Studiengang schlecht gerankt wurde. Zumal das CHE-Ranking auch keinerlei verbindlichen Charakter hat und problemlos ignoriert werden kann. Die Kritik, die durch eine schlechte Bewertung des Studiengangs geäußert werden würde, erreicht nicht die nötige Fundiertheit, um konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen. Somit kann durch die Umfrage von Studierenden keinerlei Einfluss auf Veränderung

genommen werden. Studentische Einflussnahme kann nicht über das Ausfüllen eines Fragebogens stattfinden. Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen sollte sich unserer Meinung nach nicht nur dann äußern, wenn Studierende mal explizit gefragt werden und dann nicht einmal die richtigen Fragen gestellt bekommen. Form und Inhalt der Kritik sollten Studierende lieber selbst bestimmen.

Ein weiteres Argument für den Boykott des CHE-Rankings ist nicht methodischer Natur, sondern eine allgemeine Kritik an der engen Verbindung des Centrums für Hochschulentwicklung zum Medienkonzern Bertelsmann. GesellschafterInnen des CHE sind die Bertelsmann Stiftung und die Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz. Das CHE bekennt sich ausdrücklich zu »wettbewerbsfähigen«, »wirtschaftlich arbeitenden« Hochschulen. Somit ist es keine neutrale Instanz, die Studierenden hilfreich zur Seite steht, sondern hat es sich offen zum Ziel gemacht, weitere neoliberalen Reformen der Hochschulen zu forcieren, wie etwa die Einführung von Studiengebühren.

Auf einer studentischen Vollversammlung der Alice-Salomon-Fachhochschule (ASFH) sprachen sich 98 Prozent der Studierenden für einen Boykott des CHE-Rankings aus. Dieser Boykottaufruf vom Oktober 2007 war erfolgreich. Die ASFH wurde aufgrund der geringen Umfragebeteiligung vom Ranking ausgeschlossen.

Also, schließt euch dem Boykott des CHE-Hochschulrankings an! Wer Post von CHE bekommt, kann den Brief entweder selbst entsorgen oder ihn im Büro der FSI PuK in Raum 106 in der Garystraße 55 abgeben.

EIN QUELL DER PREKARITÄT

Die Hochschule
als Haus und Herd
von unbezahlter Arbeit

von HOLGER MARCKS



Der Autor engagiert sich in der Kampagne »Keine Arbeit ohne Lohn!« Sie ist eine Initiative der Gewerkschaft Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) und informiert über Hintergründe, Formen und Auswirkungen von unbezahlter Arbeit. Dabei möchte sie Grundlagen schaffen für eine gewerkschaftliche Praxis gegen diese Form der Ausbeutung.



Dass viele Studierende dem Studium kaum die Zeit und Aufmerksamkeit widmen können, die die neuen Studienordnungen verlangen, ist mittlerweile verbürgte Tatsache. Neue Reglementierungen, Leistungsdruck, aber auch Studiengebühren haben die schon zuvor vorhandene Tendenz verschärft, dass diejenigen, deren Einkommen nicht durch Dritte gesichert ist, Broterwerb und Studienanstrengungen nur schwer oder überhaupt nicht unter einen Hut bekommen.

Dass Studieren und Jobben immer weniger miteinander vereinbar sind, das geben ehrlich und unverhohlen mittlerweile auch zahlreiche PolitikerInnen und HochschulpräsidentInnen zu. Nichtsdestotrotz bleibt das Aufkommen von studentischen JobberInnen hoch. Diese sind meist nicht nur selbst Betroffene von prekären Beschäftigungsverhältnissen, sondern wirken – als Faktor der Verdrängung von regulärer Beschäftigung – katalysierend auf die Spirale der Prekarisierung.

Durch spezifische soziale und kulturelle Lebensumstände nehmen Studierende dabei eine besondere Rolle auf dem Arbeitsmarkt ein, sind sie doch häufig aus den konventionellen Ausbildungs- und Berufsprozessen der meisten Lohnabhängigen herausgelöst. Kollektive Wahrnehmungen und Herangehensweisen von und mit relevanten Problemen werden so erschwert. Gleichzeitig wirkt die Hochschule nicht nur als Keimzelle eines bestimmten soziokulturellen Milieus auf die Konstellationen auf dem Arbeitsmarkt ein.

Auch strukturell begünstigen die Hochschulen einen allgemeinen Prekarisierungsprozess. Zum einen sorgen in den Studienordnungen vorgeschriebene Praktika für eine permanente Zuführung studentischer Arbeitskräfte in den Billiglohnssektor, während freiwillige oder AbsolventInnenpraktika immer mehr zum Standardwerdegang im Berufsleben von Studierenden werden. Zum anderen breiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Universitäten selbst immer mehr aus.

Begreifen wir Prekarisierung als einen Prozess, bei dem das Lohnniveau zuneh-

mend nach unten gedrückt wird und unsichere Arbeitsverhältnisse um sich greifen, dann lässt sich zweifellos feststellen, dass die verschärfte Form von Prekarisierung dort vorliegt, wo Menschen (fast) ohne Entlohnung und/oder (kurzfristig) ohne jegliche Arbeitsplatzgarantien arbeiten. Was für viele zunächst unglaublich klingt, gehört mittlerweile zum bundesrepublikanischen Alltag.

Unbezahlte Arbeit findet sich nicht nur etwa dort, wo Menschen z.B. ehrenamtlich tätig sind, sondern in fast allen Bereichen, wo direkt oder indirekt Mehrwert erzeugt, also Lohnarbeit geleistet wird. Dies betrifft auch zunehmend das beschriebene Studierenden- und Hochschulmilieu; sei es die Studentin, die als Jobberin unbezahlte Probeschichten verrichtet, der Student, der zwei Pflichtpraktika im Rahmen seines Studiums unbezahlt erledigt (und womöglich als Absolvent noch zwei freiwillige dran hängt), oder Studierende, die als TutorInnen und DozentInnen unbezahlte Lehraufträge ableisten.

STUDIERENDE
 - - - UND - - -
 PREKÄRE
 ARBEIT

Knapp 70 Prozent der Studierenden in Deutschland jobben. In Berlin beispielsweise trifft dies auf ungefähr 140.000 der ca. 200.000 Studierenden zu. Diese Zahlen berücksichtigen allerdings noch nicht den Umfang der erbrachten Arbeit und enthalten ebenso diejenigen, die sich durch Nebentätigkeiten lediglich etwas dazuverdienen. Für fast ein Drittel dieser JobberInnen dagegen ist Lohnarbeit existentiell notwendig, d.h. es ist für sie (fast) die einzige Einkommensquelle. Allein diese Zahlen sollten verdeutlichen, dass es sich bei Studierenden um kein unbedeutendes Segment auf dem Arbeitsmarkt handelt. Und es veranschaulicht ebenso, dass – entgegen dem Gerede vom »Stu-

denten« als soziale Kategorien – es nach wie vor ökonomische Kriterien sind, die den sozialen Status von Studierenden bestimmen.

Die Beschäftigungsverhältnisse von jobbenden Studierenden sind dabei in der Regel prekär: Während einige periodisch in unsicheren Beschäftigungen stecken, in denen sie oftmals die gleichen Arbeiten wie Festangestellte verrichten, arbeiten viele auf Honorarbasis, wobei gesetzliche Mindestlöhne selten eingehalten und arbeitsrechtliche Standards permanent untergraben werden. Durch eine hohe Fluktuation und durch kurzfristige Arbeitsverhältnisse wird beispielsweise eine betrieblich fixierte Gewerkschaftsarbeit im prekären Teilzeitarbeitssektor deutlich erschwert. Die Situation ist deshalb geprägt von einer äußerst hohen Vereinzelung, weshalb gerade Studierende kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Diese ziehen eine Organisation auch meist nicht in Betracht: Missstände werden zumeist als vorübergehend empfunden; trotz der Tatsache, dass die Erwerbslosenstruktur in Deutschland zunehmend »akademisiert« wird, herrscht bei vielen die Illusion vor, dass sich nach dem Studium bessere Möglichkeiten von selbst einstellen.

Das ist nicht nur in Hinsicht auf einen mangelnden Umgang mit der eigenen Betroffenheit problematisch. Denn gerade aufgrund dieser Individualisierung greifen Betriebe zunehmend auf studentische JobberInnen zurück, die als »Stoßtruppen« der Aufweichung von regulären Beschäftigungsverhältnissen fungieren können. Im Zuge der voranschreitenden Ausrichtung des Arbeitsmarktes auf Teilzeitarbeit, können deshalb studentische JobberInnen zunehmend als effiziente LohndrückerInnen verstanden werden.

Doch dem Ganze lässt sich noch die Krone aufsetzen: unbezahlte Probeschichten – eine eigentlich rechtlich nicht abgedeckte Angelegenheit, die unter extremer Ausnutzung von Ahnungslosigkeit ihre Anwendung findet – wird mittlerweile ebenfalls zunehmend von Studierenden geleistet. Zwar findet sich unbezahlte Probearbeit mittlerweile in fast allen Branchen, besonders massiv wird jedoch

gerade im Gastronomiebereich davon Gebrauch gemacht – eben der Hochburg studentischen Jobbens. Gastronomiebetriebe, die ihr Personal aus ProbearbeiterInnen zusammenstellen und dies gewissermaßen zyklisch austauschen, sind keine Seltenheit mehr.

Selbst wenn die betroffene Jobberin – und das mag schon traurig genug sein – es nicht als so schlimm empfindet, ein paar Probeschichten umsonst gearbeitet zu haben, und womöglich mehr Ärger darüber verspürt, letztlich nicht eingestellt worden zu sein, werden Studierende zum Instrument der verschärften Ausbeutung von Lohnarbeit, wenn solche Unternehmensstrategien kalkulierend eingesetzt werden. In seiner gesellschaftlich quantifizierten Dimension ist der Schaden für die gesamte lohnabhängige Bevölkerung enorm. Aufgrund der illegalen Tendenz dieser Grauzonenerscheinung ist ihr genaues Ausmaß aber noch nicht statistisch erfasst und hat generell bisher wenig Aufmerksamkeit erregt.

UNBEZAHLTE PRAKTIKA

In eine ähnliche Kerbe von Ausbeutung und Prekarisierung hauen Praktika, die im Gegensatz zur Probearbeit mittlerweile große Beachtung gefunden haben. Das Schlagwort »Generation Praktikum« ist allseits bekannt.

Eigentlich soll es sich bei einem Praktikum um eine auf bestimmte Dauer ausgelegte praktische Vertiefung von zuvor erworbenen theoretischen Kenntnissen handeln. Dabei dürfen PraktikantInnen nicht in die tägliche Arbeit des Betriebsablaufes eingepplant sein. Sie sollen »mitlaufen«, wie es so oft heißt. Praktika tragen deshalb offiziell Ausbildungscharakter, d.h. sie werden als Maßnahme innerhalb des Rahmens einer Gesamtausbildung begriffen. Folglich wird vorausgesetzt,

dass das Einkommen bereits durch die Finanzierung der Gesamtausbildung (bei Studierenden z.B. über Bafög oder elterlicher Unterhalt) gesichert ist. Begriffen als Teil einer Ausbildung sind Praktika nicht vergütungspflichtig. Diese Überlegungen erscheinen bereits fragwürdig, wenn man bedenkt, dass viele Praktika vor und nach dem Studium oder freiwillig und jenseits davon verrichtet werden, ein Gesamtausbildungsverfahren also nicht (mehr) vorliegt. Gravierender ist jedoch, dass bei Praktika in der Regel nicht »mitgelaufen« wird. Sie dienen schon längst nicht mehr dazu, Erfahrungen in einem Beruf zu sammeln, sondern entsprechen oftmals regulären Tätigkeiten – nur eben ohne die gebührende Entlohnung.

Zwar sagt das Arbeitsrecht klar, dass sich das Arbeitsverhältnis nicht nach der Bezeichnung, sondern nach dem Inhalt bestimmt – also eine üblich Vergütung zu leisten ist, sobald Arbeit über den Praktikumsrahmen hinaus verrichtet wird –, doch aufgrund relativ vager gesetzlicher Regelungen, mangelnder gewerkschaftlicher Gegenwehr und der Vereinzelung, teilweise auch Ahnungslosigkeit von PraktikantInnen, gibt es einen enorm hohen Missbrauch des Labels »Praktikum«. Die »Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände« (BDA) gibt vor, dass die Wirtschaft nicht von Praktika profitiere und dabei eher draufzahle. Würde die Praktika tatsächlich nach Vorschrift abgeleistet werden, träfe dies zu. Die Realität sieht jedoch anders aus: Seit 2000 hat sich allein die Quote von StudienabsolventInnen, die ein oder mehrere Praktika absolvieren, von 25 Prozent auf 41 Prozent erhöht.

Der DGB schätzt, dass lediglich diese AbsolventInnenpraktika bundesweit gegenwärtig 400.000 ausmachen. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ergab, dass über die Hälfte davon reguläre Tätigkeiten verrichten. Gleichzeitig erhalten über 40 Prozent dieser PraktikantInnen überhaupt keinen Lohn (geringe Aufwandsentschädigungen also noch nicht einmal berücksichtigt). Allein die AbsolventInnenpraktika als Indikator

nehmend, wird deutlich: Das Marktvolumen von Praktika ist kolossal.

Systematisch werden Praktika von Betrieben genutzt, um zum einen kurzfristig an billige Arbeitskräfte zu kommen und zum anderen mittelfristig Arbeits- und Lohnstandards betrieblich aufzuweichen, indem reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Der damit einhergehende Zersetzungseffekt auf die »strukturelle Macht« von Belegschaften und letztlich der Lohnabhängigen generell ist gewaltig. Die Tatsache, dass die Studienordnungen viele StudentInnen in solche Praktika hineindrängen, wo sie als »Stoßtrupp« für die Flexibilisierung fungieren, macht deutlich, wie die Hochschulen auch strukturell als Quell von Prekarisierung wirken.

P R E K Ä R E BESCHÄFTIGUNG ---- AN --- DER ---- H O C H S C H U L E

Doch nicht nur indirekt nimmt die Hochschule (bzw. ihr Milieu) Einfluss auf die allgemeine Prekarisierung. Prekarisierte Arbeitsverhältnisse finden sich zunehmend in den Universitäten selbst. In Zeiten, in denen durch neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik die Unternehmen zunehmend steuerlich entlastet werden, trägt die besitzende Klasse immer weniger zur Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen bei.

Die Hochschulen versuchen den daraus resultierenden fiskalischen Druck zu kompensieren, indem sie unter anderem ganze Studienangebote streichen oder

aber eben an den Honoraren sparen. Dass dies gerade diejenigen Studiengänge betrifft, die wirtschaftlich nicht rentabel sind und keine oder kaum Investitionen erhalten, bedarf wohl keiner Erklärung.

Auch hier sind Studierende bzw. AbsolventInnen ungewollt das maßgeblich Vehikel eines Zersetzungsprozesses. TutorInnen- und DozentInnentätigkeiten werden zunehmend auf Studierende abgewälzt, die diese Arbeit für lau verrichten. Gebrauch macht man hierbei von den Illusionen und Karriereambitionen der Studierenden. Die Möglichkeit, sich ein paar Sporen dazu zu verdienen, die für bessere Chancen im akademischen Werdegang sorgen, reizt enorm viele. Besonders kultiviert haben die Form der Ausbeutung von Studierenden diverse Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Hier gibt es die Möglichkeit, sich z.B. durch die unbezahlte Verrichtung von Tutorien credit points als Leistungsnachweis anrechnen zu lassen.

Gleichzeitig machen es immer mehr Institute zur Voraussetzung, dass junge AkademikerInnen, die in den Lehrbetrieb einsteigen wollen, ein oder mehrere Semester Lehraufträge unbezahlt ableisten, während selbst alte Hasen zunehmend dazu gezwungen sind, um überhaupt im »Geschäft« zu bleiben, macht sich ein unbezahlter Lehrauftrag in der Vitae doch nun mal besser als eine klaffende Lücke.

Letztlich zeigt sich dann auch hier der soziale Selektionsprozess an den Universitäten auf höherer Ebene. Studierende, die ihre Existenz durch Lohnarbeit sichern müssen, werden es sich mehr als einmal überlegen, ob sie sich eine unbezahlte Lehrtätigkeit überhaupt »leisten« können. Denn Voraussetzung dafür ist, entweder über den nötigen finanziellen Hintergrund zu verfügen oder aber drastische Entbehrungen in Kauf zu nehmen. Sozial schwache Studierende haben somit nicht nur im Studium selbst schon gehörige Nachteile, auch der Einstieg in den akademischen Beruf wird ihnen dadurch weiter erschwert.

W

W

W

W

W

W

--- MEHR --- INFORMATIONEN ---

Offizielle AStA-Homepage:
www.astafu.de

AStA-Blog:
<http://blog.astafu.de>

Fachschaftsinitiativen:
<http://fachschaftsinitiativen.de.vu>

Berliner Bündnis für freie Bildung:
www.freie-bildung-berlin.de

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren:
www.abs-bund.de

Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit:
www.studis.de/pm

W

W

W

W

W

W



*we'll remember good lies
when we carry them home with us / to our bedside table and our coffee sets*

*we'll remember good lies
when they live in a room with us / use our kitchen-table and our legal beds*

*we'll remember good lies
they're always with us in our beds / even when we shake our heads*

let's just imitate the real until we find a better one

THE NOTWIST »GOOD LIES«
